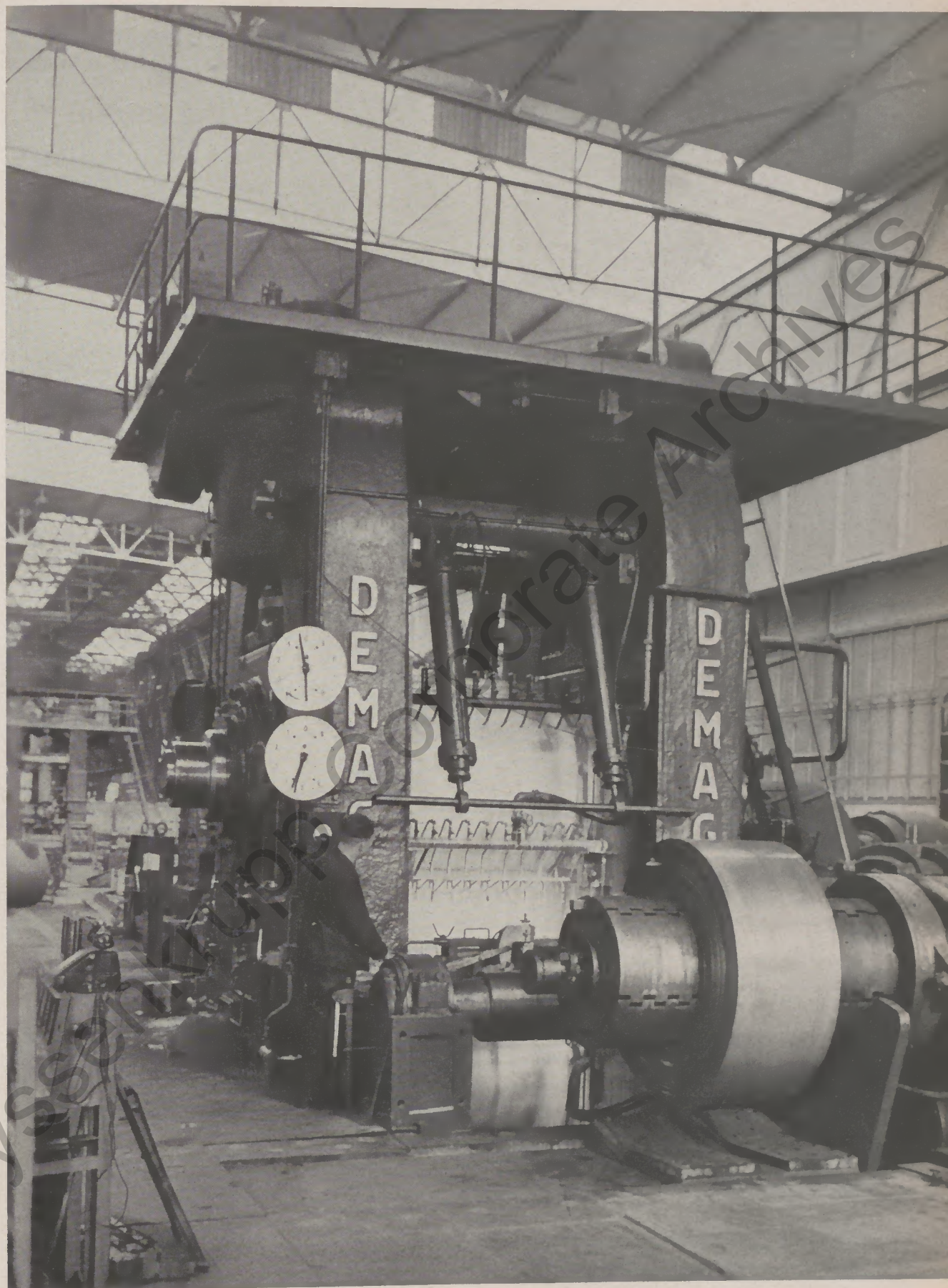




## Das erste neue Walzgerüst im Kaltwalzwerk in Betrieb genommen

Im Kaltwalzwerk ist im Juni das erste der beiden neuen modernen Kaltwalzgerüste (A 10) zur Walzung breiter Bänder in Betrieb genommen worden. Es handelt sich um ein 4-Walzen-Umkehrgerüst für Bandbreiten bis 1250 mm, in welchem sich der neueste Stand der Technik des In- und Auslandes vereinigt. Um die Unterschiede gegenüber den bisherigen Kaltwalzgerüsten zu kennzeichnen, seien folgende Angaben gemacht:

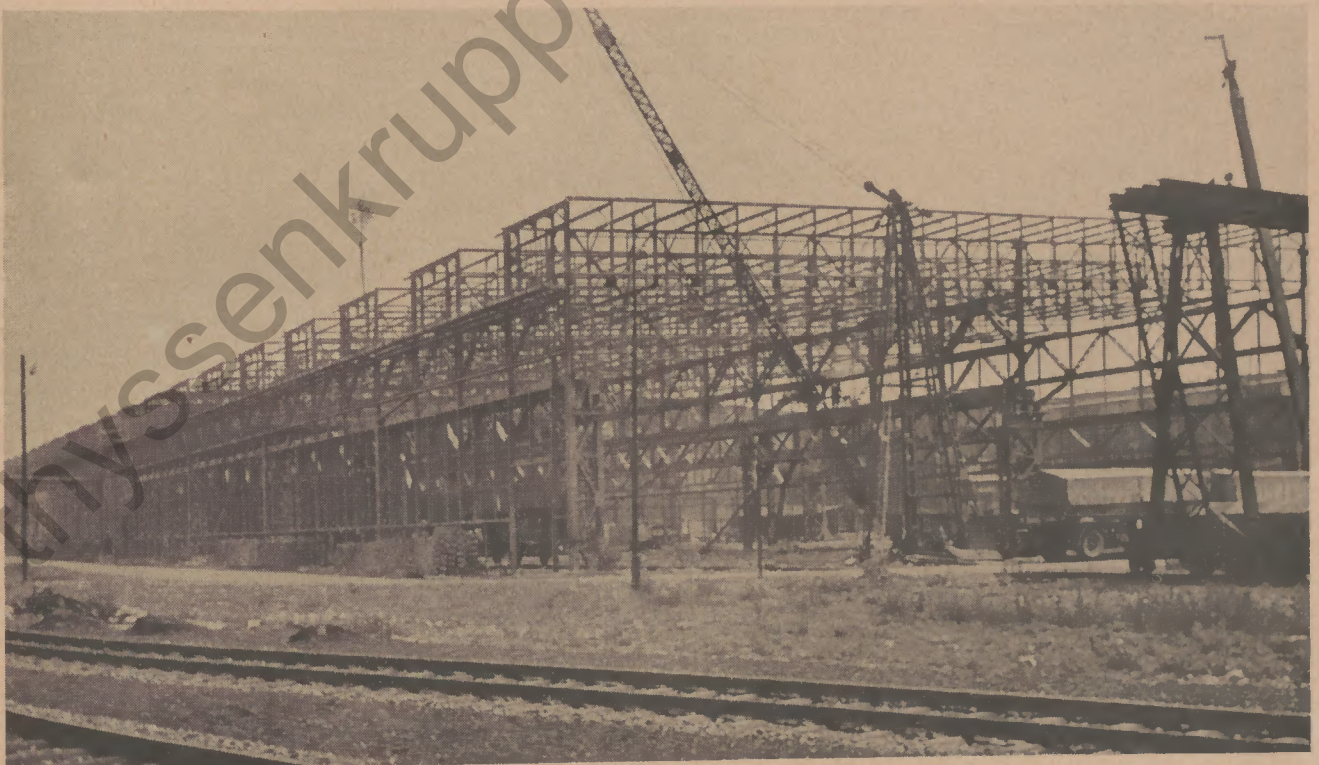
- a) Walzgeschwindigkeit bei alten Gerüsten etwa 55 m/min., bei A 10 = 300 m/min.;
- b) Gewicht eines Bandeisenringes bei der Walzung auf den alten Gerüsten = 1 t, auf A 10 = 12 t!

Die Größe des Gerüstes wird durch das Gewicht eines Walzenständers = 110 t gekennzeichnet. Alle Walzen sind mit schweren Rollenlagern ausgerüstet. Das Gerüst soll monatlich etwa 8000 t hochwertige Karosserie- und Tiefziehbleche, vorwiegend in den Stärken zwischen 0,7 und 1,5 mm, herstellen. Die Antriebsleistung beträgt 1500 kW am Walzmotor und 100 kW an jedem der beiden Haspelmotoren. Diese Auslegung ermöglicht eine Arbeitsweise mit höchsten Bandzügen nach beiden Seiten, die für moderne Kaltwalzung von Bändern gefordert wird. Das gesamte Walzensystem, welches aus zwei Stützwalzen von 1240 mm Durchmesser und zwei angetriebenen

Arbeitswalzen von 450 mm Durchmesser besteht, wird ununterbrochen durch große Mengen Ölemulsion überspült und dadurch gekühlt.

In einer kurzen Feierstunde am 23. Juni 1952 vereinigten sich Vertreter des Vorstandes, des Betriebsrates und der an der Konstruktion und am Aufbau beteiligten Firmen mit Betriebsangehörigen des Kaltwalzwerks und der Neubauabteilung. Hüttendirektor Dr. Harr, Betriebsratsvorsitzender Gustav Schwentke und Betriebschef Harkort dankten allen Mitarbeitern an Planung, Bau und Montage dieses Kaltwalzgerüstes und sprachen die Hoffnung aus, daß diese Anlage zum Wohle des Werkes, der Belegschaft und der deutschen Wirtschaft gute Arbeit leisten möge.

Die Geschichte dieses Walzgerüstes und darüber hinaus der übrigen Einrichtungen des geplanten Großausbaus unseres Kaltwalzwerks ist äußerst bewegt. Geplant wurde der Ausbau in den Jahren 1936 bis 1938. Die Inbetriebnahme sollte im Jahre 1940 stattfinden. Ein Teil der Einrichtungen war bereits bei Kriegsausbruch angeliefert oder lagerte bei den Lieferwerken. Durch den zweiten Weltkrieg trat eine jahrelange Verzögerung ein. Nach dem Zusammenbruch bestand zunächst keine Möglichkeit, die Arbeit fortzusetzen. Große Sorgen brachte die Demontagezeit mit sich, weil Befürchtungen bestanden, daß die vorhandenen Bauteile verlorengehen könnten oder

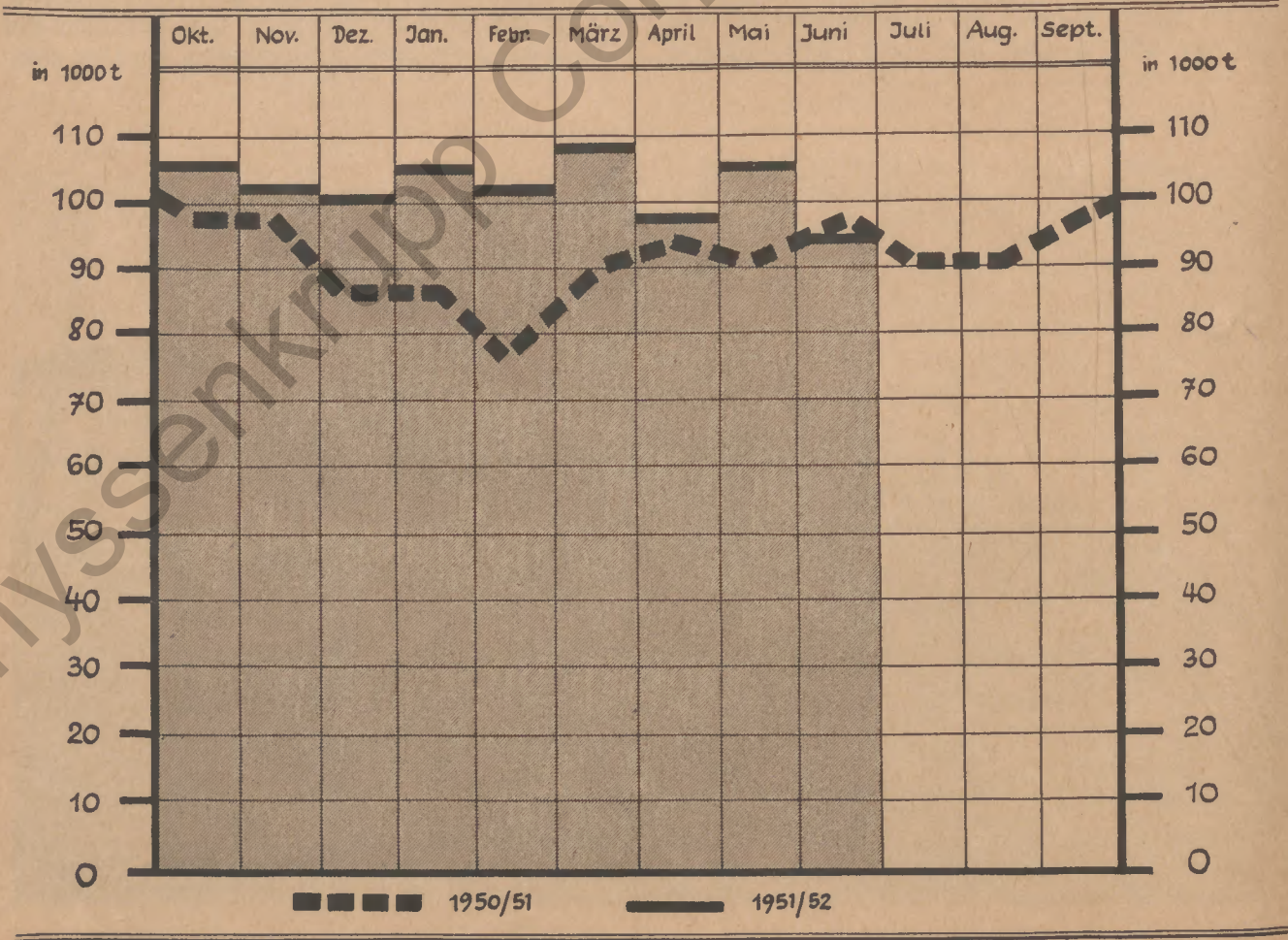


Es wird weiter aufgebaut!

durch Beschränkung der erlaubten Walzkapazität ein Aufbau dieser Anlagen überhaupt unterbunden würde. Erst Mitte 1949 wurde die Arbeit wiederaufgenommen. Inzwischen war in den USA die Kaltwalzung von Breitbrändern technisch erheblich weiter fortgeschritten. Unter Benutzung amerikanischer Erfahrungen aus der Zeit zwischen 1938 und 1950 wurde die Planung auf den modernsten Stand der Technik umgestellt. Die Firmen, die am Bau des Walzgerüsts A 10 in besonders starkem Maße beteiligt waren, sind die „Demag“ für Walzgerüste einschließlich Getrieben, die „Siemens-Schuckert-Werke“ für die elektrischen Einrichtungen und die „Siemens-Bauunion“ für die Fundamente. Wenn das neue Gerüst seine volle Leistung erreicht haben wird, kann es den im Bundesgebiet seit Jahren drückenden Engpaß an Feinblechen fühlbar erleichtern. Die erwarteten monatlichen 8000 t Feinbleche werden vor allem der Automobilindustrie bessere Beschäftigungsmöglichkeiten geben. Es wird aber gerade bei dieser hochmechanisierten Anlage, die stärksten Beanspruchungen ausgesetzt ist, damit gerechnet wer-

den müssen, daß es bis zur Erreichung dieses Zieles noch monatelanger Erfahrung bedarf. Das moderne Arbeitsverfahren der Kaltwalzung tritt in wachsendem Maße an die Stelle der alten Feinblechwalzung auf warmem Wege. Die hiermit erreichten Vorteile sind: günstigere Qualitätseigenschaften, größere Gleichmäßigkeit, hohe Leistung, besseres Ausbringen, gute Wirtschaftlichkeit und beste Arbeitsbedingungen für die am Walzgerüst beschäftigten Arbeitskräfte. Bei der Westfalenhütte arbeitet z. Z. das einzige Warmbandwalzwerk für breite Bänder im Bundesgebiet. Das jetzt in Betrieb genommene Kaltwalzgerüst A 10 und die weiter in Bau befindlichen Einrichtungen des Kaltwalzwerks, die im Laufe der nächsten 10 Monate Zug um Zug in Betrieb genommen werden, stehen in glücklicher Verbindung mit der eigenen Warmbandbasis. Die Entwicklung in diesen unseren modernsten Betrieben wird jedoch im Rahmen unserer begrenzten Rohstahlversorgung nicht ohne Auswirkungen auf das gesamte bisherige Erzeugungsprogramm bleiben können.

# Unsere Rohstahlerzeugung



# Zur Weltwirtschaftspolitik

General Eisenhower erklärte Ende November 1951 in Rom vor dem Atlantikrat: „Wir wollen unseren militärischen Fortschritt und unsere wirtschaftliche Kapazität in Einklang bringen, um weder das eine noch das andere zu zerstören.“ Das war das Problem des letzten Jahres. Es mußte ungelöst in das neue übernommen werden. Es sind nicht nur die militärischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten in Übereinstimmung zu bringen, sondern auch die wirtschaftlichen Ziele mit der finanziellen Kapazität. Im Uno-Bericht zur Jahreswende 1950/51 wurden als größte Gefahren des Jahres Rohstoffmangel und Inflation der Welt vor Augen gestellt. Diese Gefahren waren am Jahreswechsel 1951/52 keineswegs gebannt. Truman nannte in seiner Jahresbotschaft an den Kongreß 1952 das kritische Jahr für die Anstrengungen zur Verteidigung.

## Von einer Hochkonjunktur zur anderen

Die Rüstungen werden als zentrifugale Kraft die wirtschaftliche Entwicklung weiter und noch mehr bestimmen. Die Rüstungspläne, die allenthalben laufen oder noch vorbereitet werden, haben ihre Höhe noch nicht erreicht. Auch die Technik steht nicht still, die Waffentechnik schon gar nicht. Die Generäle sind auf diesem Gebiet zu Unternehmern geworden, auf jeden Fall zum Antrieb der Unternehmungen. Das Militärische reicht weit hinein in das nicht uniformierte Leben, dirigiert, bewirtschaftet es. So wird von außen her, wenn es in der engen Verbindung zwischen Wirtschaft und Politik überhaupt noch ein Außen gibt, versucht, die Produktion vorauszubestimmen. Es ist nicht schwer, vorauszusagen, daß der Rüstungszuwachs ausreichen wird, die Vollbeschäftigung der Welt für die nächste Zeit zu sichern.

Die sogenannte Nachholkonjunktur, im ersten Halbjahr 1950 fühlbar und drohend erlahmt, ging Mitte jenes Jahres zunächst in die ungewöhnliche und gefährliche Hortungskonjunktur über, an der sich die privaten Konsumenten, die wirtschaftlichen Betriebe und die Staaten preistreibend beteiligten.

Die Hortungskonjunktur ging 1951 in die Rüstungskonjunktur über. Sie stockte in der Mitte des Jahres etwas, einfach deswegen, weil es an Rohstoffen und zum Teil auch an Fachkräften bei der industriellen Umstellung fehlte. Diese Konjunktur hat ihren Höhepunkt weder in der Waffenerzeugung noch in den finanziellen Ansprüchen noch in der Eindämmung des zivilen Konsums erreicht. Der Einklang, den Eisenhower meinte, ist — das ist die Erfahrung der letzten und früherer Zeit — nicht leicht und nicht rasch herzustellen. Also ist weiter mit Spannungen zu rechnen, mit materiellen und mit sozialen, zumal der zentripetalen Kraft der Rüstungen die sozialen Ansprüche zentrifugal entgegenwirken.

## Soziale Spannungen

Das Wirtschaftsleben der westlichen Welt ist im letzten Jahr von großen Streiks, die das Sozialprodukt hätten schmälern können, verschont geblieben. Aber es gab überall Unbehagen.

In Deutschland war es das Recht der Mitbestimmung, das die sogenannten Sozialpartner in Atem hielt, aber auch die Exekutive und Legislative, für die nach der noch umstrittenen Regelung für Kohle und Stahl das Problem der wirtschaftlichen Mitbestimmung außerhalb Kohle und Stahl zum Überhang in das Jahr 1952 gehört.

In England hat der gelockerte Lohn- und Preisstopp mit der neuen Zahlungsbilanzkrise schweres Gewicht bekommen. Frankreich versuchte, wie vor ihm andere Länder, mit der Einrichtung des Indexlohnes die Auseinandersetzung zu versachlichen, sie einfach in die Statistik zu verlegen.

In den Vereinigten Staaten hat sich der Produktivitätszuschlag zum Lohn weiter durchgesetzt; so selbstverständlich ist es drüben schon geworden, daß der Ertrag nur noch wächst. Die Erfahrungen aus der großen Krise zwischen den beiden Weltkriegen, die noch lange nachwirken und die Hochkonjunktur der letzten Jahre sehr kritisch betrachten ließen, wurden im Schatten der Rüstungen verdrängt.

Die soziale Spannung ist aber nirgends aus der Welt geschafft worden. Es geht jetzt darum, wer die Rüstung bezahlen soll.

## Noch mehr produzieren

Die Überschüsse der USA können nicht alles ausgleichen, sie werden von den eigenen Rüstungen immer stärker in

Anspruch genommen. Die amerikanische Hilfe für Europa, das ERP, läuft mit der vierten Rate ab. Nach Deutschland kamen seit Beginn der Marshallhilfe rund 7 Milliarden DM. Mit der vierten Rate, die nochmals eine Milliarde Dollar aus der amerikanischen in die westeuropäische Wirtschaftsbilanz überführt, erreicht die Marshallhilfe für Europa 13 Milliarden Dollar. Die europäische Rechnung war bei der Vorbereitung des ERP zunächst auf 30 Milliarden gekommen, hatte sie dann auf 23 Milliarden revidiert und konnte damit damals, als Westeuropa verwirrt und unproduktiv war und einen Fehlbetrag in seiner Zahlungsbilanz von 8 Milliarden Dollar hatte, nur eine mäßige materielle Besserung für Europa vorausskalkulieren. Vor einem Jahr war die europäische Bilanz beinahe ausgeglichen. Der Goldstrom hatte sich gewendet, von den USA zurück nach Europa. Hier wurden alle Produktionsberechnungen übertroffen, obwohl die Marshallhilfe viel weniger lieferte, als man 1947 für nötig hielt. Die europäischen Kräfte zeigten sich doch als viel größer, als sie wachgerufen wurden. Sie müssen sich in der neuen Bedrohung, in die Europa durch die Rüstungen gekommen ist, von neuem bewähren in weiterer Expansion.

Die Bilanz des rohstoffverarbeitenden Kontinents ist vor allem dadurch von neuem aus dem Gleichgewicht gekommen, weil die Rohstoffpreise, das heißt die Einfuhrpreise, den Fertigwarenpreisen, also den Exportpreisen, vorauseilten. In der OEEC, der Pariser Organisation des ERP, die sich aus ihrem beschränkten Zweck in eine autonome dauernde Existenz hinüberrettet — ein Integrationsvorgang, der wenig beachtet wird —, wurde im letzten Jahr ein fünfjähriger Plan für Westeuropa entwickelt, nach dem die westeuropäische Produktion um 25 Prozent erhöht werden soll. Ein Erfolg, eine ungestörte Entwicklung vorausgesetzt, ist nicht so unwahrscheinlich, wie es auf den ersten Blick scheint. In den zwei Jahren, die dem Ausbruch des Krieges in Korea vorangingen, hat sich die westeuropäische Kapazität unter dem Einfluß des Marshallplans um 30, seither um 15 Prozent erhöht. Die Produktion des so begehrten Stahls stieg in Westeuropa nach Schätzungen der europäischen Wirtschaftskommission 1951 um 19 Prozent.

Die Industrieproduktion steht weit über dem Stand vor dem Krieg. Europa müßte jetzt auch ohne Dollarzuschüsse leben können. England hat vor einem Jahr auch darauf verzichtet; ein nobler, aber voreiliger Verzicht, wie sich inzwischen aus der neuen Bedrohung der Zahlungsbilanz zu zeigen scheint. Die Marshallhilfe geht aber ohnedies zu Ende. Dafür beginnt die Verteidigungshilfe für die westliche Welt. Der amerikanische Kongreß hat für 1951/52 rund 6 Milliarden Dollar dafür zur Verfügung gestellt. Truman fordert vom amerikanischen Volk für 1952/53 sogar 10 Milliarden. Die ECA, die Economic Cooperation Administration in Washington, wird abgelöst von drei anderen großen Buchstaben, von der MSA, der Mutual Security Agency, der Verteidigungsgemeinschaft. Sie soll seit dem 1. Januar 1952 die Wirtschaftshilfe der USA so verwalten, daß sich daraus ein effektiver Beitrag zur Verstärkung des westlichen Verteidigungssystems ergibt. So münden fast alle wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen bei der Rüstung, und da haben fast alle sozialen und ökonomischen Probleme neuerdings ihre Quelle.

## Vollbeschäftigte Welt

Es heißt produzieren und rüsten um jeden Preis. Das Rüsten geht zwar nicht schnell genug, nicht planmäßig rasch; denn Pläne sind leichter zu produzieren als Rohstoffe, Waren und Waffen. Aber das Rüsten geht doch schneller als das Produzieren. Daher wird im Drang nach Verteidigung und in dem daraus sich ergebenden Zwang, den zu vielen Konsum zu bremsen, der gewaltige Aufstieg der Produktion unterschätzt, mißachtet. Die Welt, natürlich auch die östliche, und sie viel länger schon, ist wie ein trockener Schwamm, der den Produktionszuwachs seit Mitte 1950 fast spurlos aufsaugt. In diesem Prozeß wird wenig beachtet, daß auch der europäische Produktionsapparat seit Kriegsende nicht nur restauriert, sondern auch um etwa 50 Prozent erweitert wurde. Wo die Kapazität nicht voll in Anspruch genommen ist, fehlen Rohstoffe oder Fachkräfte. Die Welt ist vollbeschäftigt. Nach einer

Übersicht des Instituts für Weltwirtschaft sah das Verhältnis von Arbeitspotential und Arbeitslosigkeit Mitte 1951 so aus:

| Land                      | Erwerbs-<br>personen | Arbeitslose           | Arbeitslose<br>i. v. H. d.<br>Erwerbspers. |
|---------------------------|----------------------|-----------------------|--------------------------------------------|
|                           | 1000                 | 1000                  | v. H.                                      |
| Schweiz . . . . .         | 2 200                | 1,2                   | 0,05                                       |
| Frankreich . . . . .      | 21 000 <sup>1)</sup> | 31,1                  | 0,1                                        |
| Schweden . . . . .        | 3 036                | 24,2 <sup>2)</sup>    | 0,8                                        |
| Großbritannien . . . . .  | 22 500               | 188,0                 | 0,8                                        |
| Dänemark . . . . .        | 1 961                | 26,0                  | 1,3                                        |
| Niederlande . . . . .     | 3 970                | 61,3                  | 1,5                                        |
| Kanada . . . . .          | 5 332                | 85,0                  | 1,6                                        |
| Österreich . . . . .      | 3 500                | 79,6                  | 2,3                                        |
| USA . . . . .             | 63 783               | 1 980,0               | 3,1                                        |
| Belgien . . . . .         | 3 249                | 190,7                 | 5,9                                        |
| Westdeutschland . . . . . | 22 246 <sup>3)</sup> | 1 326,0               | 6,0                                        |
| Italien . . . . .         | 21 216               | 1 775,0 <sup>4)</sup> | 8,4                                        |

<sup>1)</sup> Errechnet auf Grund des Altersaufbaus im Jahre 1951 und der Erwerbsquoten im Jahre 1946. — <sup>2)</sup> März 1951. — <sup>3)</sup> Die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen ist geschätzt. — <sup>4)</sup> Februar 1951.

Die Welt erlebt, von einigen Ländern abgesehen, die Vollbeschäftigung schon seit zehn Jahren, seit Kriegsende im siebten Jahr. Das wirtschaftspolitisch erstrebte Ideal ist also weithin erreicht. Aber es zeigt sich auch hier in der Realisierung, daß es nichts Vollkommenes gibt. Die Unzulänglichkeit liegt nicht nur darin, daß die Einkommensverteilung als ungerecht empfunden wird. Der zivile Konsum ist mit den Löhnen auch über den Vorkriegsstand gestiegen. In Deutschland erhöhten sich 1951 die Einzelhandelsumsätze um etwa 15% auf 35 Milliarden DM, die Umsatzmenge allerdings erheblich weniger, um nur 5%, das sogenannte Sozialprodukt um 20% auf 110 Milliarden DM oder noch etwas mehr, die Preissteigerungen ausgeschaltet, um rund 10%. Ein größerer Konsum ist also mit der wachsenden Produktion (in Westdeutschland plus 19% im Jahre 1951), größeren Ernten und den Zuschüssen aus dem Ausland möglich gewesen. Die Weltproduktion an Nahrungsmitteln ist nach Schätzung der FAO im letzten Jahre um 9% größer gewesen als in den letzten Jahren vor dem Krieg, in Westdeutschland um 4% größer. Die Vollbeschäftigung hat aber zu neuen Beklemmungen geführt durch den Rohstoffmangel, der, nach kurzer Fülle 1949/50, seit Beginn der wachsenden Aufrüstung die Welt in Atem hält und sie des Produktionsaufstiegs nicht recht froh werden läßt. Das Kohlenexportland Deutschland (Kohlenausfuhr 1951: 25,2 Mill. t) hat im letzten Jahr 10,35 Mill., davon 5 Mill. t USA-Kohle, importiert, für 115 Mill. Dollar, die Tonne also durchschnittlich zu 97 DM. So dringend nötig sind Rohstoffe. Auf der Höhe der Konjunktur lebt man, redet man wenigstens wie in einer Krise. Die Menschen scheinen die Mißernten und Industriekrisen überwunden zu haben. Die Produktivität des vollbeschäftigten technischen Apparats hat den Zuwachs, die Investitionsquote, gegenüber der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen verdoppelt, gegenüber der Zeit vor dem ersten Weltkrieg teilweise vervierfacht. Betrachtet man von dorthier die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre, sieht es aus, als sei das ökonomische Perpetuum mobile, die rückschlagsfreie Konjunktur, erfunden, ein neues goldenes Zeitalter erreicht. Doch überall herrscht Skepsis, nirgends ist man recht zufrieden. Die Welt hat jetzt neue Sorgen, vor allem

#### die Sorge um die Kaufkraft.

An der fetten Konjunktur zehrt die teure Rüstung. Die Steuermühle blieb überall in Gang und treibt größere Teile des Einkommens durch direkte und indirekte Steuern in die öffentlichen Kassen. Sie wollen trotzdem nicht ausreichen. Während die sozialen Spannungen im letzten Jahr sich nicht in großen Lohnkämpfen auswirkten, nahm die finanzielle Anspannung fast überall zu. Auch der öffentliche Anteil am Volkseinkommen verdrei- und vervierfachte sich etwa seit der Jahrhundertwende. Damals forderte der Staat einschließlich der sozialen Pflichtabgaben vom Einkommen höchstens 10 Prozent, nach dem ersten Weltkrieg 20 und jetzt 30 Prozent und mehr. Ehe die menschlichen Schäden des ersten Weltkrieges überwunden waren, kam das neue Heer der Versehrten, der

Vertriebenen und Enteigneten, denen der Staat wenigstens das Existenzminimum, ein dürftiges, sichern muß. Dazu kam die neue Rüstung. Es kam das fatale Wort von der „permanenten Inflation“ auf. Im Jahre 1950 betrug die Preissteigerung in Europa 12 Prozent (Feststellung der OEEC), im Jahre 1951 war sie nicht viel geringer. In der Zeit des stärksten Auftriebs von Mitte 1950 bis Oktober 1951 stiegen die Lebenshaltungskosten in Österreich um 47, in Frankreich um 27, in Norwegen und Schweden um 20, in England um 13, in USA um 10%. Die USA stoppen die Preise, die seitdem teilweise illegal überschritten werden. Die westdeutsche Wirtschaft stand das ganze Jahr über unter Kreditrestriktion, in Nachwirkung der Devisenkrise von Oktober 1950 bis April 1951. Diese Krise wurde überraschend schnell überwunden. Im Jahr 1951 stieg die westdeutsche Einfuhr um 29, die Ausfuhr um 75 Prozent. Schaltet man die Preissteigerung aus, blieb die Einfuhr fast unverändert, während die Ausfuhr um die Hälfte stieg. Unsere Handelsbilanz (ohne ERP) war, fast ausgeglichen. Die Entwicklung in den einzelnen Ländern ist schon deswegen differenziert, weil der Grad der Beschäftigung verschieden ist. Vor allem aber bestimmen die Art der Finanzierung, die Hortungsneigung — im privaten französischen Besitz sind schätzungsweise 10 bis 12 Milliarden DM Gold — und die Steuerempfindlichkeit die Entwicklung der Kaufkraft des Geldes. Daher ist auch die Reaktion auf das Steigen der Rüstungskosten recht verschieden. Der Rüstungsaufwand selbst ist es auch. Nach einer Übersicht des Bundesfinanzministers betragen:

| Rüstungsausgaben<br>im Rechnungsjahr 1951<br>bzw. 1951/52 | in Mill.<br>Landes-<br>währg. | in % d. ges.<br>Staatsausg. | in Mill.<br>DM | je Einw.<br>DM |
|-----------------------------------------------------------|-------------------------------|-----------------------------|----------------|----------------|
| England . . . . .                                         | 1 490                         | 35,5 (24,6) *               | 17 573         | 348            |
| Frankreich . . . . .                                      | 743 000                       | 27,2 (18,9)                 | 8 916          | 215            |
| Italien . . . . .                                         | 450 000                       | 24,7 (18,4)                 | 3 015          | 66             |
| Belgien . . . . .                                         | 12 521                        | 15,6 ( 9,1)                 | 1 044          | 121            |
| Niederlande . . . . .                                     | 1 500                         | 28,2 (19,8)                 | 1 658          | 166            |
| Schweiz . . . . .                                         | 720                           | 37,9 (33,0)                 | 701            | 151            |
| Dänemark . . . . .                                        | 525                           | 22,1 (16,4)                 | 319            | 76             |
| Norwegen . . . . .                                        | 700                           | ... (13,9)                  | 412            | 129            |
| Schweden . . . . .                                        | 1 260                         | 20,3 (19,3)                 | 1 023          | 148            |
| USA . . . . .                                             | 52 510                        | 73,3 (57,3)                 | 220 805        | 1 480          |

\*) in Klammern Vorjahresanteil

Diese Übersicht, wenn sie auch einige Monate nach ihrer Aufstellung nicht mehr ganz in allen Proportionen stimmt — die Staatsausgaben und der Rüstungsaufwand erhöhen sich heute rasch — zeigt, wo die Völker der Schuh drückt. Die Rüstung dominiert auch in den Finanzen und wird sie im Jahre 1952 noch mehr bestimmen, dominierend wie sonst nur im Krieg. Westdeutschland ist noch nicht direkt in die Rüstungen eingeschlossen. Es kann aber in der Liste des Rüstungsaufwands mit den Besatzungskosten aufwarten, die nach einer Denkschrift des Bundesfinanzministeriums vom Beginn der Besatzung bis Ende März 1951 rund 26 Milliarden RM bzw. DM betrugen. Für das Rechnungsjahr 1951 sind 6,6 Milliarden angefordert, die sich durch rückständige Kosten aus dem Vorjahr auf 7,5 Milliarden erhöhen, daß heißt 36 Prozent des Bundeshaushalts, 340 DM je Einkommensbezieher im Durchschnitt. Die Auseinandersetzung um einen direkten Rüstungsbeitrag aber ist noch im Gang.

#### Die lästigen Grenzen

Die Rüstung bestimmt die Produktion. Die Produktion bestimmt die Finanzierung, die Finanzierung die Kaufkraft des Geldes, die Kaufkraft das soziale Klima. Die Kette von Ursache und Wirkung ließe sich noch fortsetzen. Sie ist jetzt konzentriert auf die Rohstoffe. Sie sind eben nicht beliebig vermehrbar. Es liegt zum guten Teil in der Natur, daß sich in der vollbeschäftigten, technisch so radikal entwickelten Welt das Gesetz des abnehmenden Ertrags geltend macht und höheren Aufwand, mehr Kapital für die Aufschließung fordert. Es grenzt schon an Überheblichkeit, keine Beschränkungen mehr anerkennen zu wollen. Selbstverständlich können Kohlenlager erschlossen, mehr Erz und Öl gewonnen werden, aber dazu braucht man außer Arbeitskräften und Kapital auch Zeit. Die 1 Milliarde DM, die die Investitions-Selbsthilfe der deutschen Grundstoffindustrie zur Verfügung stellt, auf die übrigens zum Teil

schon vorgegriffen ist, wird nicht morgen schon mehr Kohle und Stahl gewinnen. Wenn vor kurzem prophezeit wurde, daß sich die Produktion im Bundesgebiet in den nächsten vier Jahren auf 200 % der Vorkriegserzeugung erhöhen wird, ist das nach den Leistungen der letzten Jahre gar nicht so phantastisch, wie es sich zunächst anhört. Es läßt sich aber ebenso voraussagen, daß sich nicht alle Relationen reibungslos entsprechend verändern werden. Wir haben zunächst einige Klippen zu überwinden. Im Jahre 1951 blieb viel unerledigt, was als Hemmung oder Antriebs wirken wird. Es ist noch die soziale Spannung um das Mitbestimmungsrecht aus dem Weg zu räumen und die Mieterhöhung ab 1. April 1952 zu verdauen. Im Bundesrat wartet der endgültige Lastenausgleich, im Bundeswirtschaftsministerium das Antikartellgesetz, im Bundesfinanzministerium die große Steuerreform auf Erledigung. Wir schleppen auch noch recht unbequeme Reste der Zwangswirtschaft mit uns. Die Regelung der Vorkriegsschulden an das Ausland wird unsere Devisenbilanz belasten. Über allem aber steht drohend der Rüstungsbeitrag.

## Sorgen um Stahl und Kohle

*Generaldirektor Otto A. Friedrich der Phoenix-AG, Hamburg-Harburg, der u. a. durch seine Berufung als Rohstoffberater der Bundesregierung in der Zeit vom Frühjahr bis zum Spätherbst 1951 bekannt wurde, äußerte auf Fragen, vor welchen Aufgaben das fortschrittliche Unternehmertum in der nächsten Zeit stehe:*

Der Unternehmer habe kein „Bestimmungsrecht“, sondern nur ein Recht auf Verantwortung. Der Unternehmer müsse das Bedürfnis des arbeitenden Menschen, stärker am Geschehen des Betriebes beteiligt zu sein und an der Verantwortung mitzutragen, bejahen, ferner müßten die schöpferischen Kräfte, die sich im Betrieb zeigen, zur Entfaltung kommen; Unternehmer und Gewerkschaften müßten zusammenarbeiten und nicht gegeneinander. Es komme jetzt sehr darauf an, eine Reformation des Denkens vorzunehmen. Eine Restauration bedeute bei den derzeitigen Verhältnissen wirtschaftlicher und politischer Natur eine Revolution.

Auf die Frage, wie die gegenwärtige und zukünftige Rohstoffversorgung der Bundesrepublik zu beurteilen sei, und zwar in Anbetracht des Maiberichtes des Bundeswirtschaftsministeriums, in dem es u. a. heißt, daß die Vorratshaltung an Rohstoffen bei der deutschen Wirtschaft bescheiden ist, erklärte Generaldirektor Friedrich:

Bei der derzeitigen deutschen EZU-Bilanz wäre es sicherlich auch bei einem etwas stärkeren Preisauftrieb möglich, Rohstoffe in der gewünschten Menge einzukaufen. Bedeutend schwieriger sei aber die Lage bei den Rohstoffen, die aus dem Dollarblock bezogen werden müssen, wobei es sich vornehmlich um NE-Metalle handelt. Immerhin müsse die Entwicklung — besonders wegen der sinkenden Ausfuhr und der steigenden Einfuhrwerte — kritisch beobachtet werden. Friedrich begrüßte in diesem Zusammenhang die Handlungen der Bank deutscher Länder, um eine nochmalige Strapazierung der deutschen Handelsbilanz bei einer stärkeren Konjunktur-

Alle diese ungelösten Probleme sind hinter dem Zahlengitter zu sehen, in dem der Ausblick auf das Jahresende mit dem Anstieg der Rüstungen größere Beklemmung in Aussicht stellt als das Jahr 1951 mit seinen Produktionsrekorden auf der Hochebene einer Konjunktur, wenn dieser Begriff überhaupt noch angebracht ist, auf einer Höhe der Produktion und des Verbrauchs, die alle frühere Statistik wie aus einem tiefen Tal zu uns heraufblicken läßt. Es gibt keine Periode in der Wirtschaftsgeschichte, die in wenigen Jahren einen so rapiden Aufschwung erlebt hätte. Es gibt aber auch nur wenige Zeitabschnitte, Kriege ausgenommen, die sich mehr beeengt und bedrängt fühlten, wie an dieser Jahreswende die Ökonomie und die Menschen. „Um das sicherzustellen, was für uns lebensnotwendig ist, müssen wir vieles aufgeben, was uns eine angenehme Gewohnheit ist. Dies gilt im Jahre 1952 noch mehr, als es im Jahre 1951 gegolten hat.“ Dies gilt, so kann man das Zitat aus Trumans Jahresbotschaft an das amerikanische Volk fortsetzen, auch für Europa und für uns, solange die Herren der Welt die Erhöhung des Waffenaufgebots für lebensnotwendig halten.

belebung zu vermeiden. Die Versorgung mit Eisen, Stahl und Kohle, die ebenfalls als Rohstoffe anzusehen seien, wird dagegen weiterhin große Sorge bereiten. Bei Kohle sei es möglich gewesen, auch für das zweite Halbjahr 1952 Dollar zu erhalten. Die deutsche Eisen- und Stahlerzeugung habe inzwischen eine Höhe erreicht, die eine günstige Versorgung ermöglicht. Man müsse jedoch berücksichtigen, daß etwa 45 Prozent des deutschen Exports auf Eisen und Stahl sowie Erzeugnisse daraus entfallen. Aus diesem Grunde dürfte nach Meinung von Friedrich auch der Eisenpreis nicht freigegeben werden, weil die Engpässe in diesen Grundstoffsektoren nicht durch die geringen Mittel, die durch eine Preisfreigabe aufkommen, beseitigt werden können. Hier könnten nur echte Investitionen für die Dauer einiger Jahre helfen. Besonders die Unternehmer im Konsumgüterbereich müßten dies einsehen, weil ohne eine Hilfe im Grundstoffsektor eine Ausweitung der Produktion bei Konsumgütererzeugnissen nicht möglich ist.

Die Bundesrepublik bewege sich praktisch von „Quälkrise“ zu „Quälkrise“. Trotzdem werde sich die deutsche Produktion langsam, aber stetig erhöhen. Er kritisierte die in- und ausländischen Bemerkungen über das deutsche Wirtschaftswunder seit 1948. Was die Bundesrepublik durchgeführt habe und was als „Wirtschaftswunder“ bezeichnet werde, sei nur ein Aufholen gegenüber anderen Staaten gewesen. Im Vergleich zu 1948 sei sehr viel erreicht worden, aber es wurde nur ein geringer Prozentsatz des Vorkriegsstandes überschritten. Generaldirektor Friedrich wies außerdem die Presse- und Korrespondenzmeldungen energisch zurück, in denen erklärt wird, daß er die Absicht habe, die Präsidentschaft über den Bundesverband der deutschen Industrie zu übernehmen. Er habe keinerlei Pläne in dieser Richtung, weil er vollauf mit der Leitung seines Werkes beschäftigt sei.

## Wirtschaftsdepression?

In den Vereinigten Staaten sind in der Beurteilung der allgemeinen Wirtschaftssituation widersprechende Ansichten laut geworden, welche zu divergenten Stellungnahmen zwischen Finanzexperten der Wallstreet und Großindustriellen führten. In Kreisen des Finanzkapitals äußert sich ein gewisser Pessimismus hinsichtlich der Aufrechterhaltungsmöglichkeiten der derzeitigen Konjunktur. Hingegen lauten die Urteile

der Großindustrie insoweit zuversichtlich. Sie lehnen die These der „Konjunkturballung“ strikt ab. Die führenden Industrien der Vereinigten Staaten: Du Pont, Dow, Chemical, Monsanto General Electric, Westinghouse, American Telephone, S.S.-Steel, Standard Oil, Aluminium Ltd. und zahlreiche andere setzen die Realisierung der gigantischen Expansion der Produktionskapazität ungerührt fort. Die Industriellen sind davon überzeugt, daß die Aufrüstungs-

bestrebungen noch lange Jahre hindurch aufrecht erhalten werden.

Eine objektive Beobachtung amerikanischer Wirtschaftsexperten dürfte eher zum Standpunkt der Finanzkreise tendieren, deren Ansichten durch den scharfen Rückgang des Konsumgüterabsatzes unterstrichen wird. Seit dem Jahre 1951 war der Konsumgüterabsatz um drei Milliarden Dollar rückläufig; gleichzeitig sank der allgemeine Warenindex von 535 im Jahre 1951 auf 400 im März 1952. Der Absatz von landwirtschaftlichen Geräten sank gegenüber dem Vorjahr um nicht weniger als 35 Prozent; die Verkaufsziffer der großen New Yorker Kaufhäuser lag um fünf Prozent unter der des Jahres 1951.

## 15 Millionen Tonnen Stahl 1952?

Wenn das gegenwärtige Produktionsniveau der Eisen- und Stahlindustrie des Bundesgebietes auch in den kommenden sechs Monaten gehalten werden kann, ist für 1952 mit einer Rohstahlproduktion von 15 Mill. t, einer Roheisenproduktion von 12,5 Mill. t und einer Walzstahlfertigung von rund 8 Mill. t zu rechnen. Voraussetzung dafür dürfte jedoch die ausreichende Zulieferung von Rohstoffen sowie Energie und Kohle sein. Diese dem Vorjahr gegenüber beträchtliche Produktionsausweitung (1951 rund 13,5 Mill. t Rohstahl) soll im Jahre 1953 auf 16,5 Mill. t erweitert werden. Der effektive Stahlbedarf des Bundesgebietes liegt jedoch bei rund 17 Mill. t jährlich.

Die Produktion des ersten Halbjahres 1952 erreichte nach den vorläufigen Angaben 7 543 681 t gegenüber 6,4 Mill. t im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Roheisenherzeugung stellte sich auf 6 156 701 t und lag ebenfalls weit über der Vorjahrzahl von 5,03 Mill. t.

Die allgemeine Krise auf dem Textilsektor veranschaulicht ungeschminkt gewisse Krisenerscheinungen in der Weltwirtschaft, welche keineswegs auf diesen Sektor allein beschränkt sind, sondern sich rein allgemein in Devisenverknappung und Importrestriktionen äußern. Aus der Schweiz wird ein scharfer Rückgang des zivilen Verbrauchs gemeldet, wobei die verwundbarsten Sektoren die Landwirtschaft, Hotellerie (der Ausfall beträgt hier 50 Prozent), Textilindustrie und der Detailhandel sind. Diese Krisenerscheinungen erinnern unwillkürlich — ohne absolute Anzeichen — an die wirtschaftliche Entwicklung des Krisenjahres 1929, meint die französische Zeitung „Bilans hebdomadaires“.

Voraussetzung für die Erhöhung der Rohstahlproduktion ist jedoch der Einsatz erheblicher Investitionsmittel, die allein bei Fremdmitteln in den nächsten fünf Jahren mit 2,5 Mrd. DM beziffert werden. Frankreich hat bisher rund 1,6 Mrd. DM an Investitionsmitteln bei der Stahlindustrie eingesetzt und plant weitere Investitionen in Höhe von 1,7 Mrd. DM. Die Investitionen Amerikas betrugen von 1946 bis 1950 rund 16 Mrd. DM, während England rund 2 Mrd. DM eingesetzt hat.

Nach den Planzahlen für 1952 im Vergleich zum jeweils besten Vorkriegsjahr werden die französische Stahlindustrie ihre Produktionen um 24 v. H., die der Beneluxländer um 27 v. H., Großbritanniens um 35 v. H., Österreichs um 50 v. H., Italiens um 52 v. H. und die der Vereinigten Staaten sogar um 75 v. H. erhöhen. Lediglich die Bundesrepublik wird mit etwa 20 v. H. nach wie vor darunter bleiben.

## Die Rohmaterialversorgung Westdeutschlands

Die Rohmaterialversorgung der Bundesrepublik hat sich im Monat Mai, dem Lagebericht des BMW zufolge, weiterhin gebessert. Eine fortschreitende Auflockerung ist bei den noch vorhandenen Mangelwaren, d. h. nur noch bei Eisen und Stahl und einigen wenigen NE-Metallen, eingetreten. Die Ursache für diese Entlastung liegt im Zusammenwirken von erhöhter Erzeugung, der teils nicht im gleichen Verhältnis gestiegenen, teils noch gebliebenen oder sogar geringer gewordenen Nachfrage sowie in der Verminderung des Exports. Hinzu kommt, daß bei manchen Rohmaterialien im Zuge der Preisentwicklung Vorräte abgebaut worden sind, wodurch die Verfügbarkeit größer wird als die laufende Produktion. Sollte die Vorratsminderung weiterhin und in größerem Umfang zur Deckung des laufenden Bedarfs herangezogen werden, so kann sich, nach Ansicht des BMW, die Notwendigkeit höherer Einfuhren ergeben, die dann möglicherweise bei höheren Weltmarktpreisen durchgeführt werden müssen.

Die Entwicklung der Eisenversorgung ist nicht einheitlich. Teilweise melden Industriebereiche eine spürbare Entspannung nach der Annäherung des Eisenpreises an den vermutlichen Marktpreis, teilweise wird aber auch noch über unveränderte Beschaffungsschwierigkeiten geklagt. Die Bauindustrie hofft, daß infolge der Preiserhöhung die Erzeugung von Betonstahl ausgeweitet wird und die Lieferfristen, welche jetzt noch mehrere

Monate betragen, gekürzt werden. Die Versorgung mit Stab- und Formeisen hat sich für manche Industriebereiche fühlbar gebessert. Schwerwiegend sind nach wie vor die Klagen des Schiffbaues über die nicht völlige Belieferung des zugesagten Kontingents an Walzmaterial. Hierdurch werden die Ablieferungsfristen von Neubauten verzögert und wichtige Reparaturaufträge in den Häfen gefährdet. Die Klagen des Schiffbaues konzentrieren sich auf den Mangel an Grobblechen. Die im Ausbau begriffene erweiterte Kapazität der Grobblech-

straßen kann nicht vor Jahresende zum Tragen kommen. Die intensiven Bemühungen, Grobbleche auf dem internationalen Markt zu beschaffen und den Engpaß durch Einfuhr zu beseitigen, werden fortgesetzt, obwohl diese Bleche auch im Ausland nur sehr schwer und zu höheren Preisen zu beschaffen sind. Eine Erleichterung brachten Importe aus Belgien. Die Ausfuhr wurde eingeschränkt, soweit dem nicht handelsvertragliche Verpflichtungen und Lieferungen aus dem auslaufenden Kohle/Eisen-Abkommen entgegenstehen.

## Der Arbeiter in der Wirtschaft

Professor Bonn erklärte in seinem bereits 1930 erschienenen Werk:

„Der Träger der Arbeit und der Besitzer des Kapitals sind beide in mehr oder minder gleichem Maße von der Mitwirkung des andern abhängig. Damit der Arbeiter auf eine intelligente Mitarbeit des Unternehmers rechnen kann, muß er dessen Streben nach Erhöhung des Sozialprodukts teilen. Damit der Unternehmer bei dem Arbeiter dieses Streben auszulösen vermag, muß der Arbeiter nicht nur mit einem Lohn von wachsender Kaufkraft an der Zunahme dieses Produkts interessiert sein. Die Empfindung der Abhängigkeit, die das Selbstgefühl des Arbeiters erschüttert, und die Angst vor Entlassung, die den

Glauben an Dauer und Sicherheit schwächt, ohne die eine Mehranstrengung unmöglich ist, müssen aus der Seele des Arbeiters ausgelöscht werden. Der Arbeiter muß in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung frei und unbesorgt sein, wenn diese Wirtschaftsordnung größere Erträge zeitigen soll, als sie der Kommunismus verspricht. Stetigkeit der Arbeitsgelegenheit mit hohen Löhnen, die Sicherheit durch Versicherung und Sparen ermöglichen, sind dazu ebenso nötig wie eine Behandlung, die im Arbeiter nicht den untergeordneten und unterwürfigen Halbsklaven sieht, der aus Angst arbeitet, sondern den energiebesessenen Mitmenschen, der sein Bestes hergibt, wo es sich um seine eigenen Interessen handelt.“

# Deutscher West-Ost-Handel in Zahlen

In den beiden Tabellen ist der deutsche Außenhandel (reiner Warenverkehr) mit den Ostblockländern während der Jahre 1930 und 1931, 1937 und 1938 und 1948 bis 1951 dargestellt. Unter Deutschland ist das Reichsgebiet der einzelnen Jahre bis 1938 verstanden. Für 1948 und 1949 beziehen sich die Zahlen auf das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, ab 1950 auf die Bundesrepublik Deutschland. Die Ostblockländer sind in die europäischen Satellitenstaaten der Sowjetunion sowie in die asiatischen unterteilt. Der Warenverkehr zwischen der Bundesrepublik und der Ostzone ist nicht berücksichtigt. Die Zahlen in Klammern bedeuten den Prozentsatz des Osthandels an der deutschen Gesamtausfuhr beziehungsweise -einfuhr.

Deutsche Ausfuhr nach den Ostblockländern  
(Spezialhandel, reiner Warenverkehr)

| Länder                        | 1930                      | 1931   | 1937   | 1938   | 1948  | 1949  | 1950  | 1951  |
|-------------------------------|---------------------------|--------|--------|--------|-------|-------|-------|-------|
|                               | Werte in Mill. RM bzw. DM |        |        |        |       |       |       |       |
| Albanien . . . . .            | 1,3                       | 1,2    | 0,6    | 0,7    | —     | —     | 0,0   | 0,0   |
| Bulgarien . . . . .           | 22,9                      | 25,3   | 68,2   | 56,4   | 0,4   | 2,8   | 16,5  | 2,0   |
| Danzig . . . . .              | 78,7                      | 46,8   | 26,5   | 31,5   |       |       |       |       |
| Polen . . . . .               | 250,0                     | 140,9  | 73,2   | 102,6  | 0,5   | 29,4  | 66,4  | 83,5  |
| Estland . . . . .             | 30,7                      | 19,6   | 19,9   |        |       |       |       |       |
| Lettland . . . . .            | 71,2                      | 43,4   | 28,4   |        |       |       |       |       |
| Litauen . . . . .             | 60,1                      | 49,4   | 20,4   |        |       |       |       |       |
| Sowjetunion . . . . .         | 430,6                     | 762,7  | 117,4  | 118,1  | —     | —     | 0,0   | 0,1   |
| Rumänien . . . . .            | 137,3                     | 92,5   | 129,5  | 148,8  | 0,0   | 3,5   | 22,1  | 20,1  |
| Tschechoslowakei . . . . .    | 528,2                     | 423,9  | 151,0  | 135,6  | 17,9  | 49,7  | 75,9  | 87,4  |
| Ungarn . . . . .              | 118,3                     | 84,4   | 110,5  | 110,0  | 6,6   | 58,4  | 132,0 | 73,0  |
| Zusammen:                     | 1729,3                    | 1687,1 | 745,6  | 703,7  | 35,4  | 143,9 | 312,9 | 267,0 |
| China . . . . .               | 149,8                     | 140,7  | 148,3  | 126,6  | 2,4   | 1,4   | 47,8  | 16,8  |
| Hongkong . . . . .            | —                         | —      | 20,5   | 15,7   | 2,3   | 5,6   | 54,7  | 140,3 |
| Zusammen:                     | 149,8                     | 140,7  | 168,8  | 142,3  | 4,7   | 7,0   | 102,5 | 157,1 |
| Alle Ostblockländer . . . . . | 1879,1                    | 1827,8 | 914,4  | 846,0  | 40,1  | 150,8 | 415,4 | 424,1 |
|                               | (15,7)                    | (19,2) | (15,5) | (16,1) | (1,4) | (3,9) | (5,1) | (2,9) |

Die deutsche Ausfuhr nach den Ostblockländern erreichte in den Jahren 1930 und 1931 mit 1879,1 Millionen DM beziehungsweise 1827,8 Millionen RM ihren höchsten Stand. Die geringste Ausfuhrmenge war im Jahre 1948 mit 40,1 Millionen DM zu verzeichnen. Sehr bemerkenswert war die Ausfuhr nach der Sowjetunion im Jahre 1931 mit 762,7 Millionen RM, während der größte Export nach China im Jahre 1930 mit 149,8 Millionen RM und im Jahre 1937 mit 148,3 Millionen RM erzielt wurde.

Deutsche Einfuhr aus den Ostblockländern  
(Spezialhandel, reiner Warenverkehr)

| Länder                        | 1930                      | 1931   | 1937   | 1938   | 1948  | 1949  | 1950  | 1951  |
|-------------------------------|---------------------------|--------|--------|--------|-------|-------|-------|-------|
|                               | Werte in Mill. RM bzw. DM |        |        |        |       |       |       |       |
| Albanien . . . . .            | 0,1                       | 0,0    | 0,1    | 0,0    | —     | —     | —     | —     |
| Bulgarien . . . . .           | 58,9                      | 48,3   | 71,8   | 84,4   | 0,4   | 10,7  | 5,6   | 10,1  |
| Danzig . . . . .              | 26,2                      | 21,0   | 12,9   | 13,9   |       |       |       |       |
| Polen . . . . .               | 236,8                     | 112,2  | 67,9   | 95,5   | —     | —     | 12,3  | 57,4  |
| Estland . . . . .             | 32,3                      | 17,6   | 23,7   |        |       |       |       |       |
| Lettland . . . . .            | 59,0                      | 34,1   | 45,7   |        |       |       |       |       |
| Litauen . . . . .             | 67,9                      | 34,8   | 17,2   |        |       |       |       |       |
| Sowjetunion . . . . .         | 436,3                     | 303,5  | 65,2   | 142,5  | 4,2   | 2,7   | 0,8   | 1,9   |
| Rumänien . . . . .            | 236,9                     | 102,4  | 179,5  | 140,4  | 0,3   | 3,8   | 9,5   | 1,5   |
| Tschechoslowakei . . . . .    | 359,0                     | 243,7  | 141,4  | 129,7  | 27,8  | 86,3  | 105,3 | 71,4  |
| Ungarn . . . . .              | 82,1                      | 55,2   | 114,1  | 109,8  | 13,3  | 86,5  | 101,6 | 82,1  |
| Zusammen:                     | 1595,5                    | 972,8  | 739,5  | 716,1  | 46,0  | 190,0 | 235,1 | 224,4 |
| China . . . . .               | 297,7                     | 215,5  | 158,2  | 178,7  | 10,9  | 23,1  | 61,7  | 204,9 |
| Hongkong . . . . .            | —                         | —      | 0,2    | 0,2    | 0,0   | 0,1   | 1,1   | 3,5   |
| Zusammen:                     | 297,7                     | 215,5  | 158,4  | 178,9  | 10,9  | 23,2  | 62,8  | 208,4 |
| Alle Ostblockländer . . . . . | 1893,2                    | 1188,8 | 897,9  | 895,0  | 56,9  | 213,2 | 297,9 | 432,8 |
|                               | (18,4)                    | (17,6) | (16,4) | (16,4) | (1,7) | (2,9) | (2,5) | (2,9) |

Auch bei der Einfuhr aus den Ostblockländern wurde in den Jahren 1930 und 1931 mit 297,7 Millionen RM beziehungsweise 215,5 Millionen RM der Höchststand erreicht. Das Jahr 1948 zeigte mit 10,9 Millionen DM die weitaus geringste Einfuhrmenge. Die meisten Einfuhren kamen aus der Sowjetunion in den Jahren 1930 und 1931. In diesen beiden Jahren wurden Werte von 436,3 Millionen RM beziehungsweise 303,5 Millionen RM erzielt, während die größten Einfuhren aus China im Jahre 1930 mit 297,7 Millionen RM und im Jahre 1951 (!) mit 204,9 Millionen DM zu verzeichnen waren.

## Erneuerung des wirtschaftlichen Denkens

Luis Mumford, der in Deutschland so wenig bekannte Kulturphilosoph in Amerika, sagt dazu folgendes:

„Es gibt keine einfache Formel für diese Erneuerung. Es genügt nicht, daß wir alles tun, was möglich erscheint. Wir brauchen nicht sosehr die Organisation als die Erneuerung, d. h. eine Änderung der Richtung und der Einstellung. Wir müssen jeder neuen Tätigkeit und jedem neuen Plan ein neues Kriterium des Urteils entgegenbringen. Wir müssen uns fragen, inwieweit es den Prozeß der Lebenserfüllung fördern kann und wie sehr es die Förderung der ganzen Persönlichkeit beachtet. Heute scheitern die besten Pläne, weil sie in den Händen von Leuten sind, die keine äußere Entwicklung mitgemacht haben und innerlich nicht mitgewachsen sind. Die meisten dieser Leute sind angesichts der Weltkrise zusammengeschrumpft. Dabei kommt es ihnen nicht ins Bewußtsein, in welcher Weise sie mitgeholfen haben, es dahin zu bringen. In jede neue Lage bringen sie nur ihr versteinertes Ich mit, ihre verborgenen Vorurteile, ihre oberflächlichen Hoffnungen, ihre veralterten Wünsche und Automatismen, die meist in die Sprache betonter Modernität eingekleidet sind. Sie machen den Sturzflug, aber die Steuerung ist eingefroren, und sie glauben, daß sie die Katastrophe vermeiden können, wenn sie die Augen verschließen.“

## Universitas

Die entscheidende Frage, um die es heute geht, ist die: Soll die Universität sich damit begnügen, eine reine Fachausbildung zu vermitteln, oder soll sie, da sie doch mehr sein will als eine Fachschule, auch ihren Schülern mehr bieten als eine Fachausbildung? Wissenschaft gibt leicht, ob zu Recht oder Unrecht, ein Gefühl geistiger Überlegenheit, und dies kann sich verhängnisvoll auswirken, wenn wissenschaftliche Spezialausbildung mit Ignoranz und Unverständnis für die Dinge außerhalb der Grenzen des Fachs einhergeht. In einem turbulenten Zeitalter wie dem unsrigen sollten aber vor allem die Vertreter der Berufe, die besondere Möglichkeiten der Beeinflussung des öffentlichen Lebens haben, und von solcher Art sind ja viele der akademischen Berufe, neben ihrem Fachkönnen über eine allgemeine geistige und politische Daseinsorientierung verfügen, die sie davor bewahrt, Schlagworten und Massensuggestionen zum Opfer zu fallen. Viele Stimmen in der Hochschule selbst wie in der Öffentlichkeit verlangen heute, die Universität müsse auch dieses leisten, sie habe zu ihren beiden traditionellen Aufgaben Forschung und Lehre auch noch die Aufgabe der Erziehung zu übernehmen. Wie dies geschehen soll und ob die Universität in ihrer jetzigen Verfassung überhaupt dazu in der Lage ist, darüber gehen freilich die Meinungen weit auseinander. Vielleicht

darf hier folgendes gesagt werden. Das Lebenselement der Universität ist die Wissenschaft und sollte es bleiben. Wissenschaft kann uns sagen, was ist, aber nicht, was sein soll. Erziehung ist aber eine Frage des Sollens und muß daher aus anderen Quellen gespeist werden. Es ist schwer denkbar, daß eine heutige Universität zu einer einheitlichen Meinung darüber gelangen könnte, wozu ein Student erzogen werden soll. Dennoch kann sie zweierlei in dieser Richtung tun: den Studierenden durch geeignete Information über die Fachgrenzen hinaus die selbständige Meinungsbildung erleichtern und ihnen die Haltung zur Richtschnur machen, die Voraussetzung aller Wissenschaft ist und auch dem öffentlichen Leben nur wohl-tätig sein kann, Sachlichkeit und Achtung vor der Wahrheit, auch der unbequemen Wahrheit.

Es verdient hier erwähnt zu werden, daß sich außerhalb der Hochschule besonders die Gewerkschaften mit diesem Problem befassen und konkrete Vorschläge dazu entwickelt haben. Aber auch den Universitäten selber ist es sehr ernst damit, und fast alle haben sie, häufig durch die Initiative studentischer Gruppen wirksam unterstützt, in den letzten Jahren Einrichtungen geschaffen, die der überfachlichen geistigen oder politischen Bildung der Studierenden dienen sollen. Die Universität wird nicht umhin können, in diesem Zusammenhang auch der Frage der Erwachsenenbildung größere Aufmerksamkeit als bisher zu schenken. Wenn es irgend ein Mittel gibt, die Beziehungen zwischen Universität und Öffentlichkeit enger zu gestalten und der Universität in der Öffentlichkeit stärkeren Rückhalt zu geben, so ist es die möglichst weite Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse auf einem dem Gegenstand angemessenen Niveau. Wir sollten die Gefahr nicht unterschätzen, die darin liegt, daß außerhalb unserer Mauern das Feld weithin Horoskop, Wunderheilungen, Erdstrahlen, kurz dem Drang zum Irrationalen überlassen bleibt. Neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu erarbeiten wird immer nur Sache weniger sein, aber diese sind darauf angewiesen, daß ihre Bemühungen von einer breiten Volksschicht getragen sind, die wissenschaftliche Erkenntnis und Geisteshaltung nicht nur nach ihrem technischen Nutzungswert zu würdigen weiß.

### Jeder muß planen - auch der Staat

Der schwedische Nationalökonom Gunnar Myrdal, der Generalsekretär des Wirtschaftsausschusses der Vereinten Nationen, hat kürzlich in einer Studie über „Entwicklung zur Planwirtschaft“ darauf hingewiesen, wie alle Regierungen der Weststaaten, gleichviel ob konservativ, liberal oder sozialistisch ausgerichtet, auf dem Wege zur staatlich kontrollierten Planwirtschaft immer schneller zu marschieren einfach gezwungen sind. Anfangs sind es meistens nur vorübergehend gedachte einzelne und lokalisierte Eingriffe in das Wirtschafts-

## Indiens Eisen- und Stahlindustrie

Indien ist ein Land der großen Gegensätze. Es ist sehr reich an Erd-schätzen, seltsamerweise aber von einer armen Bevölkerung bewohnt. Man findet dort ebenso einige Radschas und regierende Fürsten mit ungeheurem Reichtum wie gleichzeitig viele Arme. — Diesen Gegensatz bemerkt man auch auf vielen anderen Gebieten. Man betrachte nur das Landschaftsbild. Im Norden prächtige Gebirgshöhen mit Schneefeldern und Gletschern, zu deren Füßen weite Flußflecken, die Indus-Ganges-Ebene. Dann das sandige ausgedörrte Land, das z. T. wasserführend und bebaut ist, z. T. eine Wüste darstellt.

Bei diesen Kennzeichen des Landes erstaunt es nicht, ähnliche Ungereimtheiten auch bei der Eisen- und Stahlindustrie des Landes zu finden. Durchfährt man mit dem Wagen die etwa 100 Meilen von Kalkutta entfernt liegenden Gebiete mit den Eisenerzvorkommen in Richtung Bombay, so begegnet man den modernen und in sich geschlossenen Eisen- und Stahlwerksanlagen in Jamshedpur und Asansol; zum anderen aber findet man wenige Meilen davon entfernt selbst heute noch die primitivsten Methoden der Eisengewinnung in Tontöpfen mit hand- und fußbetätigten Blasbälgen.

Die Kunst der Eisen- und Stahlgewinnung stellt in diesem Lande eine uralte Industrie dar und wurde bereits vor vielen Jahrhunderten ausgeübt. Die „Asoke-Säule“ in Delhi gibt Zeugnis davon; das Datum ihrer Errichtung ist darauf mit 319 A. D. angegeben. Wir begegnen bei dieser Säule der ersten Stufe der Metallkeramik und sind erstaunt über die Feinheit und Größe der Arbeit. — Auf den westlichen Ghats von Indien, in der Nähe der berühmten Ajanta-Höhlen, liegen Berge von Schlacken, die erkennen lassen, daß in den vergangenen Zeiten die Eisenerzeugung auch wohl schon im großen betrieben sein muß. Der Stahl für die berühmten, von den Ägyptern hergestellten „Damaszener Schwerter“ kam aus Indien und wurde „wootz“ genannt.

Das Jahr 1830 zeigt den ersten Ansatz zu einer Neuentwicklung der Eisenindustrie in Indien. In diesem Jahre betrieb Joseph Marshall Heath an der Küste bei Madras ein Eisen- und Stahlwerk, mußte es aber nach einigen Jahren stilllegen, weil er als Brennstoff Holzkohle verwandte und es in der Nähe bald keine Dschungel mehr gab, aus denen er seine Hochöfen mit Holzkohle versorgen konnte. — Die nächste Eisen- und Stahlherstellung finden wir 1875 bei den „Baraker Iron Works“ in Kulti. Dieses Werk hatte sowohl Eisenerze als auch Kohlenfelder in nächster Nähe liegen. Die Firma wurde 1889 von der „Bengal Iron and Steel Company“ übernommen, welche wenige Meilen von Kulti entfernt über eigene, im Jahre 1923 in Betrieb genommene Hochöfen verfügte. Die „Indian Iron and Steel Company“ und die „Steel Corporation of Bengal“ unter Leitung von Martin Burns (Kalkutta) stellen die zweitgrößte Anlage in Indien dar. An erster Stelle rangieren die „Tata Iron and Steel Company Ltd.“ in Jamshedpur. Schon vom Jahre 1880 ab bemühte sich ein Mann aus Parsee, Jamshedji Tata, um die Einrichtung eines modernen, in sich geschlossenen Eisen- und Stahlwerks in Indien. Sein Gedanke war, daß eine Nation, die die Welterzeugung an Eisen und Stahl beherrscht, auch das Gold der Welt beherrscht, wie die dominierende Stellung der Vereinigten Staaten von Amerika es heute zeigt. Die Stellung Indiens als stahlerzeugendes Land neben den übrigen Staaten der Welt ist durch nachfolgende Vergleichszahlen gekennzeichnet, die aufzeigen, welch einen weiten Weg Indien noch vor sich hat, um, gemessen an seiner Bevölkerungszahl, zu einer ausreichenden Eisen- und Stahlerzeugung zu gelangen.

In Indien betrug bei 389 Millionen Bevölkerung die Stahlerzeugung im Jahre 1950 nur rd. 3,95 kg je Kopf der Bevölkerung, während in Deutschland 195 kg je Kopf der Bevölkerung erzeugt wurden, in USA 740 kg, in Großbritannien 390 kg, in Frankreich 215 kg, in Kanada 315 kg und in Australien 217 kg. In Indien sind somit in Verbindung mit den Eisenerzvorkommen des Landes für die Eisen- und Stahlindustrie noch große Entwicklungsmöglichkeiten gegeben.

Indien besitzt große und hochwertige Eisenerzvorkommen. Die größten Vorkommen befinden sich in den Provinzen Bihar, Orissa und Singhbum, obwohl auch die Mittelprovinz und Südindien über Vorkommen verfügen. Die „Tata-Werke“ besitzen eigene, von ihnen selbst ausgebeutete Gruben in einer Entfernung von 40 bis 50 Meilen von den Werken. Auch die anderen Werke haben meist nahe gelegene Gruben. — Indiens Erzeugung beträgt etwa 3 Mill. t im Jahr an Eisenerz. Die Stahlproduktion belief sich demgegenüber auf 1,52 Mill. t im Jahre 1950. — Bis jetzt hat Indien seine reichen Erze noch nicht ins Ausland exportiert; möglicherweise trägt der Preis die Schiffsfrachten nicht. In der Vergangenheit hat es England, Amerika, Japan und Deutschland mit Ferromangan und Roheisen beliefert.

Die **Kohlenindustrie** Indiens ist in den Distrikten Jharia und Raniganj in Bihar und Bengal zusammengefaßt. Insgesamt wurden 25 Mill. t gefördert, von denen 3 Millionen t/Jahr in die eisenschaffende Industrie gingen. Große Vorkommen an guter, zur Verkokung geeigneter Kohle besitzt Indien nicht. Es wird daher regierungsseitig versucht, den Verbrauch der guten Kohlen so zu steuern, daß sie nur der Verkokung zugute kommen. Sowohl „Tata“ als auch „Indian Iron“ gewinnen ihre Kohle in eigenen Gruben, kaufen aber auch zusätzlich von anderen Bergwerksbesitzern. Südindien hat keine Kohlenbergwerke. Die „Mysore-Werke“ im Süden verwenden Holzkohle in ihren Ofen und besitzen Elektroöfen für die Roheisenerzeugung.

An weiteren Bodenschätzen für die Eisen- und Stahlerzeugung weist Indien große Kalksteinvorkommen auf, ferner Chromit und Magnesitgruben. Die jährliche Kalksteinerzeugung liegt bei 3 Mill. t, davon 165000 t dolomitischer Kalk. Nächst Rußland hat Indien die größten hochwertigen *Manganerzvorkommen*. In die eigene Stahlerzeugung gehen davon jährlich rd. 25000 t. Der Export an Manganerz belief sich 1950 auf rd. 1 Mill. t. Flußspat, Wolfram, Nickel, Kobalt und andere Edelmetalle besitzt Indien nicht. Diese Stoffe müssen eingeführt werden.

## Verhinderung von Korrosion

Alle unedlen Metalle und auch das Edelmetall Silber neigen zur Korrosion, sofern sie den Einflüssen von Luft und Feuchtigkeit oder chemischen Einflüssen ausgesetzt sind. Am schlimmsten wirkt sich die Korrosion bei Stahl und Eisen aus; kaum erfaßbare Werte gehen jährlich durch Rost (Korrosion des Stahles und Eisens) verloren. So ist es nicht verwunderlich, daß alle Mittel versucht werden, um die Korrosion zu verhindern oder doch zum mindesten stark einzudämmen, denn nicht allein die Materialverluste sind ausschlaggebend, sondern auch die Gefahr der durch Korrosion erzeugten Unglücksfälle (Abrosten von Nieten bei Brücken usw.).

Die einzige Möglichkeit, Korrosion zu verhindern, ist die, die Angriffsflächen zu schützen, so daß an den Werkstoff selbst die Luft, Feuchtigkeit oder sonstige schädliche Einflüsse gar nicht herankommen können. Hierzu sind verschiedene Methoden möglich, für deren Anwendung aber immer unbedingt erforderlich ist, daß vor Beginn irgendeines Verfahrens die zu schützende Oberfläche gründlich gereinigt wird, d. h. daß alle Unreinheiten, Oxydschichten usw. entfernt werden, so daß der metallblanke Werkstoff dem vorgesehenen Verfahren unterworfen werden kann.

Man kann nun zwei Arten des Korrosionsschutzes unterscheiden:

1. nur als Schutzmittel ohne weitere Forderungen,
2. als Schutzmittel mit der Forderung auf Schönheit der Oberfläche und somit des ganzen Fertigteil.

Die Behandlung des ersten Falles ist durchaus nicht so einfach wie es scheint. Denn der Korrosionsschutz erfolgt hier entweder durch Auftragen eines Schutzmittels in verschiedener Stärke oder durch Veränderung der Oberfläche vermittels chemischer Prozesse. Es ist hierbei besonders darauf zu achten, daß die Schutzschicht gleichmäßig in engste Verbindung mit der Oberfläche kommt.

Je nach Art der Schutzschicht erfolgt das Auftragen entweder von Hand oder durch Spritzen (Schutzlacke) oder galvanisch (Metallüberzüge). Im ersten Fall ist es erforderlich, darauf zu achten, daß die zu schützende Oberfläche unbedingt trocken ist, sich also keine feuchte Schicht zwischen Werkstoff-Oberfläche und Schutzschicht bilden kann. Ganz abgesehen davon, daß hierdurch die Haftfähigkeit der Schutzschicht vernichtet würde, würden sich auch sofort neue Korrosionsschichten bilden können.

Um einen sicheren Korrosionsschutz für Stahl und Eisen (auch Gußeisen) zu erreichen, muß zuerst eine *schützende Grundfarbe* aufgebracht werden, wofür sich bis jetzt ein Mennige-Anstrich als am besten geeignet erwiesen hat. Auf diesen wird dann die weitere Farbe aufgebracht. Auch hier ist Bedingung, daß immer der Anstrich erst vollkommen getrocknet und erhärtet sein muß, ehe der zweite aufgebracht wird.

Bei sachgemäßer Ausführung besteht die Gewähr, daß eine solche Schutzschicht einige Jahre hält. Immerhin müssen aber die damit versehenen Bauwerke in bestimmten Zeitabständen gewissenhaft auf fehlerhafte Stellen untersucht werden. Sofern erst einmal eine Stelle unbeobachtet bleibt, frißt die Korrosion unter der Schutzschicht weiter, und diese verliert damit ihren Zweck.

leben zur Behebung eines akuten speziellen Notstandes. Aber jeder solcher Eingriff zwingt zu weiteren Maßnahmen, und dann stellt sich die Notwendigkeit ein, sie zu koordinieren. Unaufhaltsam und überall in diesen Ländern wächst sich das Ganze zu einer immer mehr umfassenden Kontrolle der Wirtschaft durch den Staat aus. Ein Zurück auf diesem Wege gibt es nicht, weil jeder Versuch dazu schnell offenbart, daß die Automatik des liberalistischen Systems der Vergangenheit endgültig funktionsfähig geworden ist.

Wie schnell sich in dieser Beziehung die Verhältnisse gewandelt haben, mag man auch daran erkennen, daß es in Deutschland bei der Reichsregierung *bis zum ersten Weltkrieg* weder ein Wirtschafts- noch ein Arbeitsministerium gegeben hat; was auf diesen Gebieten an Staatspolitik und -verwaltung für notwendig angesehen wurde, das konnte im *Reichsamt des Innern* noch nebenher miterledigt werden. Nach dem Kriege, im neuen Staate, wurden sofort selbständige Ministerien für Wirtschaft und für Arbeit errichtet, und vom Rande der Staatsaufgaben schoben sie sich in ihren Mittelpunkt. Das wurde damals noch häufig als ein vorübergehender Zustand angesehen, erzwungen durch die Notwendigkeit von Übergangsmaßnahmen von der Kriegswirtschaft zur wieder „normalen Friedenswirtschaft“, in der sich dann, wie man glaubte, auch das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft wieder so einspielen würde, wie es vordem gewesen war.

Heute gibt es selbst unter den ernst zu nehmenden Liberalisten kaum noch jemanden, der sich dieser Illusion hingeben könnte. Die Zeit der bloßen „*Nachwächterrolle*“ des Staates gegenüber der Wirtschaft ist endgültig vorbei, in allen Ländern des kapitalistischen Wirtschaftsbereiches und nicht zuletzt in Deutschland, gleichviel, ob die jeweiligen politischen Machthaber eine staatlich kontrollierte Planwirtschaft anstreben oder ihr entgegenarbeiten möchten.

Diese unaufhaltsam vor sich gehende Entwicklung erzeugt notwendigerweise einen *gewaltigen Zuwachs an öffentlichen Aufgaben*, die sich aber wesentlich vom älteren Bestande der Staatsaufgaben unterscheiden. Das Wirtschaftsleben — auch wenn es nicht mehr dem freien Spiel der Kräfte überlassen, sondern bewußt geplant und gelenkt wird — kann nicht von Staatsbeamten im kameralistischen Amtsstil mit Dienstvorschriften, die für jede Eventualität eine Anweisung enthalten, verwaltet werden.

Wenn etwa dagegen auf die *Wirtschaft in totalitären Staaten* hingewiesen wird, so darf dabei nicht übersehen werden, daß das dort praktizierte System einer *staatlich-bürokratischen totalen Zwangswirtschaft* keineswegs den Erfordernissen einer Planwirtschaft an sich entspricht, um so mehr aber den *Notwendigkeiten einer politischen Diktatur*, die zusammenbrechen müßte, wenn die Wirtschaft nicht mit einbezogen wäre in den Bereich der totalen Herrschaft über die Menschen. Umgekehrt würde aber auch

die politische Demokratie ernsthaft bedroht sein, wenn dem an sich unabwendbaren Zwange zur Planung und Lenkung mit keinem anderen als einem autoritären Wirtschaftssystem entsprochen werden könnte.

Der andere Weg kann nur der zur Wirtschaftsdemokratie sein, d. h. eine weitgehende kollektive Selbstbestimmung und Selbstverwaltung durch die Wirtschaftsbürger, wenn auch notwendigerweise in einem demokratischen Staate unter Führung dieses Staates und der Gesetzgebung durch das politische Parlament.

Fritz Tarnow.

## Englische Sorgen um deutschen Stahl

Es werde der britischen Stahlindustrie nicht leichtfallen, innerhalb der nächsten Jahre ihre führende Stellung gegenüber der westdeutschen Stahlindustrie, sowohl was Menge als auch Qualität anbelangt, zu behaupten, schreiben die Financial Times in ihrer Ausgabe vom 2. Juli. In Anbetracht der Steigerung der westdeutschen Stahlgewinnung im ersten Quartal 1952 und der Pläne über die zukünftige Stahlgewinnung stellt das Blatt weiter fest, daß all das nötig sei, um erkennen zu lassen, daß diese Projekte in Anbetracht der bevorstehenden Verwirklichung des Schuman-Plans vorangetrieben würden, der die über die deutsche Stahlindustrie ausgeübte Veto-Gewalt des militärischen Sicherheitsamtes endgültig beseitigen werde. Es lasse sich schwer denken, daß die Hohe Schuman-Plan-Behörde, einmal ins Leben gerufen, in der Lage sei, eine Rechtfertigung für die Ablehnung der westdeutschen Expansionsprojekte aus rein ökonomischen Gründen zu finden. Es müsse in diesem Zusammenhang ferner beachtet werden, daß das derzeitige Kapazitätsziel von 16½ Mill. t für das Jahr 1953 lediglich ein Anfang sei. Von deutscher Seite seien dem Vernehmen nach Forderungen auf eine Kapazitätserhöhung auf endgültig 19 Mill. t in den vorbereiteten Besprechungen über den Schuman-Plan laut geworden.

Nach der Ansicht von Fachleuten bedürfe es zur Erreichung dieser Pläne einer Zeitspanne von vier oder fünf Jahren nach Beseitigung aller Restriktionen. Dies bedeute jedoch, daß, wenn die britischen Stahlpläne entsprechend dem aufgestellten Programm verwirklicht werden sollten, Großbritannien seinen Vorsprung von rund 1 Mill. tons pro Jahr gegenüber der deutschen Stahlproduktion bis gegen Ende der fünfziger Jahre behaupten werde. In einer, und zwar bedeutenden Hinsicht habe Großbritannien einen großen Vorsprung vor der Bundesrepublik. Dieser bestehe darin, daß Großbritannien über drei kontinuierliche Walzenstraßen verfüge, während die Bundesrepublik keine besitze. Im ganzen gesehen seien die Stahlwerkeinrichtungen in Großbritannien moderner als die in der Bundesrepublik. Doch auch in dieser Hinsicht seien die Deutschen fieberhaft bemüht, ihren Rückstand wettzumachen.

Im zweiten Falle, dem *galvanischen Auftragen* einer Schutzschicht, muß die zu schützende Oberfläche vollkommen metallblank sein und darf keine tieferliegenden Poren aufweisen, die noch Unreinheiten enthalten. Die galvanischen Verfahren sind gegenwärtig zu einer Höhe entwickelt worden, die gestattet, allen Anforderungen gerecht zu werden. Die größte Verbreitung hat das Verchromen gefunden, das in vielen Fällen das Vernickeln verdrängt hat.

Bei den galvanischen Verfahren ist nicht nur eine vollkommen saubere, sondern auch glatte Oberfläche vor der Galvanisierung unbedingt erforderlich, da die galvanische Auflage verhältnismäßig dünn ist und sich allen Unebenheiten anfügt. Da die galvanischen Überzüge meist auch zur Veredelung der Oberfläche in bezug auf Aussehen dienen sollen, so wird das aufgalvanisierte Metall (Nickel, Chrom usw.) meist poliert. Bei neueren Verfahren, die für direkte Hochglanzvernickelung angeboten werden, soll es möglich sein, eine hochglänzende Oberfläche zu erzielen, ohne die Teile vorher bearbeiten zu müssen. Unebenheiten und Poren sollen dabei ausgefüllt werden. Naturgemäß ist hierbei der Verbrauch an Nickel höher, und es ist eine Frage der Kalkulation, ob diese Preiserhöhung für Nickel durch den Wegfall der Vorarbeitslöhne ausgeglichen wird. Zum mindesten dürften auf diesem Gebiet noch manche Überraschungen zu erwarten sein.

Die mechanische Beanspruchbarkeit derartiger Schutzüberzüge ist recht verschieden, spielt aber naturgemäß eine sehr große Rolle. Sofern sehr hohe Beanspruchungen zu befürchten sind, dürften wohl nur Chromüberzüge in Frage kommen.

Die aufgalvanisierte Schicht soll so fest mit dem Grundwerkstoff verbunden sein, daß sie auch bei geringem Biegen — z. B. eines Rohres — nicht abplatzt oder rissig wird, wodurch sonst die schädlichen Einflüsse durch diese Risse einwirken könnten. Das gleiche gilt auch für Farbanstriche.

Ein weiterer Oberflächenschutz gegen Korrosion wird gebildet durch die Schutzschichten, die auf Grund *chemischer Einwirkungen* durch Änderung der obersten Oberflächenschicht entstehen. Zu diesen gehören: Bondern, Phosphatieren, Brünieren, Bläuen und ähnliche. Neben gutem Aussehen (Brünieren), besonderen Eigenschaften, wie gute Gleiteigenschaften (Phosphatieren) usw., bieten diese Schutzschichten auch Schutz gegen Korrosion. Allerdings sind diese Schichten so dünn, daß sie mechanischer Einwirkung nicht standhalten.

Als während des Krieges Vernickeln und Verchromen für Gebrauchsgegenstände nicht mehr zulässig war, wurden diese Teile *brüniert*. Wenn man sich auch an das schwarze Aussehen von Löffel, Gabel und Messer gewöhnen konnte, so war es nicht möglich, sich damit abzufinden, daß nach kurzer Zeit die Brünierung verschwand und die Teile rosteten. Solange die Teile nicht mit verschleißenden Medien in Berührung kommen, solange hält auch die Brünierung vor. Die Brünierungsschicht besteht aus Eisenoxyduloxyd und bietet einen beachtlichen Rostschutz für ruhende Teile. Der Vorgang ist rein chemischer Natur, während früher das Schwarzbrennen oder Brünieren von Eisen dadurch erfolgte, das das saubergebeizte Stück in Leinöl getaucht und über einem Holz- oder Kohlenfeuer erhitzt wurde.

In der Industrie findet man gegenwärtig sehr viel brünierte Teile an Werkzeugmaschinen, wo sie mit ihrem schwarzen Ton einen sauberen Kontrast zu der grauen Normfarbe ergeben und gleichzeitig gegen Korrosion geschützt sind.

Während bei Anstrichen die behandelten Teile an den Stellen, an denen sie mit anderen Teilen in Gleitberührung kommen, von der Schutzaufgabe wieder befreit werden müssen, ist dies bei brünierten und phosphatierten Teilen nicht nötig, da bei diesen Verfahren meßbare Maßänderungen nicht eintreten. Außerdem aber werden auch bei diesen die Lauf- und Gleiteigenschaften nicht verschlechtert.

Korrosion kann aber auch dadurch vermieden oder eingedämmt werden, daß man *geeignete Materialien* verwendet, selbst wenn diese für den vorgesehenen Zweck vielleicht teurer erscheinen oder auch dadurch tatsächlich ein wenig teurer werden, daß, um Festigkeitsanforderungen gerecht zu werden, ein weniger belastbares Material in größerem Volumen verwendet werden muß. Vielfach läßt sich die Volumvergrößerung durch entsprechende Konstruktion vermeiden. Dieser einmalige Beschaffungsaufwand wird schnell wieder ausgeglichen dadurch, daß in absehbarer Zeit Nacharbeiten für den Oberflächenschutz nicht nötig sind.

Dieser Ausweg ist jedoch nicht immer gangbar. Es ist hierzu ein gewissenhaftes gegeneinander Abwägen der verschiedenen Verhältnisse nötig.

# TECHNIK *und* PRODUKTION

## Werkzeugmaschinenmesse in Hannover

Auf Beschluß des Europäischen Komitees für die Zusammenarbeit der Werkzeugmaschinenindustrien, dem fast alle westeuropäischen Länder angehören, findet die 2. Europäische Werkzeugmaschinen-Ausstellung vom 14. bis 23. September d. J. in Hannover statt. (Die vorjährige Ausstellung war in Paris.) Insgesamt werden 800 Aussteller aus 13 Ländern ihre Erzeugnisse in Hannover zeigen.

## Leistungsbeweis für deutschen Schiffbau

In Emden absolvierte das neue Motorschiff „Baldur“, das von den Nordseewerken Emden GmbH für die Seereederei „Frigga“, Hamburg, gebaut worden ist, seine Probefahrt. Die wichtigsten Zahlen des neuen Motorschiffs sind: Länge über alles 144 m, Breite auf Spanten 17,85 m, Tiefgang auf Sommerfreibord 7,92 m, Tragfähigkeit etwa 10 000 t, Bunkereinhalt etwa 930 cbm, Wasserballast etwa 3500 t. Hauptmaschine: 1 MAN-Dieselmotor mit Nachladung für direkten Propellerantrieb, einfach wirkend, Zweitakt, 6 Zylinder, direkt umsteuerbar. — Leistung: 4000 PS maximal bei 125 Umdreh./Min. — Geschwindigkeit 13,4 Knoten auf Probefahrt.

## Der deutsche Dampfkesselbau nach dem Kriege

Der Bau von Dampfkesselanlagen wird gekennzeichnet durch den Druck, die Dampftemperatur, die Brennstoffart und die geforderten Dampfleistungen. Der weitaus größte Teil der in den letzten Jahren in Deutschland aufgestellten Kessel über 30 t/Std.-Dampfleistung hat einen Druck von mehr als 40 atü. Gleichzeitig mit der Steigerung des Dampfdrucks wurde auch die Dampftemperatur immer mehr erhöht. Wenn in den letzten Jahren als Höchsttemperatur des aus dem Kessel austretenden Dampfes etwa 500° C angewendet wurde, so sind jetzt auch schon Kessel mit 535° C und in einzelnen Fällen bereits mit 600° C ausgeführt worden.

Wenn in Deutschland langsamer als in Amerika der Übergang auf Temperaturen über 500° sich vollzieht, so liegt der Grund zunächst in dem im Kriege, dann jetzt aus der Weltlage sich ergebenden Schwierigkeiten in der Beschaffung der erforderlichen geeigneten Legierungsmetalle für die Werkstoffe der hochtemperaturbeanspruchten Kesselteile. Cr-Mo-legierte Stähle mit einem Molybdän-Gehalt von 0,4 % haben sich bei Dampftemperaturen von 525° C durchaus bewährt. Für die Wirtschaftlichkeit des Betriebes mit Hochdruckdampf ist auch die Höhe der Zwischenüberhitzungstemperatur von Bedeutung. Bei neuen Anlagen werden die Zwischenüberhitzungstemperaturen immer näher an die Temperatur des Frischdampfes herangebracht.

Die Entwicklung des Dampfkesselbaus in Deutschland hat nach der Unterbrechung durch die Ereignisse des Jahres 1945 heute wieder einen Stand erreicht, wonach nicht nur in Fortsetzung der früher gesammelten Erfahrungen neue Anlagen geschaffen wurden, sondern auch in vielen Fragen, besonders in der Verbrennung und Ausnutzung des Brennstoffs im Feuerraum, neue Erkenntnisse zur Ausführung kommen, die für den Bau besonders großer Kesselleistungen und die Verbrennung minderwertiger Brennstoffe von Bedeutung sein werden.

## Drei neue Walzstraßen für die Röchling-Werke in Völklingen

Mit einem Kostenaufwand von 5 Mrd. Mfrs. sollen die unter Sequesterverwaltung stehenden Röchlingwerke noch in diesen Wochen mit dem Bau von je einer Mittel-, Fein- und Drahtstraße beginnen, wodurch die Produktionskapazität des größten saarländischen Hüttenwerks beträchtlich gesteigert wird. Aus den vom saarländischen Landesplanungsamt genehmigten Plänen ist in diesem Zusammenhang zu entnehmen, daß für den erforderlichen neuen Baugrund das Flußbett der Saar, die Eisenbahnlinie sowie ein Teil der Straße Völklingen-Bous verlegt werden sollen. Für die Durchführung der Bauvorhaben ist eine Gesamtdauer von etwa vier Jahren vorgesehen.

## Argentinien bestellt deutsche Omnibusse

Die staatliche Verkehrsgesellschaft der argentinischen Hauptstadt hat 700 Oberleitungs-Omnibusse in der Bundesrepublik bestellt. Die Gesellschaft gab bekannt, daß sie 350 Obusse bei den Daimler-Benz-Werken in Stuttgart und die anderen 350 Fahrzeuge bei verschiedenen westdeutschen Firmen in Auftrag gegeben hat.

## Ungenutzte Walzstahlkapazität in Westdeutschland

Die westdeutsche Walzstahlkapazität besitzt nach dem Urteil von Fachleuten noch Produktionsreserven, die ausgenutzt werden könnten, wenn monatlich rund 100 000 t mehr Brennstoffe zur Verfügung gestellt würden. Die Werke haben beim Bundeswirtschaftsministerium eine Erhöhung der Brennstoffzuteilungen nachgesucht. Die zusätzliche Menge an Rohstahl und Walzstahl, die mit 100 000 t Kohle mehr im Monat hergestellt werden könnte, würde für die inländische Stahlversorgung durchaus zu Buch schlagen.

## 7,5 Millionen t Rohstahl im 1. Halbjahr 1952

Nach vorläufigen Angaben beläuft sich im ersten Halbjahr 1952 die westdeutsche Rohstahlerzeugung insgesamt auf 7 534 681 t, die Roheisenerzeugung auf insgesamt 6 156 701 t. Bei gleichbleibender Produktion könnte demnach in diesem Jahre mit einer Gesamtrohstahlerzeugung von rund 15 Millionen t und einer Gesamtroheisenerzeugung von rund 12,5 Millionen t gerechnet werden. — Im Jahre 1951 wurden in der Bundesrepublik rund 13,5 Millionen t Rohstahl und rund 10,7 Millionen t Roheisen produziert.

## Neuer Schrottvertrag mit den Hüttenwerken

Zwischen den Schrottvertragshändlern und den Hüttenwerken kam nach Ablauf des ersten Globalabschlusses seit Freigabe der Schrottpreise, der eine Lieferung von 700 000 t Schrott für zwei Monate vorsah, ein Anschlußvertrag über eine Gesamtmenge von 880 000 t zustande, der die Versorgung der Hüttenwerke bis Ende August 1952 decken soll. Vereinbart wurde ein Preis von 170 DM je t gegen bisher 184 DM je t. Bei dem flüssigen Schrottaufkommen in letzter Zeit wird angenommen, daß auch der neue Vertrag fristgemäß abgewickelt wird.

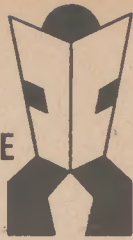
## Walzeisen aus Frankreich

Der interministerielle Einfuhrausschuß gab Einfuhrmöglichkeiten über 28,6 Mill. DM bekannt. Unter anderem können für 12,6 Mill. DM Walzwerkzeugnisse aus Frankreich importiert werden.

## Stahlpreisabsenkung in Frankreich

Folgende Preisabsenkungen werden in diesen Tagen erwartet: Roheisen um 5–8 %, Stahl für Haushaltsartikel 5–10 %, verzinkte Bleche 5–10 %, Stahlbleche für Eisenbahnwagen 5 bis 10 %, Drahterzeugnisse 3,5–6 %, Weißblech für Konservendosen und ähnliche Waren 4,5–6 %, Artikel für Wohnungsheizungen 2–10 %, verzinnte, verzinkte und emaillierte Haushaltsartikel 6–15 %, und Handwerkzeuge um 7 %. Diese Preisermäßigungen wurden durch den Rückgang der Kohle-, Koks- und Frachtenpreise möglich, allerdings bedeuten sie auch ein Opfer der Stahlindustrie im Interesse der Regierungsaktion zur „Retten des Francs“.

## BLICK IN DIE PRESSE



### *Sachwert-Psychose rächte sich*

Notenbankpräsident Vocke betonte auf der Münchener Tagung der Lebensversicherungen, daß der erfreuliche Aufschwung der Spartätigkeit einen Vertrauensbeweis der Bevölkerung darstelle, wie man ihn sich nicht eindrucksvoller denken könne. Der Sparrer, der Anfang 1949 gespart habe, habe nichts am realen Wert seiner Ersparnisse eingebüßt. Wenn heute über depressive Erscheinungen geklagt werde, wenn hier und dort erhebliche Verluste entstanden seien, so nur da, wo man aus Hysterie, aus dem Glauben an Inflation und fortschreitende Preissteigerung zu teuer eingekauft habe. Diese Lehre werde man sich merken müssen. — Geheimrat Vocke kritisierte im übrigen die großen Bauten der Versicherungen und die Repräsentationsbauten der Banken. Man solle nicht glauben, daß derartige Monumentalbauten die zweckmäßigste Werbung für die Lebensversicherungen seien. Auch die eingehenden Prämien könnten zweckmäßiger und der Wirtschaft dienlicher angelegt werden. (Handelsblatt, Düsseldorf)

### *„Soziale Beziehungen“ gestalten den Betrieb*

... Ohne das Verdienst gewerkschaftlicher Bemühungen um eine Besserung der Lage des Arbeiters mit Hilfe der staatlichen Sozialpolitik mindern zu wollen, muß aber festgestellt werden, daß der Begriff der „betrieblichen Sozialpolitik“ schon in einem frühen Stadium der industriellen Entwicklung von klugen Unternehmern nicht nur gewußt, sondern auch verwirklicht wurde. In diesem Punkt ging Europa Amerika voran. Über die heutigen Leistungen der betrieblichen Sozialpolitik polemisieren zu wollen, wäre kühn. Man würde die Bilanzen nur ungenau studiert haben, wenn man in ihnen nicht die immer wiederkehrenden Posten „freiwilliger Sozialleistungen“ gefunden hätte ...

Auch ohne das Verlangen der deutschen Gewerkschaften nach Mitbestimmung ist sicher, daß die moderne industrielle Ordnung nicht mehr nur von den Unternehmern getragen wird. Sie ist keine Domäne mehr, wo die fast willkürlich gesetzte Moralität des „big Business“ allein entscheidet. Gewiß, auch die betriebliche Sozialpolitik hat einen materiellen Hintergrund, der sich aber sehr eng mit ausschließlich sozialen Elementen verbinden muß, wenn er glaubwürdig sein soll. Diesen sozialen wie wirtschaftlichen Hintergrund trifft die Erkenntnis, daß die betriebliche Produktivität in der modernen arbeitsseitigen und arbeitszerlegenden Wirtschaft desto geringer ist, je unvollkommener die mensch-

lich-persönlichen, sowohl vom Arbeiter zu Arbeitgeber als auch von Arbeiter zu Arbeiter, wirkenden Beziehungen sind, d. h. je unvollständiger die Zusammenarbeit ist. Die Amerikaner, die in diesen Dingen von einer geradezu enthusiastischen Beflissenheit sind, nennen dies „team-work“.

Soviel auch immer ein solches „team-work“ dem Unternehmen „kosten“ mag, auf dem Boden materieller Zuwendungen allein kann es nicht wachsen. Die Amerikaner — und da sind sie uns um einiges voraus — haben gelernt, dem „team-work“ und seinen materiellen Problemen eine Betriebspolitik anzuordnen, die wichtigen materiellen und moralischen Bedürfnissen der Arbeitenden entspricht. Sie nennen diese Seite der modernen Betriebspolitik „human relations“. In Deutschland wird man sich an „soziale Beziehungen“ gewöhnen müssen.

(Kölnische Rundschau)

### *Kraft sprengt die Bluse*

„Dann aber — haltet den Atem an! Beißt die Zähne zusammen, in den grünen Windjacken, mit geschultertem Gewehr: die Bewohner des Zeltlagers Philipp Müller. Die Freie Deutsche Jugend versteht das Gewehr zu tragen und gut zu marschieren. Das hätte kein Feldwebel fertiggebracht: hier kommandiert das Bewußtsein. Marschblock auf Marschblock. Die Mädel so tapfer wie die Jungen. Hütet euch, ihr Feinde!“

Die Volkspolizei in Hundertschaften. Sie trägt keine Gewehre. Aber marschieren können sie, und wie sie gebaut sind! Sicher, wenn sie heute ihre Waffe in die Hand nehmen, wiegt sie ihnen nicht schwerer als der Füllfederhalter dem Schriftsteller. In der Seepolizei ist unseren Besten ein tüchtiges Brüderchen herangewachsen. Die weißen Blusen spannen sich ihnen über der Brust, und die Bänder ihrer Mützen fliegen. Ja, wir haben schmucke Matrosen!

Breitschultrige Volkspolizisten und Seepolizei, die vor Kraft fast die Bluse sprengt!“

(Nationalpreisträger“ Kuba im Zentralorgan der FDJ „Junge Welt“)

### *Mädchen mit Gewehr*

„Die meisten von uns sahen das zum erstenmal: Mädchen, das Gewehr über der Schulter. Die Jugend, die die Straßen Leipzigs säumte, jubelte ihnen zu ...

Und was sind das für junge Menschen, die in Leipzig mit Gewehren marschierten? ... Weil sie wissen, was sie zu tun haben, nämlich die Gipfel der Wissenschaft zu stürmen, ihre Werkbank noch besser beherrschen zu lernen, um dem Volk nie gekannten Wohlstand zu schaffen. Darum griffen sie zum Gewehr. Wieder marschiert eine Kolonne bewaffneter Mädchen vorbei. Vielleicht ist die Aktivistin Irmgard Urner aus Wasungen dabei. Ist es nicht selbstverständlich heute, daß ein junger Mensch, wie diese junge Arbeiterin Irmgard, neben ihrer Arbeit im Betrieb auch schießen lernt?“

(„Neues Deutschland“

SED-Zentralorgan, vom 5. Juni 1952)

### *Die Angestellten*

Die Angestellten, von denen besonders die älteren seit langem eine besondere Schwierigkeit für den Arbeitsmarkt darstellen, befinden sich seit einiger Zeit in günstiger Lage. Die Arbeitslosigkeit in den kaufmännischen Verwaltungs- und Büroberufen und in den Berufen der technischen Angestellten ist zwar immer noch im Vergleich zu den Arbeitslosenziffern in anderen Berufen relativ höher. Über einige Jahre hinweg betrachtet, ist jedoch die Arbeitslosigkeit in diesen Berufen sowohl relativ als auch absolut fortwährend zurückgegangen. Das gilt allerdings besonders für die Männer. Bei den Frauen ist der Rückgang nicht so auffallend, weil ständig Frauen, die bisher nicht berufstätig waren, sich neu zur Arbeit melden. Betrachtet man die Entwicklung für Hessen und setzt die Arbeitslosenzahl im Jahre 1950 mit 100 an, so ist die Arbeitslosenzahl bei den Männern im Jahre 1951: 73 (Frauen: 98) und im Jahre 1952: 57 (Frauen: 95). Diese Zahlen für Hessen dürften als symptomatisch für die Entwicklung im ganzen Bundesgebiet gelten. Diese relativ günstige Lage der Angestellten darf als ein Zeichen der Konsolidierung der Wirtschaft angesehen werden. Gewiß ist sie auch ein Zeichen zunehmender Bürokratisierung sowohl in der Verwaltung als auch in den privaten Betrieben ...

(Frankfurter Allgem. Zeitung)

### *Und die Post ...*

Wahrscheinlich will niemand bei der Post an eine Rationalisierung denken. Wenn man hört, daß 75 Prozent der Ausgaben reine Personalkosten sind, so weiß man, wo der Hebel anzusetzen wäre. Die Post ist auf ihre technische Entwicklung sehr stolz und hat gewiß vor allem auf dem Gebiet der Fernmeldetechnik Großes geleistet. Aber dort, wo das Publikum mit ihr täglich in Berührung kommt, ist sie absolut rückständig ... Ob auch sonst bei der Bundespost nach den Grundsätzen einer sparsamen Haushaltswirtschaft in allen Fällen gehandelt wird, mag bezweifelt werden. In Hamburg z. B. wird das Gebäude der Oberpostdirektion, auf deren Sandstein- und Klinkerfassade sich die Patina eines guten halben Jahrhunderts gesetzt hatte und das sich daher in nichts von den ebenso verträuchelten Gebäuden seiner Umgebung abhob, nach einem neuen Verfahren abgewaschen. Wer das Gebäude jetzt sieht, hat den Eindruck, daß hier Geld ausgegeben wurde, weil es nun einmal so im Haushaltsplan stand und es für die Oberpostdirektion Hamburg verfallen gewesen wäre, wenn sie es nicht ausgegeben hätte ... Wir haben den Eindruck, daß so wie in Hamburg auch an vielen anderen Stellen innerhalb der Bundespost als Auswirkung des reichlich vorhandenen Geldes Ausgaben gemacht wurden, die wir milde als Ausgabefreudigkeit bezeichnen wollen. Erst einmal sollte also die Bundespost rationalisieren und ihren Haushalt auf unnötige Ausgaben hin genau durchsehen, bevor sie uns einen erhöhten Tarif auf den Tisch legt.

(Welt am Sonntag)

# Das interessiert die Frau

„Nur wer im Wohlstand lebt,  
lebt angenehm“

## Hausfrau läuft achtmal um die Erde

Die Berliner Schau „Rationelles Schaffen“ widerlegte in einer Sonderchau „Vom Beruf Hausfrau“ eindeutig die weitverbreitete Auffassung von der „Berufslosigkeit“ der Hausfrau. Sie stellt den Haushalt in den Mittelpunkt des Lebens und rückt die Bedeutung der Hausfrau als Kern des Familienlebens in den Vordergrund. Durch zahlreiche symbolische Darstellungen, Statistiken und Bildtafeln wird die Schwere der Hausfrauenarbeit unter Beweis gestellt. Manchem Besucher — besonders, wenn er Ehemann ist — wird vielleicht zum ersten Male bewußt, wie sehr er bisher an der Arbeit der Hausfrau — und seiner eigenen Frau — gedankenlos und mißachtend vorübergegangen ist. Und hoffentlich verißt er es nicht so schnell wieder. Wer hätte z. B. gedacht, daß in 30 Jahren Hausfrauentätigkeit die im Haushalt zurückgelegten Wege etwa eine Strecke von 420 000 Kilometer — das ist achtmal Äquatorlänge — ausmachen?

## Das neue Eherecht will Gleichberechtigung

Das Bundesjustizministerium hat den Entwurf eines Gesetzes über die Gleichberechtigung von Mann und Frau fertiggestellt, der inzwischen auch vom Bundeskabinett beraten wurde. Das Gesetz soll am 1. April 1953 in Kraft treten und auch für Ehen gelten, die vor seinem Inkrafttreten geschlossen wurden oder bestanden haben. Es will das Familien- und Eherecht im Sinne des Grundgesetzes so abändern, daß alle Ungleichheit in der Rechtsstellung von Mann und Frau beseitigt wird.

Im Mittelpunkt des Entwurfs steht die Aufhebung der Bestimmung des BGB, nach der dem Manne das Entscheidungsrecht in allen gemeinschaftlichen ehelichen Angelegenheiten zustand. In Zukunft sollen bei der Entscheidung in diesen Fragen, wie zum Beispiel bei der Bestimmung des Wohnorts, der Wohnung usw., beide Gatten gleichberechtigt sein. Falls sie sich nicht einigen, bleibt die strittige Angelegenheit unerledigt. Wie aus Regierungskreisen verlautet, bestehen jedoch in diesem Punkt noch gewisse Meinungsverschiedenheiten. Es gebe Strömungen in der Bundesregierung, die gegen eine so weitgehende Einschränkung der Vorrechte des Mannes eingestellt seien. In allen anderen Punkten des Entwurfs bestünde jedoch weitgehende Übereinstimmung innerhalb des Bundeskabinetts.

Der Entwurf sieht weiter vor, daß der Mann von seiner einseitigen Verpflichtung zum Unterhalt der Familie freigestellt wird. Diese Verpflichtung obliegt in Zukunft beiden Ehegatten gemeinsam. Es wird allerdings bestimmt, daß die Frau ihren Beitrag zum Familienunterhalt auch durch Hausarbeit leisten kann. Die Hausarbeit wird grundsätzlich der beruflichen Arbeit außer dem Hause gleichgestellt. Das besondere Kündigungsrecht des Mannes für Arbeitsverhältnisse seiner Frau soll wegfallen.

Die Vorschläge, im Rahmen der Gleichberechtigung auch den Mädchennamen der Frau als Familiennamen zu gestatten, sind in den Entwurf nicht aufgenommen worden. Der Mannesname bleibt Familienname. Es soll der Frau aber freistehen, ihren Mädchennamen an den durch die Heirat erworbenen neuen Namen anzuhängen.

Die Vorrechte des Vaters in der Kindererziehung werden in dem Entwurf ebenfalls erheblich eingeschränkt, aber nicht vollständig beseitigt. Nach wie vor trifft der Vater die Entscheidung, wenn eine Einigung zwischen den Eltern nicht zustande gekommen ist. Die Mutter erhält aber das Recht, eine Übertragung der Entscheidungsgewalt auf ihre Person beim Vormundschaftsgericht zu beantragen, wenn die Entscheidung des Vaters dem Wohle des Kindes widerspricht. Der Aussteueranspruch der Tochter soll wegfallen. Es sei unzeitgemäß, der Tochter, die fast immer eine Berufsausbildung bekommt, daneben noch das Recht auf Aussteuer einzuräumen.

Auch beim ehelichen Güterrecht sind erhebliche Änderungen vorgesehen. In Zukunft soll die Gütertrennung automatisch für alle Ehen gelten, wenn nicht ausdrücklich Gegenteiliges vereinbart wurde. Bei Beendigung der Ehe ist jedoch ein Ausgleich zwischen den von beiden Ehegatten im Laufe der Ehe erworbenen Vermögen vorgesehen. Derjenige Gatte, der weniger Vermögen ansammeln konnte, erhält etwa ein Drittel des sein Vermögen übersteigenden Teils des Vermögens des anderen Gatten. Schließlich sind umfangreiche Änderungen im Scheidungsrecht vorgesehen.

## MENSCHENHILFE

Es ist bei der Menschheit so, daß der Mensch dem Menschen, der Nachbar dem Nachbarn, der Freund dem Freunde hilft. Wessen Haus brennt, dem stehen die bei, die um ihn sind. Und es werden die Zeiten kommen, daß die Völker nicht mehr allein sind, daß sie sind wie Mensch und Mensch, wie Nachbar und Nachbar, wie Freund und Freund. Und dessen Hilfe ich heute brauche, der braucht die meinige morgen. Es wäre uns besser, wenn wir unser brennendes Haus selber löschen könnten, aber ehe wir mit dem Löschen fertig sind, verbrennt es.

Adalbert Stifter

Aga Khan, der soeben von einer lebensgefährlichen Thrombose genesen ist und zur Zeit im Trianon-Hotel in Versailles wohnt, erklärte einem Mitarbeiter der „Daily Mail“, daß man erst dann den tiefsten Sinn und Zweck des Lebens als Lebensgenuß verstünde, wenn man eine mit Todesgefahr verbundene Krankheit überstanden hätte. Dann erst sähe man ein, was das irdische Dasein wert sei. Sein Sinnspruch sei künftig: „Freu' dich des Lebens, denn es ist ja nur kurz!“ Die Menschen müßten viel mehr reisen, um die Schönheiten der Erde kennenzulernen. Natürlich gehöre Geld zu einem angenehmen Leben. Gute Arbeit müsse gut bezahlt werden. Nach seiner Auffassung leiste jeder Mensch nicht genug, der nicht genug verdiene. Die beste Geldanlage sei nichts wert, wenn sie von der Steuer erfaßt werde. Aus diesem Grunde könne er selbst tollkühne Spieler verstehen. Weit besser sei es nach seiner Auffassung, an der Spielbank sein Glück zu versuchen, als der Steuer Summen zukommen zu lassen, deren Verwendung sich der Kontrolle der Steuerzahler entzöge. Im übrigen gebe er auf seine alten Tage allen den Rat, aus jedem Tag einen Freudentag zu machen, denn man könne nie wissen, was der Menschheit in diesen unsicheren Zeiten noch bevorstünde.

Man muß dem Denker Aga Khan dankbar sein für dieses hochgeistige Interview, das Abermillionen Menschen ihrem einzigen Wunschtraum näherbringt, nämlich: so zu leben wie Aga Khan! Nur eins sollte uns der Potentat im Schaukelstuhl noch verraten: welch überragende Arbeitsleistung hatten er und sein Herr Sohn Ali jemals vollbracht, um „aus jedem Tag einen Freudentag zu machen“ und ein Dasein zwischen Hochseejachten, Rennplätzen, Riviera-terrassen und Spielbanken zu führen?

## Splitter

Höflichkeit. Sie verhüllt die Schroffheiten unseres Charakters und verhindert, daß andere dadurch verletzt werden. Man sollte sie niemals ablegen, selbst nicht im Kampf gegen rohe Menschen — sagt Joubert.

Finanzkünstler. Immer wieder muß ich mir den Kopf darüber zerbrechen, wie ich mein Netto-Einkommen mit meinem Brutto-Lebensstil in Einklang bringe.

„Gau, mein Freund . . .“ Eine gute Schulbildung schadet keinem; er braucht sich nur zu bemühen, nach dem Examen etwas Ordentliches zu lernen.

Liebe. Katharine Hepburn meint: „Nur die unansehnlichen Frauen wissen, was Liebe ist. Die schönen haben alle Hände voll damit zu tun, hinreißend zu sein.“



# Unser Briefkasten

K. B., Hauptverwaltung:

Was sind „rentensteigernde Ersatzzeiten“ in der Angestelltenversicherung?

Das sind solche Zeiten, für die Steigerungsbeträge gewährt werden, ohne daß Beiträge nachzuweisen sind, wobei allerdings die Versicherung vorher schon bestanden haben muß. Es sind im einzelnen:

1. Zeiten der Erfüllung der aktiven Dienstpflicht (ab 1. 10. 1935),
2. Zeiten der Erfüllung der Reichsarbeitsdienstpflicht (ab 1. 10. 1935),
3. Zeiten, in denen ein Versicherter während des ersten Weltkrieges dem Deutschen Reiche oder einem mit ihm verbündeten Staate Kriegs-, Sanitäts- oder ähnliche Dienste geleistet hat (einschl. unverschuldeter Kriegsgefangenschaft),
4. Zeiten des besonderen Einsatzes der Wehrmacht im zweiten Weltkriege (einschl. Kriegsgefangenschaft),
5. Zeiten der Ableistung militärähnlicher Dienste,
6. Zeiten der Internierung im Ausland (wenn innerhalb von zwei Monaten nach Entlassung Aufenthalt im Bundesgebiet genommen ist),
7. Zeiten politischer Verfolgung.

Die Steigerungsbeträge werden für die in den Ziffern 1 und 2 genannten Zeiten nach der Gehaltsklasse B angerechnet.

Für Weltkriegszeiten (Ziffer 3) ist die Gehaltsklasse des letzten vor dem 1. 8. 1914 liegenden Beitragsmonats, bei später versicherungspflichtig gewordenen Personen der letzte Pflichtbeitrag maßgebend.

Eine Anrechnung von Ersatzzeiten neben freiwilligen Beiträgen während des Weltkrieges findet — anders wie in der Invalidenversicherung — nicht statt.

Für die in den Ziffern 4—6 aufgeführten Ersatzzeiten werden Steigerungsbeträge nach der Klasse gewährt, zu der der letzte Beitrag vor der Einberufung geleistet wurde, mindestens jedoch nach der Gehaltsklasse B. Der Versicherungsträger kann statt dessen einen dem Durchschnitt der letzten drei Monate entsprechenden Beitrag zugrunde legen. Auf Wunsch des Versicherten muß das geschehen.

Im Gegensatz zu der für rentensteigernde Ersatzzeiten während des ersten Weltkrieges geltenden Regelung werden die während des besonderen Einsatzes der Wehrmacht geleisteten Beiträge (zweiter Weltkrieg) neben den Ersatzzeiten rentensteigernd in Anrechnung gebracht.

Für zum Wehrdienst einberufene Angestellte und Arbeiter des öffentlichen Dienstes, die ihre Dienstbezüge von dem Dienstberechtigten weiterbezogen

haben und für die Beiträge abgeführt worden sind, werden Steigerungsbeträge für Ersatzzeiten, jedoch nur bis zum 1. 2. 1940 (Arbeiter bis 5. 2. 1940) angerechnet.

Politisch Verfolgte erhalten für die Zeiten der Haft, Inhaftierung, erzwungenen Arbeitslosigkeit und des Auslandsaufenthaltes Steigerungsbeträge nach der letzten, mindestens aber nach Gehaltsklasse D.

Frau J. K.:

Stimmt es, daß das Meerwasser viele Leiden lindert und sogar behebt?

Wir lasen hierüber: „Das Wasser des Meeres gilt schon lange als eine der besten Medizinen der Welt. Forschungen konnten heute nur die ‚Wunderwirksamkeit‘ des Meerwassers erneut bekunden. Die zahlreichen Mineralstoffe des Wassers regulieren die Tätigkeit des vegetativen Nervensystems und die der hormonalen Organe, sie stellen bei gestörten Funktionen die natürliche Gleichgewichtslage wieder her und normalisieren den Stoffwechsel. Meerwasser (in Frankreich und England wird es seit langem bei jeder Therapie angewendet) beseitigt Mangel oder Überfluß an Magensäure, unter bestimmten Voraussetzungen behebt es Erregbarkeit und Depressionen, Leberleiden, Verdauungsstörungen, Gallenleiden und Entwicklungsstörungen. Selbst ernsthafte Hauterkrankungen konnten mit Hilfe von Meerwasser-Trinkkuren behoben werden.“ — Aber das braucht nicht und nicht für jeden zu stimmen. Schließlich: Wozu haben Sie einen Arzt?

Rentner R. K., Nette:

Leider können wir Ihren Brief und Hinweis nicht veröffentlichen. Auch wir sprechen Ihnen zu Ihrem 81. Geburtstag die besten Glückwünsche aus. Wir freuen uns, daß Sie unser Werk und besonders Ihre alte Arbeitsstätte, die Drahtverfeinerung, in bester Erinnerung behalten haben. Wir haben durch den zuständigen Betriebsrat Ihre alten Arbeitskollegen grüßen lassen.

Frau Maria T.:

Ihrem Schreiben nach steht Ihnen Hinterbliebenenrente aus der Angestelltenversicherung zu, da Ihr Mann die Voraussetzungen erfüllt hat. Nach dem Angestelltenversicherungsgesetz erhält die Witwe des Versicherten nach dem Tode des Ehemannes eine Witwenrente. Der Ehefrau, deren Ehe geschieden oder für nichtig erklärt oder aufgehoben ist, kann mit Zustimmung des jeweiligen Arbeitsministeriums bzw. des Landesversicherungsamtes dann Witwenrente gewährt werden, wenn ihr der Versicherte nach den Vorschriften des Ehegesetzes vom 6. Juli 1938 zur Zeit des Todes Unterhalt zu leisten hatte und der Tod nach dem 30. April 1942 eingetreten ist.

R. S., Hochöfen:

Sie hätten völlig recht — wenn der Fall so läge, wie Sie vermuten. Aber: der Aufmachung vom 20. Juni lag nach einwandfreien Feststellungen eine irrtümliche Raumberechnung zugrunde. Dieser Rechenfehler wurde am 22. Juni berichtigt. Keinesfalls be-

stand irgendeine Absicht. Es ist Vorsorge getroffen, daß ein solcher Fehler in Zukunft unterbleibt. Ihre Schlußfolgerungen treffen nicht zu.

K.-H. H., Verwaltung:

Der Angestellte ist im allgemeinen viel länger fähig, seinen Beruf auszuüben, als der Arbeiter. Wann tritt bei ihm die Berufsunfähigkeit ein?

Gehen wir vom Ruhegeld aus: Ruhegeld erhält der (die) Versicherte

bei dauernder Berufsunfähigkeit;

bei vorübergehender Berufsunfähigkeit, wenn diese ununterbrochen

26 Wochen gedauert hat;

bei Vollendung des 65. Lebensjahres (§ 26 AVG).

Als berufsunfähig gilt der Versicherte, dessen Arbeitsfähigkeit infolge von Krankheit oder anderen Gebrechen oder Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte auf weniger als die Hälfte derjenigen eines körperlich und geistig gesunden Versicherten von ähnlicher Ausbildung und gleichwertigen Kenntnissen und Fähigkeiten herabgesunken ist.

Als berufsunfähig gilt auch (nicht in der britischen Zone), wer das 60. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens einem Jahr ununterbrochen arbeitslos ist (§ 397 AVG).

Versicherten, welche diese Voraussetzungen erfüllen, wird auf Antrag Ruhegeld gewährt, wenn die Wartezeit (60 Monate) erfüllt und die Anwartschaft erhalten ist. Die einjährige Arbeitslosigkeit kann teilweise oder ganz vor der Vollendung des 60. Lebensjahres liegen. Das Ruhegeld wird für die Dauer der Arbeitslosigkeit gewährt und fällt mit Ablauf des Monats weg, in dem der Berechtigte in eine invaliden- oder angestelltenversicherungspflichtige Beschäftigung eintritt. Beschäftigungen, die über eine gelegentliche Aushilfe nicht hinausgehen, bleiben außer Betracht. § 397 AVG gilt nur in der französischen und amerikanischen Besatzungszone. In der britischen Zone ist diese Vorschrift durch Art. 18 Abs. 3 der VO vom 17. 3. 1945 mit Wirkung vom 1. 6. 1945 außer Kraft gesetzt worden. Möglichkeiten zur Wiederinkraftsetzung werden zur Zeit geprüft.

A. B., Thomaswerk:

Sie haben ganz richtig aus dem Anzeigenteil ersehen, daß verschiedene Firmen mit unserer Sozialabteilung ein Abkommen getroffen haben, wonach unsere Belegschaftsmitglieder gegen Vorlage eines entsprechenden Kaufscheines, bei Teilzahlung ohne Aufschlag, kaufen können (z. B. Möbel, Herde, Haushaltswaren, Betten, Kleidung, Nähmaschinen, Fahrräder usw.). Unsere Sozialabteilung (Fernruf Nr. 381) gibt Ihnen gern hierüber nähere Auskunft.

Um einen Kaufschein zu erhalten, ist es notwendig, daß Sie diesen wenigstens 5 Tage vorher gegen Vorlage des amtlichen Personal- und Werksausweises in der Sozialabteilung bestellen. Die Anzahlung ist beim Kauf zu leisten, während die Ratenzahlungen an den jeweiligen Lohn- und Gehaltstagen (montags bis freitags von 8 bis 15.30 Uhr, samstags von 8 bis 11 Uhr) in der Sozialabteilung zu leisten sind.

# Der Herr der Tuckesburg

Zu den Männern, in denen der originale Charakter des Westfalen seine besondere Ausprägung fand, gehört ohne Zweifel auch der am 18. 4. 1835 zu Münster geborene Professor Hermann Landois. Ursprünglich Priester, wirkte er als Professor der Zoologie an der Akademie zu Münster. Auch als Dialektdichter ist er hervorgetreten. Sein Hauptwerk war jedoch die Schaffung des Zoologischen Gartens in seiner Vaterstadt. Um diese Idee volkstümlich zu machen, war dem „unwiesenen Professor“, der seinen Namen selbst ins Plattdeutsche (lane doit — der Esel muß) übersetzte und sich Iselmott nannte, jedes Mittel recht. Er veranstaltete Bärenatzenessen, an denen man gegen hohen Eintrittspreis teilnehmen konnte, und schrieb urkomische Karnevalsstücke, die von Freunden des Zoos heute noch aufgeführt werden und deren Ertrag dem Zoo zugute kam.

Aber auch auf andere Art wußte er seiner Idee zu nützen. Das sollte ein Soester Architekt erfahren, der eines Tages ein neues Gehege für den Zoo errichtet hatte. Als er mit der Rechnung kam, meinte Landois: „Was wollen Sie? Geld holen? Nee, das kriegen Sie nicht. Aktien vom Zoologischen, die können Sie haben! Aber Geld? Wenn ich das Ding bezahlen sollte, dann konnte ich auch einem Münsterschen Architekten den Auftrag geben.“

In einer Ecke des Zoos ließ Landois sich ein turmgekröntes Haus errichten: die Tuckesburg. Hier wohnte er inmitten seiner Sammlungen und allerlei merkwürdigen Dingen, zu denen auch ein Hering gehörte mit der Unterschrift: Der Hausarzt der Tuckesburg! Vor dieser seltsamen Behausung ließ er ein Denkmal errichten, das ihn selbst so darstellte, wie er meist herumlief: mit langer Pfeife, Gehrock und Zylinder. In den Zylinder hatte er hinten ein Loch machen lassen, das den Vögeln als Nistloch diente. „Denn so ein Denkmal“, sagte Landois, „muß doch wenigstens zu etwas nütze sein.“ Freunde erzählten von diesem Denkmal, daß an ihm auch ein angebissenes Stück Wurst zu sehen sei, das dem Professor aus der Schoßtasche seines Gehrockes hänge. Als eines Tages eine fremde Dame das Denkmal daraufhin eingehend besichtigte, kam Landois aus seinem Bau heraus und fragte, was sie suche. Als die Dame berichtete, was man ihr von der Wurst erzählt habe, meinte Landois schmunzelnd: „De Worst — de Worst — de hedde de hüngrige Käl all längst opfrieten.“

Natürlich mußte für die Besichtigung der Tuckesburg ein Eintrittsgeld bezahlt werden, das dem Zoo zugute

kam. Eines Tages versuchte ein biederes Bäuerlein ohne Entrichtung eines solchen durch die Tür zu kommen. Landois, der selbst an der Kasse saß, hielt ihn jedoch zurück mit den Worten: „He, guter Freund, so kommst du da nicht rein. Erst, mußt du zwanzig Pfennige bezahlen.“

„Was?“ sagte da der Bauer, „zahlen soll ich auch noch, um das Zeug zu sehen?“ Und ohne sich lange zu besinnen, machte er kehrt und wollte wieder gehen. Doch da hielt Landois ihn fest: „Halt, guter Freund, komm nur her. Du sollst alles umsonst sehen; denn du bist der einzige vernünftige Kerl, der bis jetzt gekommen ist.“

Eines Tages bekam Landois von einem Manne aus Bielefeld, der seinen Leichnam zu anatomischen Studien zur Verfügung stellen wollte, einen Brief, in dem dieser anfragte, welches Entgelt er für dieses Entgegenkommen zu erwarten habe. Landois schrieb zurück:

1. An Geldvergütung erhalten Sie zwanzig Mark.
2. Sie haben die Erlaubnis zur Abschachtung von der hiesigen Polizeibehörde einzuholen und



Das von August Schmiemann entworfene Denkmal von Professor Landois, das Landois selbst vor seinem Wohnsitz, der Tuckesburg im Zoo zu Münster, aufstellen ließ.

3. mit dieser versehen sich am städtischen Schlachthause in der Abteilung für Rindvieh zur Abschachtung einzufinden.

Münster, im Juni 19 . . .  
Auf diesen Brief hat Landois nie eine Antwort bekommen. Erich Grisar

## „Tölcke mit dem Knüppel“

Zu den Männern, die in der Geschichte der Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet eine Rolle gespielt haben, gehört Wilhelm Tölcke. Geboren 1817 in Eslohe im Sauerland, kam er nach Beendigung seiner Studien nach Iserlohn, wo er als Gerichtsssekretär lebte. Während



Karl Wilhelm Tölcke

der Vorgänge der Jahre 1848/49 wurde er als Adjutant der Iserlohrner Revolutionsarmee bekannt. Er wurde nach Niederschlagung des Iserlohrner Aufstandes verhaftet und erst nach ein-

einhalbjähriger Untersuchungshaft wieder freigelassen. Seine Laufbahn als Gerichtsssekretär war damit beendet; so blieb ihm nichts übrig, als sich als Rechtskonsulent niederzulassen. Er hatte viel Zulauf, aber seine Hauptaufgabe sah er im Aufbau des Arbeitervereins. Damit machte er sich bei dem Bürgermeister der Stadt so verhaßt, daß dieser selbst das Wort „Arbeiterverein“ nicht mehr hören konnte, ohne in Wut zu geraten. Er ging schließlich so weit, den Iserlohrner Wirten zu verbieten, dem p. p. Tölcke den Aufenthalt in ihren Lokalen zu erlauben. Weder zu essen noch zu trinken durften sie ihm geben, wenn sie nicht ihre Konzession verlieren wollten. Aber damit machte sich das Stadtoberhaupt nur lächerlich; denn bald bekam Tölcke so viele Lebensmittel zugesandt, daß er sie allein nicht mehr aufessen konnte. Einen besonderen Streich aber spielte Tölcke dem Iserlohrner Stadtoberhaupt, als er im Jahre 1865 dem König im Namen des Arbeitervereins einen Geburtstagsgruß telegraphierte, den der König beantworten mußte. Zur Entgegennahme des Antworttelegramms hatte Tölcke seine Anhänger in einer Wirtshaft zusammengerufen. Das Telegramm kam auch, aber da die Bestellung jeglicher Post an den Arbeiterverein durch den Bürger-

meister untersagt war, kam die königliche Post in die seltsame Lage, ein Telegramm des Königs nicht austragen zu dürfen. Nie hat sich ein Bürgermeister so blamiert. Er wird froh gewesen sein, als Tölcke 1865 als Präsident des Allgemeinen Arbeitervereins nach Berlin ging. Hier hatte er eines Tages eine Versammlung zu leiten. Um sich Ruhe zu verschaffen, schlug Tölcke in Ermangelung einer Glocke ein paarmal kräftig mit dem Knüppel auf den Tisch. Seither hieß Tölcke bei Freunden und Gegnern nur noch „Tölcke mit dem Knüppel“.

Als Tölcke 1866 nach Dortmund kam, eröffnete er hier ein Rechtsbüro. Zu seinen Kunden gehörten in der Hauptsache Arbeiter und Bergleute, die ihn nach ihrem Vermögen honorierten. Das geschah in der Weise, daß er sie am Schluß der Beratung fragte: „Watt sitt it?“ War die Antwort: Bergmann! so zahlte der Betroffene für den Rat fünf Groschen. Wohlhabende Kunden zahlten mehr oder gar nichts; denn bei seiner bekannten politischen Einstellung fehlten sie in seiner Praxis. Kein Wunder, daß er bei den Kumpels beliebt war, und selbst jene, die vom Sozialismus, den Tölcke ihnen klarzumachen versuchte, nichts verstanden, sagten, als Tölcke bei den Reichstagswahlen 1890 als Kandidat auftrat: „Sölke wählt Tölcke!“

Tölcke starb am 30. 11. 1893. Auf dem Dortmunder Ostfriedhof liegt er begraben. Auf seinem Grabstein stehen die Worte, deren Verwirklichung die Arbeit seines Lebens galt: Der Ertrag der Arbeit, der Urquelle des Reichtums, dem, der ihn schafft!

Gr.

## Welch eine Wandlung

Eine der aufschlußreichsten Wandlungen hat sich auf dem Gebiete der öffentlichen Anerkennung der Gewerkschaften und Betriebsräte, ja der Arbeitnehmerschaft schlechthin vollzogen. Das Mühen und Kämpfen um mehr Lebensraum der Arbeitnehmerschaft wurde in breitesten Bevölkerungsschichten als eine Auflehnung gegen die gottgewollte Ordnung betrachtet. Während das Großbürgertum reicher und mächtiger wurde, darbt das Millionenheer der Arbeiter bei 12- und 14stündiger Arbeitszeit. Die Unternehmer waren unumschränkt die Herren der Wirtschaft und praktisch Befehlshaber des Staates. Wer denkt hier nicht an die Worte Alfred Krupps vom Jahre 1872:

„Möge sich jeder merken, daß ich in meinem Hause und auf meinem Boden Herr sein und bleiben will.“ Dieser Anspruch wurde zum geflügelten Wort.

Es war selbstverständlich, daß namentlich die Herren der Schwerindustrie jede Verhandlung mit den Gewerkschaften ablehnten. Der Hamburger Generaldirektor Bueck, vier Jahrzehnte Generalsekretär des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, erklärte noch 1890: „Niemals werden die deutschen Arbeitgeber mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen auf dem Fuße der Gleichberechtigung verhandeln.“ Emil Kirdori, der Grün-

## BETRIEBSVERTRETUNG

### Betriebsrätevollversammlung

In einer gutbesuchten Vollversammlung der Betriebsräte der Eisen- und Metallbetriebe des Dortmunder Raumes wurde gegen zwei Stimmen Albert Pfeiffer (Westfalenhütte) als 1. Vorsitzender des Betriebsrätevorstandes gewählt. Zweiter Vorsitzender wurde Fritz Flesken (Holstein & Kappert) und Schriftführer Josef Schlichting (Hüttenunion).

#### Die Gemeinwirtschaftsbanken

Anschließend sprach Kollege Duncke von der Bank für Gemeinwirtschaft Nordrhein-Westfalen AG., Niederlassung Dortmund, über das Thema „Entstehung, Tätigkeit und Ziele der Gemeinwirtschaftsbanken“.

Er unterstrich eingangs, daß diese Einrichtung der Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften den meisten Arbeitnehmern bisher nicht ausreichend bekannt und ihre Bedeutung für die Arbeitnehmerschaft nicht erkannt worden sei. Banken und ähnliche Einrichtungen bestanden bereits vor 1933, gegründet von den Konsumgenossenschaften und den verschiedenen Gewerkschaften. Hierher gehörten zum Beispiel die frühere „Bank für Arbeiter, Angestellte und Beamte“, die „Deutsche Volksbank“ in Essen und viele andere mehr, aber auch das sog. Konsumsparen, dessen Bedeutung die Gesamtsumme der von dieser Einrichtung verwalteten Spareinlagen im Jahre 1930 mit 400 Millionen RM veranschaulicht. Alle diese Einrichtungen, die sich Arbeiter und Verbraucher durch ihre Organisationen für sich selber geschaffen hatten, wurden 1933 entschädigungslos enteignet und der Bank der deutschen Arbeit zugeführt. Nach 1945 entstand im Zuge der Wiedererrichtung der Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften, bedingt insbesondere durch die Einheitsgewerkschaft, der Plan, auch auf diesem Gebiet die frühere Zersplitterung nicht zu wiederholen, sondern eine Bank als Gemeinschaftsgründung der beiden großen Organisationen zu schaffen. Die Durchführung dieses Planes scheiterte an bestehenden Gesetzen, die nur die Gründung von Banken auf Länderbasis zuließen. Daraufhin erfolgten zwischen 1949 und Ende 1950 die Errichtung von bisher sechs Gemeinwirtschaftsbanken im Gebiet der Bundesrepublik. Man wählte die Form der Aktiengesellschaft, wobei das Gründungskapital paritätisch von den Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften aufgebracht wurde. Diese Gemeinwirtschaftsbanken, die gewissermaßen ein drittes Glied in der Kette gleichartiger gewerkschaftlich-genossenschaftlicher Unternehmungen wie die „Alte Volksfürsorge“, die Hochseefischerei-Gesellschaft und ähnliche, darstellen, sind mithin auch ihre Hausbank und Spareinrichtung. Die zu ihnen fließenden Gelder der Gewerkschaften werden zum Teil benutzt, um den sehr großen Kreditbedarf der wiederaufzubauenden Konsumgenossenschaften zu befriedigen; darüber hinaus aber zur Vergebung an alle Teile der gewerblichen Wirtschaft, die den Banken entsprechende Sicherheiten zu bieten vermögen und bei denen die Banken die großen Aufgaben ihrer Gründer u. a. durch Erhaltung der Vollbeschäftigung oder deren Erreichung zu erfüllen mithelfen können. Daneben haben die Banken selbstverständlich auch das sozialpolitische Moment bei der Gewährung von Krediten im Auge, wie zum Beispiel bei der Vergebung von Flüchtlingskrediten, zur Finanzierung von Teilzahlungsgeschäften (zum Ankauf von Möbeln, Motorrädern, Radio und ähnlichem) und als Zwischenfinanzierungen zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues.

Ausgerichtet auf die großen wirtschaftspolitischen Ideen ihrer Gründer, die auch auf diese Weise zur lebendigeren Gestaltung des Mitbestimmungsrechtes und damit unseres gesamten wirtschaftlichen Lebens beitragen wollen, haben sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens die Gemeinwirtschaftsbanken eines über alle Erwartung hinausgehenden Zuspruches erfreuen können. Die Gesamtbilanzsumme der sechs Gemeinwirtschaftsbanken hatte am 31. Dezember 1951 bereits die beachtliche Summe von 300 Millionen DM erheblich überschritten. Unter den genannten sechs Banken ist die Bank für Gemeinwirtschaft Nordrhein-Westfalen AG. die größte. Ihre Bilanzsumme betrug am gleichen Stichtage allein 134 Millionen DM. Vor etwa zwei Jahren mit einigen wenigen Angestellten und einem Aktienkapital von 1 Million DM beginnend, beträgt die Zahl der Beschäftigten inzwischen bereits über 300, mußte das Aktienkapital auf 10 Millionen DM erhöht werden und sind an den wirtschaftlichen Schwerpunkten des Landes die ersten sieben Niederlassungen errichtet worden. Weitere werden folgen. Darüber hinaus strebt die Bank an, das bereits erwähnte frühere Konsumsparen bei der Konsumgenossenschaft Dortmund-Hamm wieder ins Leben zu rufen. Sie stößt dabei bisher auf nicht unerhebliche Widerstände anderer Organisationen des Bankgewerbes. Der Redner hob aber hervor, daß es nach seiner Meinung das unabdingbare Recht der Arbeitnehmer und Verbraucherschaft ist, sich auch hier selbständig durch Errichtung eigener Spareinrichtungen zu organisieren.

Die Bildung von Sparkapital ist im Interesse der gesamten Wirtschaft, die an chronischem Kapitalmangel leidet, von so großer Bedeutung, daß alle Möglichkeiten erschöpft werden müssen, jetzt noch brachliegende Spargroschen zu sammeln, die bisher noch nicht den Weg zu einer der bereits bestehenden Spareinrichtungen gefunden haben. Der Vortragende war der Überzeugung, daß hierdurch keiner bestehenden Bank oder Sparkasse Kunden entzogen werden, sondern daß hier in der Hauptsache neue Sparer gewonnen werden. In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage der Wiedererrichtung von Werksparkassen angeschnitten. Es wurden auf die auch früher schon be-

stehenden Gefahren dieser Einrichtung hingewiesen, die ja seinerzeit auch zur Auflösung der Werksparkassen durch die Reichsregierung geführt haben. Dem entgegen bestehen Pläne, unter Mitwirkung der Belegschaften bzw. ihrer gewählten Vertreter Einrichtungen zu schaffen, die es dem sparfreudigen Arbeitnehmer ermöglichen, im Betrieb seine Einzahlungen über einen Sparhelfer bei seiner eigenen Bank zu leisten.

Zusammenfassend wiederholte der Redner noch einmal die Ziele der Gemeinwirtschaftsbanken, die er wie folgt kennzeichnete: Verwaltung der Gelder der Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften; Bank- und Spareinrichtung der gesamten Arbeitnehmerschaft; Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte, wie zum Beispiel Annahme von Einlagen von allen Teilnehmern am Wirtschaftsleben, Hergabe von Krediten, Außenhandels- und Devisengeschäfte, Effekten-geschäft usw., also Erfüllung der Aufgaben einer der üblichen Geschäftsbanken. Er apellierte an die interessiert folgenden Zuhörer, dahingehend mitzuwirken, daß alle Gelder, die in den Verfügungsbereich der Gewerkschaftsvertreter, Betriebsräte, Arbeitsdirektoren usw. kommen oder über die die Angesprochenen in irgendwelchen Organisationen mitzubestimmen haben, den Gemeinwirtschaftsbanken zugeführt werden. Diese Banken sollen Hausbank und Sparkasse jedes einzelnen Arbeitnehmers sein, denn sie sind ja ins Leben gerufen, um die Interessen der in den Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften Zusammengeschlossenen mitzuvertreten. Daß aber auch alle übrigen Zweige unseres wirtschaftlichen Lebens unseren Banken Vertrauen entgegenbringen, geht schon allein daraus hervor, daß zum Beispiel bei der Bank für Gemeinwirtschaft Nordrhein-Westfalen AG. von den Einlagen nur ein Drittel Gewerkschaftsgelder sind, wogegen zwei Drittel von der öffentlichen Hand und der privaten Wirtschaft stammen. Die von den Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften als Gemeinschaftsgründungen ins Leben gerufenen Bankinstitute sind in der kurzen Zeit ihres Bestehens bereits zu einem nicht mehr zu übersehenden Faktor in der Kredit- und Geldwirtschaft Westdeutschlands geworden. Mit einer Aufzählung der Aufsichtsratsmitglieder, die den Zuhörern fast ausnahmslos bekannt waren, und einer lebhaften Diskussion schlossen die interessanten Ausführungen, die unseres Erachtens geeignet sind, allen Zuhörern recht nachhaltig in Erinnerung zu bleiben.

## Produktivitätssteigerung

Die Gesamtwirtschaft der Bundesrepublik hat sich nach ihrer katastrophalen Zerstörung im zweiten Weltkrieg, den Demontagen, dem Verlust der Auslandsguthaben und vieler anderer wirtschaftlicher Belastungen als Kriegsfolgen erstaunlich schnell wieder erholt. Die Menge der gesamten Produktion hat (z. T. auch deshalb, weil heute in der Bundesrepublik 2,35 Millionen mehr Arbeitnehmer eingesetzt sind als 1938) den Vorkriegsstand überschritten, und der Export ist dem Stand der Vorkriegszeit wieder nahe gekommen. Trotzdem ist heute das auch von den Gewerkschaften unterstützte Streben nach Steigerung der Produktivität stärker denn je.

Was ist der Anlaß hierzu? Zum besseren Verständnis sei hier auf den Unterschied zwischen Erhöhung der Gesamtproduktion und der Erhöhung der Produktivität hingewiesen. Handelt es sich bei ersterer um die Vermehrung der erzeugten Gesamtmenge, so dreht es sich beim letzteren um die Erreichung eines höheren Ertrages der Arbeit je Arbeitsstunde. Hierin, in der Steigerung des Arbeitsergebnisses durch höchstmögliche Ausnutzung der Technik und rationelle Arbeitsgestaltung, hat die Bundesrepublik im Durchschnitt aller Industriezweige erst etwa 90 Prozent des Standes von 1938 erreicht und ist damit hinter anderen Industrieländern weit zurück. Demgegenüber haben die USA ihr vor dem schon sehr hohes Vorkriegsniveau der Produktivität um 60, Schweden um 43, England, Frankreich, die Schweiz und die Benelux-Staaten um 10 bis 20 Prozent überschritten.

Zwei Hauptgründe zwingen die Bundesrepublik, durch Produktivitätssteigerung ihr Manko gegenüber den anderen Ländern aufzuholen: erstens die Konkurrenz auf dem Weltmarkt, die mit dem Zeitpunkt der Auffüllung des Nachkriegswarenbedarfs immer schärfer sein wird. Nur Länder mit höchster Produktivität können dann mit billigen Preisen und bester Qualität erfolgreich konkurrieren. Zweitens: Nur bei hoher Produktivität, bei höchster Rationalisierung der Arbeit ist die Grundlage gegeben für Steigerung des Lebensstandards der Bevölkerung, durch Erhöhung der Reallöhne, Preisherabsetzung und ausreichende Investitionen (Ausbau des Produktionsapparates). Das von den Kommunisten gebrauchte Argument, daß Produktivitätssteigerung nur im sozialistischen Staat für die Arbeitnehmer nützlich sei, ihnen im kapitalistischen Staat aber schade und nur den Unternehmern zugute komme, ist grundfalsch. In jeder Wirtschaft — ob kapitalistisch oder sozialistisch — ist der Arbeitsertrag die einzige Grundlage für den Lebensstandard, auch für die arbeitende Bevölkerung. Und nur, wenn dieser Arbeitsertrag relativ hoch ist, kann der Gewerkschaftskampf um Erhöhung der Reallöhne erfolgreich sein.

der des rheinisch-westfälischen Kohlen-syndikats, erklärte 1905: „Ich bin auch heute noch der Meinung, daß ich jede Verhandlung mit den Gewerkschaften ablehnen muß.“ Aber auch woanders war Scharfmacherei Trumpf. Dafür nur ein Beispiel: Im Jahre 1891 wurde bei Schwartzkopf in Berlin ein Former entlassen, weil er am Grabe der Märzgefallenen einen Kranz mit roter Schleife niedergelegt hatte. Der Arbeitgeberverband vermittelte dem Manne keine Stelle mehr, er ging ins Ausland und kehrte nach fünf Jahren zurück. Als er sich auf dem Arbeits-nachweis meldete, verlangte man von ihm die Vorlage einer Erklärung der Firma Schwartzkopf, daß sie ihm ver-ziehen habe. Die Firma wollte die Erklärung nur abgeben, wenn der Former sich schriftlich verpflichtete, künftig sich jeder Tätigkeit für die Arbeiterbewegung zu enthalten.

So war es einst. Nur Schritt für Schritt hat sich die Gewerkschaftsbewegung Achtung und Einfluß verschaffen können. Dieser Weg war mit Leichensteinen von Existenzen gepflastert. Drei Generationen von Funktionären haben mit Mut, Zuversicht und großen Opfern den Kampf ausgetragen. Diesen namenlosen Märtyrern muß der Dank von uns allen gewiß sein.

Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts wird die Verwirklichung des Mitbestimmungsrechtes mit all seinen Konsequenzen bringen. Die Demokratisierung der Wirtschaft hat eine ähnliche Bedeutung wie die Erringung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes, um das mit so viel Energie Jahrzehnte gekämpft wurde.

Die wirtschaftliche Gleichstellung des Arbeiters wird sich der politischen an die Seite stellen. Sie ist das Zentralproblem der Zeit. Die kommenden Jahrzehnte aber zu einer wahrhaft großen und geschichtlich einzigartigen Epoche zu machen, muß die Aufgabe breiterer Schichten des arbeitenden Volkes sein.

## Ein Auswanderer schreibt aus Australien:

„... und sonst gefällt es mir hier in Australien recht gut. Mein neuer Chef ist ein patenter Kerl, ein Mann aus dem Volke. Er nennt mich „Europäer“. Warum Europäer, wirst Du fragen. Ich will es Dir kurz erklären. Als ich am ersten Tag nach meiner Ankunft in Brisbane mit ihm und seiner Familie bei Tisch saß, führten wir folgendes Gespräch:

Er fragte mich: „Sie kommen also aus Deutschland?“

„Jawohl, aus der amerikanischen Zone.“

„Ah, Sie sind ein Amerikaner?“

„Nein, ich wohnte nur in der amerikanischen Zone, in Bayern.“

„Also, ein Bayer sind Sie!“

„Nein, ich kam erst nach dem Kriege nach Bayern, aus Munkatsch, Karpatorußland ist meine Heimat.“

„Jetzt weiß ich's, ein Russe sind Sie!“  
„Nein, es ist so: Als ich geboren wurde, gehörte Karpatorußland zu Ungarn und . . .“

„Also ein Ungar!“

„Nein, 1918 wurde meine Heimat tschechisch . . .“

„Jetzt haben wir's: ein Tscheche!“

„Nein, 1939 wurde ich wieder ungarisch.“

„Wieder ungarisch! Dann sind sie also endgültig ein . . .“

„Nein, nein! Nach dem letzten Kriege wurde meine Heimat wieder kurze Zeit tschechisch.“

„Dann!“

„ . . . und jetzt gehört sie zur Sowjet-Ukraine.“

„Um Gottes willen! Sie Armer! Also doch ein Russe!“

„Nein, ich wurde als Deutscher ausgesiedelt.“

„Wenn Sie also als Deutscher nach Deutschland kamen, dann, dann sind Sie ein Deutscher!“

„Das habe ich auch gedacht, aber in Deutschland wurde ich als Staatenloser geführt. — Zum besseren Verständnis: Ich befand mich gerade in Wien, als Österreich Deutschland wurde . . .“

Mein Chef schlug die Hände überm Kopf zusammen: „Jetzt aber Schluß! Für mich sind Sie ein Europäer!“

Seit diesem Abend sagt mein Chef „Europäer“ zu mir. Er sagt es immer ein bißchen nachdenklich . . .“

## Ohne Kommentar

Franco schrieb am 21. Februar 1943 an Churchill:

„Unsere Beunruhigung über den russischen Vormarsch wird nicht nur von den anderen neutralen Völkern geteilt, sondern von allen Menschen in Europa, die nicht die Fähigkeit klarer Übersicht verloren haben. Der Kommunismus ist eine ungeheure Gefahr für die Welt und jetzt, wo er durch die siegreichen Armeen einer Weltmacht gestützt wird, müssen alle, die nicht blind sind, davor erschrecken.“

Wenn der Kriegsverlauf so weitergeht, dann ist es klar, daß die russischen Armeen bis tief in das deutsche Gebiet eindringen werden. Geschieht aber dies, dann wird die Gefahr für England darin bestehen, daß ein Sowjet-Deutschland entsteht, das an Rußland seine Kriegsgeheimnisse, seine Ingenieure, seine Techniker, seine Spezialisten abgibt und damit Rußland in die Lage versetzt, ein ungeheures Weltreich vom Atlantik bis zum Pazifik zu schaffen.

Gibt es denn irgendeine Macht in Mitteleuropa, diesem Mosaik von Nationen ohne Zusammenhalt, ruiniert und verelendet durch Krieg und Besatzung, die in der Lage wäre, die ehrgeizigen Pläne Stalins abzuwehren?

Wir wenden uns an den gesunden Instinkt des englischen Volkes: Wenn

Auf die Verteilung des Mehrertrages kommt es an! Heute wollen sich die Gewerkschaften nicht mehr nur mit einer Tätigkeit der Lohn- und Tarifgestaltung abfinden, sondern gleichberechtigt an der gesamten Wirtschaftsgestaltung mitwirken. Sie sind stärkstens interessiert an der Produktivitätssteigerung und Rationalisierung der Wirtschaft. Aber sie wollen maßgebend mitbestimmen, wo und wie rationalisiert wird, und vor allem, wie der dadurch erzielte Mehrertrag verteilt wird.

Die deutschen Unternehmer haben selbstverständlich ebenfalls ein Interesse an der Produktivitätssteigerung. Sie wissen, daß diese gegen den Willen der Gewerkschaften schwer durchführbar ist, und sind daher an ihrer positiven Unterstützung der Produktivitätssteigerung interessiert. Sie wünschen jedoch nur Unterstützung, aber nicht Mitbestimmung. Bekanntlich sind nun aber große Summen des Marshallplanes in die deutsche Wirtschaft geflossen. Die Marshallplanbehörden haben aus verschiedenen Gründen ein Interesse daran, daß diese Gelder und der damit erzielte Wiederaufbau ausgenutzt werden zu einer weiteren Stärkung und Stabilisierung der westdeutschen und europäischen Wirtschaft. Von ihnen geht auch die Initiative aus zu einer Zusammenarbeit der Gewerkschaften und Unternehmer zu der Bildung des Produktivitätsrats. Die Marshallplanbehörden haben klar und eindeutig die Auffassung vertreten, daß die Unternehmer nicht allein den Mehrertrag der Produktivitätssteigerung einstecken, sondern die Arbeitnehmer davon mindestens ein Drittel in Form von Lohnerhöhungen erhalten sollen. Ein Drittel soll zur Verbilligung der Waren und das letzte Drittel in planvollen Investitionen verwandt werden. Der Vertreter der Marshallplanbehörde, Dr. Hardig, erklärte dazu unter anderem: „Überall dort, wo das Produktivitätsprogramm angewandt werden soll, muß zunächst eine soziale Regelung für den durch erhöhte Produktivität erzielten Gewinnanteil zur Zufriedenheit der Arbeiterschaft und der Betriebsführung getroffen werden. Die Sozialpartner sollen gemeinsam Kriterien aufstellen zur Ermittlung des gegenwärtigen Produktionsstandes sowie der Produktivitätssteigerung und gemeinsam alle bei der Aufstellung des Produktivitätsprogramms auftauchenden Probleme behandeln. Jeder Beteiligte soll an dem durch erhöhte Produktivität entstehenden Vorteil Anteil haben. Dies kann in der Form von höheren Arbeitslöhnen, niedrigeren Preisen für die Verbraucher und erhöhten Gewinn für die Betriebsführung geschehen.“

Bundesvorstand und Bundesausschuß des DGB erklärten in einem Beschluß: „Der DGB ist grundsätzlich zur Mitarbeit an der Produktivität bereit unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß auch auf allen anderen Gebieten der Wirtschaftspolitik dieselbe gleichberechtigte Zusammenarbeit hergestellt werden muß.“

In seinem Beschluß gibt er eindeutig zu verstehen, daß die Produktivitätssteigerung auf keinen Fall durch Antreibung, Hetztempo und stärkere Ausnutzung der körperlichen Arbeitskraft des einzelnen Arbeitnehmers, sondern nur durch höhere Technik, sinnvollere Arbeitsgestaltung und planmäßigere Wirtschaft erreicht werden soll. Die Erfolge müssen den Arbeitnehmern durch Lohnerhöhungen, Herabsetzung der Preise und Arbeitszeitverkürzung zugute kommen. Dazu ist gleichberechtigte Mitarbeit der Gewerkschaft unerläßlich. Es läge gewiß im Interesse der ganzen Wirtschaft und der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik, wenn auf diesem hier vorgezeigten Weg die Arbeit des Produktivitätsrates zu der für uns lebensnotwendigen Produktivitätssteigerung führen würde. Die Gewerkschaften sind zur Mitarbeit bereit. Sie werden sich aber sofort zurückziehen und schärfstens dagegen kämpfen, wenn die Unternehmer daraus lediglich ein Geschäft für sich auf Kosten der Arbeitnehmer zu machen versuchen.

August Enderle.

**Anmerkung der Redaktion:** Bei den Betrieben, die dem Mitbestimmungsrecht unterworfen sind, wie unsere Westfalenhütte, besteht die Gewähr, daß jede Steigerung der Produktivität sich für die Arbeitnehmerschaft und zur Sicherung ihres Arbeitsplatzes voll auswirkt.

## Von Zeit und Ewigkeit

*Der Tod ist kein Ungemach; denn notwendig müßte der selbst sein, für den er ein Ungemach wäre. Wenn dich aber ein so großes Verlangen nach einer längern Dauer beherrscht, so erwäge, daß nichts von allem dem, was deinen Blicken sich entzieht und in den Schoß der Natur, aus welchem es hervorging und bald wieder hervorgehen wird, zurückkehrt, vernichtet werde. Es hört auf, aber es vergeht nicht. Und der Tod, den wir fürchten, dessen wir uns weigern, unterbricht das Leben: er raubt es uns nicht. Es wird wieder ein Tag kommen, der uns ins Licht zurückführt, und dessen würden sich viele weigern, hätten sie nicht das Vergangene vergessen.*

Seneca (4 v. Chr. bis 65 n. Chr.)

# WIR GRÜSSEN UNSERE JUBILARE



*Nachstehende Belegschaftsmitglieder feierten im Monat Juni ihr Dienstjubiläum*

## 50jähriges Dienstjubiläum

|                |                               |
|----------------|-------------------------------|
| Göbel, Wilhelm | Maschinen-Abteilung Walzwerke |
|----------------|-------------------------------|

## 40jähriges Dienstjubiläum

|                    |                               |
|--------------------|-------------------------------|
| Freier, Josef      | Maschinen-Abteilung Walzwerke |
| Bednarz, Karl      | Thomaswerk                    |
| Zipper, Paul       | Kaltwalzwerk                  |
| Spieler, Jakob     | Lok.-Werkstatt                |
| Koehler, Reinhold  | Elektrotechn. Abteilung       |
| Rüsing, Karl       | Maschinen-Abteilung Kessel    |
| Niermann, Josef    | Maschinen-Abteilung Hochofen  |
| Pokojski, Bernhard | Eisenbahn-Abteilung           |

## 25jähriges Dienstjubiläum

|                    |                                |
|--------------------|--------------------------------|
| Orlik, Heinrich    | Elektrotechn. Abteilung        |
| Holzbrink, Wilhelm | Drahtverfeinerung              |
| Heldt, Fritz       | Spezialblechwalzwerk           |
| Kordt, Friedrich   | Kaltwalzwerk                   |
| Gorzka, Johann     | Hausverwaltung                 |
| Sander, Franz      | Thomaswerk                     |
| Wagner, Robert     | Thomaswerk                     |
| Walaschewski, Leo  | Thomaswerk                     |
| Schlie, Johannes   | Steinfabrik                    |
| Chwatacz, Anton    | Elektrotechn. Abteilung        |
| Elbracht, Wilhelm  | Bauabteilung                   |
| Ruttorf, Friedrich | Mech. Werkstätten              |
| Hesse, Fritz       | Drahtverfeinerung              |
| Scheumann, Paul    | Zurichterei I                  |
| Dumat, August      | Maschinen-Abteilung Kessel     |
| Mohrmann, Wilhelm  | Werk Barop                     |
| Dreesen, Heinrich  | Martinwerk                     |
| Pässing, Johann    | Maschinen-Abteilung Stahlwerke |

*Vorstand, Betriebsvertretung und Belegschaft wünschen nochmals alles Gute*

## Streik und Staat

In einem Rechtsgutachten setzte sich Staatsrechtslehrer Dr. Müller mit diesem Thema auseinander. Er beschränkt die Ablehnung des Streikes „nur auf den Streik zur Erzwingung eines Gesetzes“; dieser wäre rechtlich unzulässig, weil sonst durch eine Gruppe das Prinzip der Einheit des aus vielen Organen und Gruppen bestehenden Staates gesprengt, die Autorität des Staates untergraben und zu seiner Auflösung führen würde. Nur ein politischer Streik des ganzen Staatsvolkes zur Abwehr eines Angriffs auf den Staat, wie beim Kapp-Putsch, wäre rechtlich zulässig. Im letzten Absatz erklärt Dr. Müller: „Zum Abschluß sei noch eine rechtspolitische Erwägung gestattet. Die Drohung mit einem politischen Streik und seine Durchführung sind wohl durchweg Anzeichen dafür, daß die gegebene Verfassung eines

erst Rußland Deutschland übernommen hat, dann kann nichts und niemand mehr dieses Rußland aufhalten.“

Churchill antwortete am 25. Februar 1943:

„Ich hoffe, Ihnen zu beweisen, daß Ihre Befürchtungen ohne jede Grundlage sind. Sie sagen, daß die eigentliche Gefahr für Europa im Kommunismus besteht, daß ein russischer Sieg den Vormarsch des Kommunismus in andere Länder Europas zur Folge haben würde und daß dies die Zerstörung der europäischen Zivilisation und der christlichen Kultur bedeuten würde.

Unsere Auffassung ist gerade entgegengesetzt!

Glauben Sie wirklich, daß eine einzige Nation stark genug sein könnte, um Europa nach diesem Kriege zu beherrschen? Gerade Rußland ist mehr als alle anderen Nationen gezwungen, sich dem Wiederaufbau in größtem Maße zu widmen, und es bedarf dazu der Hilfe Englands und der USA.

Ich wage die Voraussage, daß die stärkste Militärmacht nach dem Kriege England sein wird. Daher bin ich sicher, daß der Einfluß Englands in Europa stärker sein wird als je seit dem Fall Napoleons.“

## Wir sind gewarnt!

Wir sind gewarnt, wie die Menschheit selten gewarnt worden ist. Tausend blutende Wunden rufen uns auf eine Weise zu, wie sie in Reihen von Jahrhunderten der Welt nie zugerufen haben: Es ist dringend, daß wir uns einmal über die Quellen der bürgerlichen und gesellschaftlichen Verirrungen, aus denen die Gesamtheit der dreifach hinter einander zurückgelegten Zivilisationsverirrungen hervorgegangen, erheben und einmal in der Veredlung unserer Natur selber die Mittel gegen alle die Leiden und alles das Elend suchen, gegen die wir . . . gemeinsam nicht als erschrockene Schwächlinge, sondern als Männer auftreten sollten, die ihre Nachwelt, ihre Kinder und das Menschengeschlecht mit Ernst und Würde fest ins Auge fassen und ihm mit männlichem Mut und mit der Überzeugung entgegenwirken, daß die Leiden, denen wir ausgesetzt waren, so wenig überstanden sind als die Irrtümer und Schwächen, durch die wir sie uns zugezogen haben, und daß hingegen die Stunde wirklich da ist, in der wir mit Kraft ihren Quellen entgegenzuwirken hoffen können. Das ist in jedem Fall gewiß, unsere Leiden, unsere Übel sind noch nicht überstanden, unsere Wunden bluten noch und rufen uns laut, sie rufen es auf eine Weise, wie sie es der Menschheit seit Jahrhunderten nicht zugerufen haben: „Laßt uns Menschen werden, damit wir wieder Bürger, damit wir wieder Staaten werden können und nicht durch Unmenschlichkeit zur Unfähigkeit des Bürgersinnes zur Auflösung aller Staatskraft, in welcher Form es auch immer geschehe, versinken . . .“

Heinrich Pestalozzi (1746—1827)

## Lob und Kritik der Deutschen

Scheltet mir nicht die Deutschen!  
Wenn sie auch Träumer sind, so  
haben doch manche unter ihnen so  
schöne Träume geträumt, daß ich sie  
kaum vertauschen möchte gegen die  
wachende Wirklichkeit unserer Nach-  
barn . . . Wenn einst, was Gott ver-  
hüte, in der ganzen Welt die Freiheit  
verschwunden ist, so wird ein deut-  
scher Träumer sie in seinen Träumen  
wieder entdecken.

Heinrich Heine, 1828

Wir suchen  
das beste

## FOTO

a) aus den Ferien (Landschaft, Per-  
sonen oder Tiere in der Landschaft),  
b) aus dem täglichen Leben,  
zur Veröffentlichung in unserer  
Zeitschrift.

An Preisen setzen wir aus, und  
zwar in jeder Gruppe zu a und b:  
je einen 1. Preis zu 50,— DM  
je einen 2. Preis zu 35,— DM  
je einen 3. Preis zu 20,— DM  
je fünf Preise zu 10,— DM

**Teilnahmeberechtigt** ist jedes Be-  
legschaftsmitglied.

**Einsendungen** müssen spätestens  
am 30. August 1952 um 12 Uhr bei  
der Pressestelle, Dortmund, Eber-  
hardstraße 23, eingegangen sein.  
Sie müssen den Vor- und Zunamen  
des Einsenders, Betriebsabteilung,  
evtl. Kennnummer, enthalten  
und den Vermerk tragen: „Foto-  
wettbewerb“. Jeder Teilnehmer  
kann in jeder Gruppe zwei Bilder  
einsenden, deren Größe nicht unter  
13×18 cm betragen möge.

Das Preisrichterkollegium besteht  
aus: Arbeitsdirektor Berndsen, Be-  
triebsratsvorsitzender Schwentke,  
Rechtsanwalt Hümme, Redakteur  
Hoischen, Fotomeister Hering. Die  
Entscheidung der Preisrichter ist  
unanfechtbar.

Die Preisträger werden in der Sep-  
tember-Ausgabe des Mitteilungs-  
blattes veröffentlicht.

## Preis-Fotowettbewerb

Staates gegenüber der gesellschaftlichen Wirklichkeit ungenügend ist. Die Gruppe, die den Streik trägt und durchführt, kommt in der Verfassung nicht oder doch wenigstens nicht genügend entsprechend ihrer tatsächlichen Bedeutung für das staatliche Leben zur Geltung. Es besteht Veranlassung, das Verfassungsrecht dieserhalb einer Ergänzung oder gegebenenfalls auch einer Neuordnung zu unterziehen.“

August Enderle kommentiert in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“: Hier können wir voll zustimmen. Es wäre nur zu wünschen, daß Dr. Müller und alle von ihm zur Unterstützung seiner Rechtsauslegung herangezogenen Staatsrechtler bei ihren juristischen Darlegungen über politischen Streik bzw. „Gewaltanwendung gegen den Staat“ von der Erkenntnis ausgehen würden, wie sie in dem oben zitierten Schlußabsatz zum Ausdruck kommt.

Es ist in der Tat bei fast allen Streiks und ganz besonders bei Streiks mit politischen Forderungen oder mit großer politischer Auswirkung so, „daß die gegebene Verfassung“ oder sonstige Gesetze eines Staates (oder Haltung privater Unternehmer) „gegenüber der gesellschaftlichen Wirklichkeit, d. h. den unzulänglichen Lohn- und Arbeitsbedingungen, beizeiten Rechnung getragen, wären die meisten Rechtsbelehrungen über erlaubten oder verbotenen Streik bzw. über angebliche „Gewaltanwendung gegen den Staat“ überflüssig.

Der Staat kann nicht — wie das beim bolschewistischen System der Fall ist — für sich beanspruchen, daß er mit seinen gesetzgebenden Organen unumschränkt über die Lebensbedingungen großer Gruppen seiner Staatsbürger bestimmt. Am wenigsten ist der Staat dazu berechtigt, wenn er als Arbeitgeber in Frage kommt. Hier kann zwischen Staat und Arbeitnehmer, einschließlich seiner Beamten, kein anderes Verhältnis in Frage kommen als das zwischen Privatunternehmer und seinen Arbeitnehmern geltende. Jeder Arbeitnehmer, ob privat oder staatlich, riskiert bei einem Streik die Niederlage und den Verlust seiner Arbeitsstätte. Es ist nur recht und billig, daß demgegenüber auch der Staat durch Zulassung des Streiks seiner Arbeitnehmer das Risiko der Niederlage und damit die Bewilligung der Forderung der Streikenden durch Schaffung entsprechender Gesetze in Kauf nehmen muß.

Was hier gilt, trifft auf alle Fälle des sogenannten Zwanges auf die Gesetzgebung zu. Regierung und Parlament werden durch die mit Streik unterstützte Forderung auf Schaffung eines sozialen oder wirtschaftlichen Gesetzes keineswegs physisch gezwungen. Die Verweigerung der Arbeit ist keine Gewaltanwendung. Parlament und Regierung haben die Möglichkeit, abzulehnen und ihre Gegenmaßnahmen zu treffen, aber auch das Risiko, ihr Spiel zu verlieren, genau so wie die Streikenden auch. Nur so ist es ein faires Spiel. Alles andere wäre seitens des Staates eine ungerechtfertigte Vergewaltigung der betreffenden Gruppe von Staatsbürgern.

Die Schlußfolgerung ist, daß der Staat, d. h. Regierungen und Parlamente wie auch die Privatunternehmer endlich ihre überlebte Auffassung einer Vorrechtstellung gegenüber den Arbeitnehmern aufgeben. Die Gewerkschaften haben jederzeit durch ihr Verhalten bewiesen, daß sie gegenüber den Allgemeininteressen mindestens ebensoviel — in der Tat meist mehr — Verantwortungsbewußtsein besitzen als die Regierungen und Parlamentsmehrheiten.

Das Verhältnis der Gewerkschaften zum Staat wird immer so gut oder so schlecht sein, wie sich der Staat gegenüber den Gewerkschaften und ihren berechtigten Forderungen stellt. Die Gewerkschaften wollen den Staat nicht vergewaltigen, sich aber auch von ihm nicht vergewaltigen lassen. Sie werden bei der notwendigen Einsicht die sicherste Stütze eines wirklich demokratischen Staates sein, schon deshalb, weil sie die Mehrheit des Volkes, die arbeitenden Schichten, vertreten.

## Freibeträge für Beschädigte

Für die Kriegs- und Unfallbeschädigten sind folgende Bestimmungen des vom Bundestag Mitte Mai verabschiedeten — allerdings bei Redaktionsschluß noch nicht in Kraft getretenen — Lastenausgleichsgesetzes besonders wichtig:

Kriegsbeschädigten und Kriegerwitwen, die Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz beziehen, werden bei Bemessung von Unterhaltshilfe gemäß Lastenausgleichsgesetz Freibeträge in Höhe ihrer Grundrente zugebilligt. Soweit darüber hinaus Pflegezulagen gewährt

werden, wird jedoch ein Freibetrag von 75,— DM monatlich berücksichtigt (§ 291).

Unfallbeschädigten wird bei einer Erwerbsbeschränkung von 40 bis 50 v. H. 10,— DM, über 50 bis 60 v. H. 20,— DM, über 60 bis 80 v. H. 30,— DM und über 80 v. H. 40,— DM monatlich als Freibetrag zugewillt. (Damit sind sie gegenüber den Kriegsbeschädigten unverständlicherweise wesentlich schlechter gestellt. Die Redaktion.)

Pflegegeldempfängern wird jedoch ebenfalls ein Freibetrag von 75,— DM monatlich gewährt. Bezieher von Witwen- oder Witwenrenten aus der gesetzlichen Unfallversicherung haben Anspruch auf Freibeträge von 20,— DM monatlich.

Empfänger von Unterhaltshilfe werden gemäß § 300 des Lastenausgleichsgesetzes für den Fall der Krankheit versichert, sofern nicht auf Grund anderer gesetzlicher Vorschriften eine Krankenversicherung besteht. Für die Versicherung sind die Allgemeinen Ortskrankenkassen oder Landkrankenkassen zuständig, sofern der Unterhaltsempfänger sich nicht entschließt, eine Versicherung bei einer solchen Krankenkasse wiederaufleben zu lassen, der er früher angehört hat. Aus der Krankenversicherung entstehen dem Unterhaltsempfänger keinerlei Kosten, da dafür der Bund, die Länder oder die Gemeinden aufkommen müssen.

So war es einst. Nur Schritt für Schritt hat sich die Gewerkschaftsbewegung Achtung und Einfluß verschaffen können. Dieser Weg war mit Leichensteinen von Existenzen gepflastert. Drei Generationen von Funktionären haben mit Mut, Zuversicht und großen Opfern den Kampf ausgetragen. Diesen namenlosen Märtyrern muß der Dank von uns allen gewiß sein.

Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts wird die Verwirklichung des Mitbestimmungsrechtes mit all seinen Konsequenzen bringen. Die Demokratisierung der Wirtschaft hat eine ähnliche Bedeutung wie die Erringung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes, um das mit so viel Energie Jahrzehnte gekämpft wurde.

Die wirtschaftliche Gleichstellung des Arbeiters wird sich der politischen an die Seite stellen. Sie ist das Zentralproblem der Zeit. Die kommenden Jahrzehnte aber zu einer wahrhaft großen und geschichtlich einzigartigen Epoche zu machen, muß die Aufgabe breitester Schichten des arbeitenden Volkes sein.

## Zusammentreffen mehrerer Renten

Wiederholt sind bei uns Anfragen über einen gleichzeitigen Bezug mehrerer Renten aus der Sozialversicherung (Unfall-, Invaliden-, Knappschafts- und Angestelltenrenten) eingegangen, der zu einschneidenden Kürzungen in der jeweiligen Rentenhöhe führt, die der einzelne in Kauf nehmen muß. Zum besseren Verständnis mag folgende Zusammenstellung dienen, welche Renten der Sozialversicherung überhaupt nebeneinander und gleichzeitig zur Auslösung kommen können, wobei der Einfachheit halber Renten nach dem Bundesversorgungsgesetz außer acht gelassen sind.

Es können bezogen werden:

- a) eine Unfallrente neben einer Invaliden-, Knappschafts- oder Angestelltenrente;
- b) 1. eine Unfallhinterbliebenenrente neben einer eigenen Invaliden-, Knappschafts- oder Angestelltenrente;  
2. eine Unfallhinterbliebenenrente neben einer eigenen Invaliden-, Knappschafts- oder Angestelltenrente und gleichzeitig neben einer Hinterbliebenenrente aus der Invaliden-, Knappschafts- oder Angestelltenversicherung des verstorbenen Ehegatten;
- c) eine Invaliden-, Knappschafts- oder Angestelltenrente des einen Ehegatten neben einer Invaliden-, Knappschafts- oder Angestelltenrente des anderen Ehegatten;
- d) eine Invaliden-, Knappschafts- oder Angestelltenrente neben einer Hinterbliebenenrente aus der Invaliden-, Knappschafts- oder Angestelltenversicherung des verstorbenen Ehegatten.

Dabei umfaßt der Begriff „Hinterbliebenenrente“ die Witwen-, Witwenwie auch Waisenrente.

Eine Sonderstellung nimmt die Elternrente in der Unfallversicherung ein, die nach einer grundsätzlichen Entscheidung des Reichsversicherungsamtes (vom 14. Mai 1941) nicht als Hinterbliebenenrente im Sinne des

## Für die Schwerbeschädigten

*Die äußerliche Erkennbarkeit von Körperbehinderten*

Oft spielt für Steuerermäßigungen von Körperbeschädigten die Frage eine Rolle, ob die Körperbehinderung äußerlich erkennbar ist. Aber zunächst wollen wir den Geltungsbereich für diese Frage abgrenzen. Für diejenigen Körperbeschädigten, die versorgungsrechtliche Ansprüche haben, existiert diese Frage überhaupt nicht. Hierfür ist allein der Rentenbescheid oder sonst eine versorgungsamtliche Bescheinigung maßgebend. Somit beschränkt sich der Geltungsbereich unserer Frage nur auf Zivilbeschädigte, d. h. auf solche Personen, die infolge Geburtsfehler, Unfall, Krankheit oder aus anderen Gründen ihre körperliche Beweglichkeit derart eingebüßt haben, daß ihre Erwerbsfähigkeit mindestens um 25 v. H. gemindert ist. Diese Körperbehinderung, also nicht die Körperbeschädigung selbst, muß äußerlich erkennbar sein.

Nun kommt allerdings die entscheidende Frage: Für wen muß dies äußerlich erkennbar sein? Die Lohnsteuer- und Einkommensteuer-Richtlinien schweigen darüber. Schon der gesunde Menschenverstand sagt, daß dies am Ende eine rein ärztliche Frage ist, keinesfalls eine steuerrechtliche. Deshalb braucht die Körperbehinderung nicht für das Finanzamt erkennbar zu sein. Wie sollte diese Erkennbarkeit auch beim Finanzamt praktisch festgestellt werden?

Demnach muß der Amtsarzt in seiner Bescheinigung zum Ausdruck bringen, daß die Körperbehinderung äußerlich erkennbar ist. Es sei nochmals betont, daß es nicht auf die Erkennbarkeit der Körperbeschädigung ankommt. Die Ärzte sind keine Steuerjuristen und wissen nicht, worauf es in der Bescheinigung ankommt. Deshalb achte man selbst mit darauf, weil erfahrungsgemäß über diese Sache oft hin und her gestritten wird. Das ist alles unnötig, wenn die amtsärztliche Bescheinigung das klipp und klar aussagt. Es sind uns allerdings schon Fälle begegnet, in denen der Amtsarzt es offenbar sehr gut gemeint hat und das Finanzamt nun Schwierigkeiten macht. Keinesfalls kann das Finanzamt dann einfach ablehnen. Jedoch wird man ihm nicht verwehren können, von der vorgesetzten Dienststelle des Amtsarztes die Überprüfung einer offenbar weiterherzigen Bescheinigung zu verlangen. Tut das Finanzamt das nicht und lehnt einfach ab, dann ist gegen die Verfügung des Finanzamtes die Beschwerde oder an deren Stelle der in der Rechtsmittelbelehrung angegebene Weg zu beschreiten.

## Das eigene Ideal

*Allen gehört, was du denkst; dein eigen ist nur, was du fühlst. Soll er dein Eigentum sein, fühle den Gott, den du denkst.*

*Friedrich von Schiller*

## FÜR DIE FREIWILLIG VERSICHERTEN

### Beitrageinsparung möglich

Es ist jetzt kaum beachtet worden, daß nach dem Gesetzentwurf über die Erweiterung der Pflichtversicherung die günstigsten Beitragsklassen (XI und XII) wegfallen sollen. In der freiwilligen Versicherung bieten diese Klassen, da für sie Steigerungsbeträge von 8,6 bzw. 8,9 Prozent der Beiträge festgesetzt sind, große Vorteile gegenüber den übrigen Klassen der Grundversicherung (I bis X), die nur Steigerungsbeträge von 7 Prozent gewährleisten. Diese Vorteile werden wirksam, wenn der Versicherte — vielleicht auch aus steuerlichen Gründen — für seine Versicherung mehr als nur den vorgeschriebenen Betrag aufbringen will. In diesem Falle ist es vorteilhafter, zunächst einmal die Klasse XI für die vorgeschriebenen sechs Beiträge zu wählen (um die günstigsten Steigerungsbeträge in der Grundversicherung zu erhalten) und erst darüber hinaus die für die zusätzliche Versicherung an sich vorgesehene neue Höherversicherung (HV) mit Steigerungsbeträgen von mindestens 10 Prozent zu übernehmen. Das folgende Beispiel zeigt, daß jemand, der jährlich 750 DM für seine Altersversorgung opfert, nicht weniger als 50 DM einsparen kann, ohne an Gegenleistung etwas Nennenswertes einzubüßen. Der Betreffende klebt die üblichen sechs Beiträge zur Grundversicherung à 55 DM und sechs Marken der Höherversicherung à 70 DM; das macht zusammen  $330 + 420 = 750$  DM. Für die ersten genannten sechs Beiträge ergibt sich ein Steigerungsbetrag von 23,10 DM (7 Prozent), für die anderen sechs Beiträge ein solcher von 42 DM (10 Prozent), zusammen also ein Steigerungsbetrag von 65,10 D-Mark.

Erheblich günstiger schneidet der Versicherte ab, wenn er die vorgeschriebenen sechs Beiträge in der besten Klasse der Grundversicherung (XI) leistet. Er kauft somit sechs Marken dieser Klasse à 70 DM; das sind 420 D-Mark mit einem Steigerungsbetrag von 36 DM. Darüber hinaus kauft er vier HV-Marken à 70 DM = 280 DM mit einem Steigerungsbetrag von 28 D-Mark. So erreicht er einen Steigerungsbetrag von 64 DM, der nur wenig geringer ist als der im anderen Falle sich ergebende Steigerungsbetrag von 65,10 DM. In die Waagschale fällt aber der Effekt, daß im letzteren Falle 50 DM eingespart werden.

Diese Möglichkeiten sind einstweilen noch gegeben, auch für die Nachentrichtung von Beiträgen (bis einschließlich 1950).

### Der Abend

Von Joseph von Eichendorff

Schweigt der Menschen laute Lust:  
Rauscht die Erde wie in Träumen  
Wunderbar mit allen Bäumen,  
Was dem Herzen kaum bewußt,  
Alte Zeiten, linde Trauer,  
Und es schweifen leise Schauer  
Wetterleuchtend durch die Brust.

§ 1275 der Reichsversicherungsordnung gewertet wird und daher auch nicht zu einer teilweisen Kürzung führen kann.

Trifft eine Unfallrente (Verletztenrente) mit einer IV-, Knappschafts-, AV-Rente zusammen, gelangt die halbe IV-, Knappschafts- oder AV-Rente unverkürzt zur Auszahlung, während die andere Hälfte bis zur Höhe der Unfallrente ruht.

Sind freiwillige Beiträge zur Rentenversicherung entrichtet, so werden die auf sie entfallenden Steigerungsbeträge voll gewährt; vom Rest der Rente ruht die Hälfte bis zur Höhe der Verletztenrente. Den freiwilligen Beiträgen stehen gleich:

1. Beiträge, die in einer höheren als der gesetzlichen Klasse entrichtet sind,
2. Beiträge für versicherungspflichtige Selbständige,
3. Beiträge für Angehörige der Schutzpolizei und des Reichswasserschutzes oder für Soldaten, die auf ihren Antrag versichert worden sind.

Eine Unfall-(Verletzten-)Rente bewirkt jedoch das Ruhen dann nicht, wenn die Verletztenrente für einen Unfall gewährt wird, der sich nach Eintritt der Invalidität oder nach Vollendung des 65. Lebensjahres ereignet oder wenn sie auf eigener Beitragsleistung des Versicherten oder seines Ehegatten beruht.

Die Ruhensbestimmung gilt aber dann, wenn an Stelle der Verletztenrente (Unfallrente) Krankenhauspflege oder Heilanstaltspflege (Anstaltspflege) tritt; die Heilanstaltspflege (Anstaltspflege) steht dabei der Vollrente gleich.

## Unsere Jugend

### Bundesjugendkonferenz

210 ordentliche Delegierte, die 650 000 jugendliche Mitglieder der Gewerkschaften unter 21 Jahren vertraten, nahmen neben vielen in- und ausländischen Ehrengästen an der 2. Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaftsjugend in Stuttgart teil.

Der von Willi Ginhöld und seinen Mitarbeitern gegebene Geschäftsbericht zeugte für die Vertiefung und Verbreiterung gewerkschaftlicher Jugendarbeit.

Ein Hauptthema der Tagung war die Jugendgesetzgebung, zu der der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Fragen der Jugendfürsorge, Franz Joseph Strauß, und August Berlin, MdB, in längeren Ausführungen sprachen. Die Aussprache hierzu brachte zum Teil sehr kritische Worte gegen die bisherige Arbeit auf diesem Gebiet. Besonders wurde die verzögerte Behandlung des Jugendarbeitsschutzgesetzes durch das Bundesarbeitsministerium kritisiert. Die angenommenen Anträge zum Jugendarbeitsschutzgesetz, zum Berufsausbildungsgesetz, für den Kündigungsschutz für jugendliche Arbeitnehmer, zum Betriebsverfassungsgesetz zeigen, daß diese Dinge die Gewerkschaftsjugend besonders bewegen.

Der Leiter der Hauptabteilung Jugend beim Bundesvorstand des DGB sprach über „Die geistigen Grundlagen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit“. Er erklärte: Bildungsarbeit sei kein Selbstzweck, sondern solle dem Jugendlichen die Erfahrungen geben, um sich mit Erfolg am Kampf um die Umformung unserer Gesellschaftsordnung zu beteiligen. Prof. Carlo Schmidts Referat zum Thema „Der Europarat in Straßburg — seine Wirklichkeit und seine Möglichkeiten“ war einer der Höhepunkte der Tagung. Nach einer eingehenden kritischen Würdigung der europäischen Bestrebungen sagte Carlo Schmid zum Schluß: „Europa habe nur einen Sinn, wenn die Lebensverhältnisse der einzelnen Staaten einander angeglichen werden. Die Angleichung könne sich aber niemals nach dem niedrigsten, sondern nur nach dem höchsten Lebensstandard richten. Dafür zu kämpfen sei eine wesentliche Aufgabe der Gewerkschaften.“

Die 2. Bundesjugendkonferenz hat ihre Aufgabe erfüllt, das unterstrich Christian Fette, der fast während der ganzen Konferenz anwesend war, in seiner Schlußansprache. Stuttgart war ein Fortschritt.

# Freibad STOCKHEIDE eröffnet

„Bei Nacht und Nebel“ wurde am 1. September 1951 in engstem Kreise der erste Spatenstich vollzogen — am 15. Juli 1952 wurde in breiter Öffentlichkeit bei rund 8000 Zuschauern das vollendete Freibad seiner Bestimmung übergeben und dadurch ein langgehegter und oft geäußelter Wunsch unserer Belegschaft und der Einwohner des überfüllten Nordostens Dortmunds erfüllt.

Der Chronist — und das Freibad ist ein sichtbarer Markstein in der Geschichte des Werkes und seiner sozialen Grundeinstellung — vermerkt:

Vom 11. September bis 10. Oktober 1951 erfolgte der Bagger- und Planierereinsatz, wodurch die Ausschachtung des Beckens und die Regulierung der Bodenmassen vollzogen wurde. Dann mußte die produktive Arbeit unterbrochen werden. Bis zum 1. Januar 1952 wurde die Befestigung der Zufahrtstraße durchgeführt. Der Stillstand der Arbeiten schädete der Ausschachtung des Beckens erheblich. Die Baugrube füllte sich fast bis zur

Am 1. März waren die Kanalisationsarbeiten so weit gediehen, daß eine Pumpe für Entwässerung der ausgeschachteten Beckengrube aufgestellt und in Betrieb genommen werden konnte. Anschließend wurde die Arbeit zur Wiederherstellung der versumpften Baugrube in Angriff genommen.

Am 12. März war die Wiederherstellung der versumpften Baugrube so weit gediehen, daß nun fortlaufend an der notwendig gewordenen Befestigung und Auffüllung der Beckensohle gearbeitet werden konnte. Es wurde festgestellt, daß für die Lagerung des Schwimmbeckens umfangreiche Magerbetonfundamente notwendig seien.

Am 17. März wurden, um den Fertigstellungstermin zu beschleunigen, zwei Arbeitsschichten eingerichtet.

Am 4. April wurden die Konstruktionsteile des Beckens in Angriff genommen, nachdem die Betonarbeiten und die Dichtung der Beckensohle durchgeführt waren. Eisen für die Beckensohle wurden gebogen und eingeflochten und Kupferbleche für die Fugendichtung verlegt und eingeschalt.

Am 8. April wurden die Arbeiten für die Umkleidehalle in Angriff genommen.

Am 19. April waren die Sohlenfelder im Hauptbecken fertig betoniert.

Ab 26. April sind an der Baustelle 100 Mann beschäftigt.

Am 10. Mai ist der größte Teil der Betonwandungen fertiggestellt. Es be-



So war es am 1. September 1951 ...

Und programmgemäß am 15. Juli war das Freibad vollendet.

Das Schwimmbecken hat eine Größe von 50 X 20 m. Es hat zwei Sprungbretter von je 1 m und ein Sprungbrett von 3 m. Ihm schließt sich ein Nichtschwimmerbecken von 400 qm an. Das Planschbecken ist 40 bis 60 cm, das Nichtschwimmerbecken 1,20 bis 1,50 m und das Schwimmerbecken bis 3 m tief. Der Wasserbedarf zur Füllung des Beckens beträgt 2330 cbm. Für das Freibad wurden rund 1700 cbm Eisenbeton mit rund 90 t Moniereisen verarbeitet. Die gärtnerischen Arbeiten werden infolge der fortgeschrittenen Jahreszeit im Herbst beginnen. Die Umkleidehalle ist 72 m lang. Sie hat Umkleidemöglichkeit für 1800 Badegäste. Sie enthält neben den Umkleidezellen Garderoben, Räume für Sanitäter und Bademeister, sanitäre Einrichtungen und eine Erfrischungshalle.

Zur Eröffnung hatten sich rund 8000 Zuschauer eingefunden. Sie umsäumten tiefgestaffelt den gewaltigen Winkel des Bades.

Arbeitsdirektor Berndsen kennzeichnete das Freibad als ein Werk der arbeitsfreudigen Mitarbeiterschaft und der harmonischen Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat, Betriebsvertretung und Belegschaft, die alle auf die gemeinsam geschaffene soziale Tat stolz sein dürften. Es liege im Sinne aller Betriebsangehörigen, wenn das Bad der gesamten Bevölkerung offenstehe. Die Westfalenhütte kenne keinen Betriebsegoismus. Sie fühle sich stets als Teil der Gesamtheit und somit dem Volksganzen verantwortlich. Arbeitsdirektor Berndsen gab dem Bad den Namen „Bad Stockheide“ und überreichte es durch einen symbolischen Handschlag der Betriebsvertretung zur Betreuung. Betriebsratsvorsitzender Schwentke dankte dem Aufsichtsrat des Werkes für die Bereitstellung der erheblichen Geldmittel zur Anlage des Bades, das eine würdige Vollendung des großen Gesamtwerkes der Sport- und Erholungsanlagen sei.

Jugendliche der Lehrwerkstatt vollführten den ersten Startsprung. Angehörige des FSV 98 zeigten sehr gute sportliche Vorführungen.



... und am 15. Juli 1952 erfolgte der erste Start

Hälfte mit Grund- und Regenwasser, wodurch die Ausschachtung zum Einsturz kam.

Am 5. Januar wurde die Baustelle von der gegründeten Arbeitsgemeinschaft (Siemens-Bauunion und Friedr. Müller) übernommen, die die Baustelle zum Neubeginn der Arbeiten einrichtete.

Am 22. Januar wurde beim erneuten ersten Baggereinsatz bzw. durch den Erdaushub für die Entwässerung Fließboden festgestellt. Das bedeutete eine wesentliche Arbeiterschwernis und Verzögerung im Bauprogramm. Für die Kanalisation mußten Spundbohlen gerammt und gezogen werden. Die Erdarbeiten waren äußerst schwierig. Die Arbeiten konnten nur Stück für Stück langsam vorgetrieben werden.

gannen die Arbeiten am Planschbecken. Für die Entwässerung werden Tonrohrleitungen verlegt.

Am 17. Mai war die Umkleidehalle im Rohbau fertig. Es begann das Richten der Dachkonstruktion.

Am 21. Mai fand das Richtfest für die Umkleidehalle und das Schwimmbecken statt.

Am 7. Juni waren die Wandputzarbeiten im Schwimmbecken fertiggestellt.

Am 14. Juni waren die Hauptentwässerungs- sowie die Beckenanschlüsse für eine spätere Umwälzanlage fertig hergestellt.

Am 28. Juni waren sämtliche Durchlaufbecken fertig betoniert. Es begannen die Planierungs- und Aufschotterungsarbeiten um das Becken.

# JUBILAR= FEIER

In einer würdigen Feierstunde im festlich geschmückten Saal des „Freischütz“ wurden die rund 220 Jubilare des ersten Halbjahres 1952 — unter ihnen fünf „goldene Jubilare“ — geehrt. Sie waren mit ihren Frauen der Einladung des Werkes gefolgt; denn auch die Frauen haben durch die aufopfernde Betreuung ihrer Männer sich die Berechtigung zu einer gemeinsamen Ehrung erworben. An der Feierstunde nahmen die Direktoren und die Mitglieder der Betriebsvertretung, sämtliche Betriebschefs und Abteilungsleiter, Vertreter der Gewerkschaft und der Behörden teil.

Das Lied „Ich hatt' einen Kameraden“ schloß das Gedenken an die Männer ein, die aus ihrem arbeitsreichen Leben durch Unglücksfälle im Werk herausgerissen wurden. Arbeitsdirektor Berndsen und Betriebsratsvorsitzender Schwentke erklärten u. a.:

Die Ehrung der Treue sei nur dann wahr, wenn die Treue auch anerkannt wird. Die Notwendigkeit dieser Anerkennung habe die Westfalenhütte veranlaßt, sich nachdrücklich für eine neue Pensionsordnung in der eischaffenden Industrie einzusetzen. Danach sollen für die Grundrente in Zukunft auch bei einem Arbeitsplatzwechsel alle Dienstjahre



Der Ortsvorsitzende des DGB, Wengeroth, bei seiner Ansprache

künftig würden alle Jubilare in derselben Form geehrt werden. In einem Rückblick würdigte er die Leistung der alten Pioniere, die den Wiederaufbau ermöglichten und durch die das Werk den Stand seiner Friedensproduktion vom Jahre 1939 wieder erreichen konnte. Zur neuen Pensionsregelung wies er darauf hin, daß die Vertretung der Arbeitnehmerschaft immer wieder eine hinreichende Sicherung für den Lebensabend der Belegschaftsmitglieder gefordert habe. Die Westfalenhütte habe in dieser Frage

Stadtverwaltung und Ratsvertretung von Schwerte. Er betonte, daß seit 1945 durch den Einfluß der Gewerkschaft vieles in der Westfalenhütte besser geworden sei. Viele Arbeitnehmer würden heute noch auf das warten, was in diesem Werk schon erreicht wurde. Im gewerkschaftlichen Kampf müßte ein menschenwürdiges Los für alle Arbeitnehmer gemeinsam erreicht werden. Für dieses hohe Ziel müßten alle Kräfte mobilisiert werden. Die Jubilare hätten das Streben zu diesem Ziel unterstützt und damit der Jugend ein Beispiel gegeben. Die Sicherstellung eines nach sozialen Gesichtspunkten glücklichen Lebensabends werde dazu beitragen, daß die Arbeitnehmer mit dem Gefühl der Zugehörigkeit zum Betrieb ihre Aufgaben und Pflichten erfüllen. Das Werksorchester und der Männergesangsverein Westfalen e. V. schufen eine würdige Umrahmung, zu der auch der Turnerbund Hörde 1895 durch turnerische Darbietungen beitrug.



voll angerechnet werden. Die von den Gewerkschaften bis zur Vollendung entwickelte Pensionsregelung soll in Zukunft bei allen Arbeitnehmern in der eischaffenden Industrie die Sorgen für den späteren Lebensabend bannen. Auch für die leitenden Angestellten würde sie von hohem Wert sein, da sie zu ihrer Weiterbildung oft darauf angewiesen sind, in verschiedenen Werken zu arbeiten. Einen besonderen Dank des Werkes übermittelte der Arbeitsdirektor den Frauen, die in der schwersten Zeit des Wiederaufbaues dazu beitrugen, daß ihre Männer die harte Arbeit leisten konnten. Auch der Betriebsratsvorsitzende gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Wunsch der Betriebsvertretung, die Frauen bei der Jubilareife mitzuehren, erfüllt wurde. Zu-

einen Vorstoß bis in die Treuhandverwaltung unternommen. Dieser Einsatz für eine Verbesserung, deren Auswirkungen alle Beschäftigten in der eischaffenden Industrie zu spüren bekommen sollen, beweise, daß die Westfalenhütte keinen Betriebsegoismus kennt. Das Wissen darum, daß die Arbeitskraft das größte Kapital im Betriebe sei, müßte in alle Arbeitnehmerkreise hineingetragen werden. Die Arbeitnehmer würden bereit sein, mit allen zusammenzuarbeiten, die den Wert der Arbeitskraft gebührend anerkennen. Niemals aber würden sie gewillt sein, von dem, was sie sich in sozialer Hinsicht erkämpft haben, etwas aufzugeben. Der Vorsitzende des DGB Dortmund, Wengeroth, überbrachte sodann die Grüße der Gewerkschaft und der

## EIN GLAUBENSBEKENNTNIS DER AMERIKANISCHEN DEMOKRATIE

Wir halten diese Wahrheiten für selbstverständlich: daß alle Menschen gleich geschaffen sind; daß sie durch ihren Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind; daß unter diesen Leben, Freiheit und das Streben nach Glück sind. Daß, um diese Rechte zu sichern, Regierungen unter Herrschern eingesetzt werden, die ihre gerechten Befugnisse von der Einwilligung der Regierten ableiten; daß, wenn je eine Regierungsform auf diese Ziele zerstörend wirkt, es das Recht des Volkes ist, sie zu ändern oder abzuschaffen und eine neue Regierung einzusetzen, die ihre Grundlage auf solchen Grundsätzen baut und ihre Befugnisse in solcher Form organisiert, wie sie ihnen am wahrscheinlichsten ihre Sicherheit und ihr Glück zu gewährleisten scheint.

Amerikanische Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776

# Erholung

Wie in jedem Jahre, führt unsere Betriebskrankenkasse auch jetzt wieder Erholungskuren in erheblichem Umfange durch. Unsere Vertrags-Heime in Siepen, Amecke und Bruns-kappel sind voll belegt mit erholungsbedürftigen Mitgliedern, die alle gut erholt und zufrieden nach Beendigung der Kur zurückkehren. Der Wettergott hat inzwischen sein griesgrämiges Wesen geändert und einem herrlichen Sommerwetter Platz gemacht. Auch in Damscheid am Hunsrück, in der Nähe von Oberwesel am Rhein, herrscht voller Kurbetrieb. Ein Mitglied, das dort weilte, sandte uns das nachstehende nette Gedichtchen:



Amecke

*„Auf des Hunsrück steilen Höhen  
bracht ich meinen Urlaub zu,  
und ich streifte durch die Wälder,  
gönnte mir nur wenig Ruh,  
und ich wandert auf den Höhen  
bei dem lieben Sonnenschein,  
und im tiefen, tiefen Tal  
floß der alte Vater Rhein.  
Von deinen Höhen muß ich scheiden,  
von deiner schönen Wälder Grün,  
die schönen Tage sind vorüber,  
zum Heimatstädtchen geht es wieder,  
die schöne Urlaubszeit ist nun dahin.“*

Im Sonnenhof sind unsere Mitglieder bestens untergebracht. Die beiden auf dem Bild befindlichen Häuser stehen unseren Mitgliedern zur Verfügung, die sich dort immer gut erholt haben. Nach Damscheid senden wir in erster Linie solche Mitglieder, die so krank sind, daß sie fortgesetzt ärztlicher Behandlung bedürfen. Unser guter Dr. Klages betreut sie dort, und wir haben unter seiner Leitung sehr gute Kurerfolge zu verzeichnen gehabt. In guter Höhenlage befindet sich auch unsere Pension in Bruns-kappel. Bruns-kappel liegt nicht weit von Winterberg im Hochsauerland. Dorthin kommen Erholungsbedürftige, die nach überstandener Krankheit neue Kräfte sammeln müssen oder die, um eine Erkrankung zu vermeiden, eine Zeitlang ein anderes Klima benötigen. Zum Unterschied von Damscheid stehen diese Mitglieder nicht unter ärztlicher Überwachung. Selbstverständlich steht im Falle einer plötzlichen Erkrankung ein Arzt zur Verfügung.



Damscheid

Ein ganz anderes Bild liegt vor uns in Amecke. Es liegt ebenfalls mitten im Sauerland am schönen Sorpesee. Neben herrlichen Spaziergängen haben die Erholungsbedürftigen auch die Möglichkeit, an den Freuden teilzunehmen, die das Wasser dem erholungsbedürftigen Menschen bietet. Rudern und Schwimmen sind in der Sommerzeit bei den jeweils 14 Gästen des dortigen Hauses sehr beliebt. In Amecke haben wir auch die Möglichkeit einer ärztlichen Überwachung, die Dr. Berghoff in Allendorf übernimmt. Nicht alle Mitglieder in Amecke werden ärztlich überwacht, aber für solche, die ärztlich überwacht werden müssen, haben wir uns mit Dr. B. in Verbindung gesetzt.



Siepen

Ein wundervolles Fleckchen Erde ist Siepen, wo eine Mühle im stillen Waldtal zwischen Iserlohn und Altena den Erholungsbedürftigen Unterkunft und die Gelegenheit zu vollkommener Ruhe und Ausspannung bietet. Besonder für Nervöse ist die Pension sehr geeignet; sie bietet Gelegenheit zu kurzen und auch zu weiten Spaziergängen. Ähnlich wie in Bruns-kappel haben wir auch dort keine ärztliche Überwachung, wohl aber die Möglichkeit zur ärztlichen Behandlung bei auftretenden Erkrankungen.

Sehr große Schwierigkeiten haben wir immer mit der Beschaffung von Plätzen in Landkrankenhäusern gehabt für

solche Mitglieder, die einer ständigen ärztlichen Aufsicht und Pflege bedürfen. Trotz des Mangels an solchen Plätzen ist es uns gelungen, in Brakel bei Höxter, in Werl und neuerdings in Olsberg Zimmer zu bekommen, und wir haben auch dort gute Heilerfolge gehabt.

Schön wäre es, wenn wir allen Mitgliedern Gelegenheit zu einer solchen Kur geben könnten. Leider würden aber dazu die Mittel unserer Kasse nicht ausreichen, und es wäre auch unmöglich, die hinreichende Zahl von Plätzen zu sichern.

Wie bereits gesagt, können wir nur Mitglieder oder Familienangehörige verschicken, bei denen der Gesundheitszustand eine Kur erforderlich macht. Auch können wir nicht immer dieselben Mitglieder in jedem Jahr verschicken; das würde ungerecht sein gegenüber den anderen, deren Gesundheitszustand genau so ist. Aus diesem Grunde müssen wir die ärztlichen Anträge durch unseren Vertrauensarzt überprüfen lassen, der sie zwar wohlwollend, aber streng nach medizinischen und sozialversicherungsrechtlichen Gesichtspunkten überprüft. Seinem Urteil müssen wir uns alle fügen, dann wird denen, die sie benötigen, auch die notwendige Hilfe zuteil. Wir wünschen allen Mitgliedern und Familienangehörigen, die unsere Pension und Landkrankenhäuser besuchen, recht gute Erholung.



Brunskappel

## KULTURELLE BLITZLICHTER

### Viel, aber zu wenig

Wer kindliche Freude an großen Zahlen hat, mag sich daran berauschen, daß in Westdeutschland im Jahre 1950 rund 2,2 Milliarden DM für Schulen ausgegeben worden sind. In der Tat, auf den ersten Blick eine imponierende Zahl. Sucht man aber nach Maßstäben, diese Zahl zu begreifen, so verliert sie sehr schnell an Glanz und übrig bleibt schließlich nur eine große Enttäuschung. So würde allein schon das Aufkommen aus der Tabaksteuer (1951: 2,274 Milliarden DM) genügen, um diese Ausgaben zu decken. Für den einzelnen Volksschüler wurden im Monat noch keine 15 DM ausgegeben. Legt man schließlich noch die Gesamtausgabe auf den Kopf der Bevölkerung um, so wurden rund 4 DM im Monat für die Schulen ausgegeben. Kein Wunder, wenn Snötter sagen, danach sei die Bildung denn ja auch. Aber das ist gewiß überspitzt.

Unser heutiges Schul- und Bildungssystem ist nicht gerade fortschrittlich, das ist eine Erkenntnis, die zumindest in Fachkreisen keine außergewöhnliche Bewegung hervorruft. Die seit 30 Jahren permanente Reform des höheren Schulwesens ist heute weit davon entfernt, zu befriedigen. Aber die höheren Schulen sind doch nur ein Teil des gesamten Schulwesens, das darf man nicht vergessen. Es ist ein wirklicher Mangel, daß es über die achtjährige Volksschule hinaus keinen normalen Bildungsweg nach oben, nennen wir dieses „Oben“ einmal Hochschule, gibt. Wieviel Spätbegabungen bleiben als Opfer einer Fehlkonstruktion des Bildungswesens auf der Strecke. Gerade vom Standpunkt der Wirtschaft aus muß man dies bedauern. Die Bildungsfähigkeit unserer Menschen, das ist wirklich ein Kapitel, das man in Deutschland mehr als anderswo nutzen muß. Freilich, wer heute nach mehr Mitteln ruft, muß sich von vornherein der begrenzten Wirkung seiner Forderungen bewußt sein. Um so mehr sollte man sich bemühen, in dem gegebenen finanziellen Rahmen ein Optimum an Wirkung zu erreichen. Davon sind wir noch weit entfernt.

Vor hundert Jahren starb Friedrich Froebel. Die meisten kennen ihn nur noch als Schöpfer der Kindergärten; aber er war darüber hinaus ein wirklich großer Erzieher. Das Gedenken an ihn sollte bei den „Offiziellen“ mit dazu beitragen, mehr für die Erziehung und Bildung der Gesamtheit unserer Jugend zu tun als bisher — wie wir als Werk uns ernstlich bemühen, unsere Jugend zu bilden und zu fördern.

## Unfälle im Monat Juni

Im Monat Juni ereigneten sich auf dem Hüttenwerk (einschließlich Barop) 129 leichte, 1 schwerer und 4 tödliche Unfälle, auf dem Wege von bzw. zur Arbeit 15 leichte Unfälle.

In der nachstehenden Tabelle sind die Zahlen des Vormonats in Klammern eingesetzt:

|                                | Beleg-<br>schaftszahl | leicht    | schwer | tödl. | Summe     |
|--------------------------------|-----------------------|-----------|--------|-------|-----------|
| Hochofen . . . . .             | 780                   | 13 (10)   | — (1)  | 2 (—) | 15 (11)   |
| Zementfabrik . . . . .         | 83                    | — (1)     | — (—)  | — (—) | — (1)     |
| Thomaswerk . . . . .           | 306                   | 5 (7)     | — (—)  | — (—) | 5 (7)     |
| Martinwerk . . . . .           | 526                   | 7 (7)     | — (—)  | — (—) | 7 (7)     |
| Steinfabrik . . . . .          | 136                   | — (2)     | — (—)  | — (—) | — (2)     |
| Phosphatmühle . . . . .        | 80                    | 1 (—)     | — (—)  | 1 (—) | 2 (—)     |
| Kaliberwalzwerke . . . . .     | 1112                  | 26 (31)   | — (—)  | — (—) | 26 (31)   |
| Blechwalzwerk I/II . . . . .   | 372                   | 17 (10)   | — (—)  | — (—) | 17 (10)   |
| Werk Barop . . . . .           | 527                   | 12 (8)    | — (—)  | — (—) | 12 (8)    |
| Breitbandwalzwerk . . . . .    | 162                   | — (3)     | — (—)  | — (—) | — (3)     |
| Spez.-Blechwalzwerk . . . . .  | 154                   | 2 (2)     | — (—)  | — (—) | 2 (2)     |
| Preß- und Hammerwerk . . . . . | 178                   | 3 (5)     | — (—)  | — (—) | 3 (5)     |
| Grubenausbau . . . . .         | 39                    | 3 (2)     | — (—)  | — (—) | 3 (2)     |
| Kaltwalzwerk . . . . .         | 269                   | 3 (5)     | — (—)  | — (—) | 3 (5)     |
| Drahtverfeinerung . . . . .    | 365                   | 2 (3)     | — (—)  | — (—) | 2 (3)     |
| Maschinenabteilung . . . . .   | 1371                  | 13 (6)    | 1 (1)  | — (—) | 14 (7)    |
| Elektr. Abteilung . . . . .    | 483                   | 1 (1)     | — (—)  | — (—) | 1 (1)     |
| Mech. Werkstätten . . . . .    | 531                   | 3 (5)     | — (—)  | — (—) | 3 (5)     |
| Eisenbahnbetriebe . . . . .    | 936                   | 9 (14)    | — (—)  | 1 (—) | 10 (14)   |
| Baubetriebe . . . . .          | 441                   | 3 (2)     | — (—)  | — (—) | 3 (2)     |
| Fahrbetrieb . . . . .          | 71                    | 1 (—)     | — (—)  | — (—) | 1 (—)     |
| Versuchsbetriebe . . . . .     | 137                   | — (1)     | — (—)  | — (—) | — (1)     |
| Sonstige Betriebe . . . . .    | 341                   | 1 (1)     | — (—)  | — (—) | 1 (1)     |
| Lehrwerkstatt . . . . .        | 297                   | 3 (4)     | — (—)  | — (—) | 3 (4)     |
| Sozialbetriebe . . . . .       | 293                   | — (1)     | — (—)  | — (—) | — (1)     |
| Hauptv.- u. Betr.-Ang. . . . . | 1594                  | 1 (—)     | — (—)  | — (—) | 1 (—)     |
| Summe:                         | 11 584                | 129 (131) | 1 (2)  | 4 (—) | 134 (133) |
| Wegeunfälle:                   |                       | 15 (9)    | — (—)  | — (—) | 15 (9)    |

Am 3. Juni 1952 kam der Handlanger Rudolf Voigt, 29 Jahre alt, beschäftigt in der Abt. Hochofen, zu Tode. Bei Reparaturarbeiten am Hochofen 7 wurden Gerüstbretter mit einer Seilwinde zur Gicht des Ofens befördert. Voigt stand mit einigen anderen Handlangern abseits und beobachtete das Emporziehen der Last. Plötzlich löste sich das Gerüstholz aus dem Befestigungsseil, schlug auf ein darunter liegendes Dach und prallte von da aus etwa 15 Meter weit ab. Alle anderen Leute konnten sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen. Voigt ist wahrscheinlich vor eine Eisensäule gelaufen und wurde von einem Balken getroffen. Er erlitt eine Brustkorbquetschung sowie einen Schädel- und Halswirbelbruch.

Am 20. Juni 1952 verunglückte der Ablader August Kölling, 44 Jahre alt, beschäftigt Abt. Hochofen, tödlich. Kölling war mit dem Entleeren von kalter Martinschlacke beschäftigt. Er stand auf einem Laufsteg der Erzbrücke, um von einem Wagen (Selbstentlader) die Verriegelung zu lösen. Nach Erledigung dieses Vorganges gab er dem Lok.-Führer das Zeichen zum Andrücken der Waggons. Auf ungeklärte Weise stürzte Kölling in den etwa 7—8 Meter tiefen Erzbunker. Da niemand den Unfall beobachtete, wurde Kölling erst nach etwa einer Viertelstunde vermißt. Man fand ihn später in dem Bunker, unter der Schlacke begraben, vor.

Am 21. Juni 1952 erlitt der Rangierer Alfred Rauscher, 23 Jahre alt, (Abt. Eisenbahn) schwere Verletzungen, an deren Folgen (schwere Bauchquetschung) er am 22. Juni verstarb. Der Unfall ereignete sich vor der Dreherei III. Bei Rangierarbeiten versuchte Rauscher zwei Waggons zusammenzukoppeln, dabei wurde ein Waggon aus dem Gleis geworfen. Rauscher wurde von dem Puffer des entgleisten Waggons zur Gleismitte gedrückt und von der Zugvorrichtung des entgegenkommenden Waggons in der Bauchgegend gefaßt und gequetscht.

Am 23. Juni 1952 verunglückte Rudolf Hellweg, 32 Jahre alt, beschäftigt in der Abt. Phosphatmühle, schwer. In der Phosphatfabrik war ein Schlackentopfwagen entgleist. Nachdem der betreffende Wagen wieder eingesetzt und etwa 3 Meter vorgezogen wurde, entgleiste er nochmals. Er wurde mit dem Laufkran angehoben, um die gespannte Kupplung aushängen zu können. Zu diesem Zweck ging Hellweg zwischen die Wagen. Durch das Aushängen der Kupplung gab es wahrscheinlich eine Erschütterung, so daß die sich noch berührenden Puffer abrutschten. Hellweg kam zwischen die Puffer und erlitt schwere Quetschungen im Unterleib, an deren Folgen er am 29. Juni 1952 verstarb.

Am 29. Juni 1952 erlitt der Schlosser Werner Middelman, beschäftigt in der Maschinenabteilung, einen schweren Unfall. Middelman war damit beschäftigt, unter Zuhilfenahme eines Kranes Ofentüren von Martinöfen an einer Wand schräg aufzustellen. Bei dieser Arbeit kippte eine Tür in entgegengesetzter Richtung ab. Middelman konnte sich nicht rechtzeitig in Sicherheit bringen und kam unter die schwere Tür zu liegen. Er erlitt Kopfverletzungen und einen Wirbelsäulenbruch.

Die vorgekommenen Unfälle wurden untersucht und die Unfallursachen, soweit wie möglich, nach Rücksprache mit den Betrieben und Unfallvertrauensmännern abgestellt.

Gewerberat Brune und Baurat Hoffmann und Dr. Will von der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft untersuchten die tödlichen Unfälle im Monat Juni.

Auf unsere Veranlassung hin wurde die Zahl der Unfallvertrauensmänner in großen Betrieben erhöht. Es soll damit erreicht werden, daß auf jeder Schicht ein Unfallvertrauensmann vorhanden ist, der der Belegschaft in den Unfallverhütungsfragen mit Rat und Tat zur Seite steht.

### Er wurde belohnt

Für Rettung aus Unfallgefahr erhielt das Belegschaftsmitglied August Schreiber, Kaliberwalzwerke, eine Belohnung vom Werk.

### DER WERKSARZT SPRICHT

## Essen wir falsch?

„Essen wir heute schon wieder zuviel?“ — „Welche Kost ist dem arbeitenden Menschen am zuträglichsten?“ — „Wie bewahren wir das geistige, körperliche und seelische Gleichgewicht des Industriearbeiters?“ waren einige der wichtigsten Fragen, mit denen sich Anfang Juli rund 400 Wissenschaftler, Werksärzte, Betriebsleiter, Sozialarbeiter, Gewerkschaftsvertreter, Landwirte und Behördenleiter auf einer Arbeitstagung des Max-Planck-Instituts befaßten. Als besondere Forderungen wurden herausgestellt: größere Disziplin bei der Auswahl der Nahrungsmittel, Angleichung des Kaloriengehalts an den Energiebedarf des menschlichen Körpers und verstärkte Ernährungsaufklärung bereits in den Schulen.

Fast alle, die materiell dazu in die Lage versetzt sind, essen heute zuviel, und zwar auf Kosten ihrer eigenen Gesundheit! An diese Menschen, die den natürlichen Ausgleich ihres Körpers durch ein Übermaß an Kalorienzuführung gefährden, wandte sich der Tagungsleiter, Generaldirektor der DKBL Dr. Kost, und plädierte für die einfache Formel zur Erhaltung des menschlichen Lebensrhythmus: acht Stunden Arbeit, acht Stunden entspannende Betätigung und acht Stunden Schlaf!

Für gemischte Kost als beste Vitaminversorgung setzte sich dann Prof. Dr. Kraut, der Leiter der Ernährungsphysiologischen Abteilung des Max-Planck-Instituts, ein. Eine besonders leistungsfördernde Kost gäbe es nicht. Nicht „fleischlos“ oder „fleischreich“ sei die Frage, sondern die kluge Mischung aller erforderlichen Nährstoffe. Der Mensch sei das anpassungsfähigste aller Lebewesen. Sein Nährstoffbedarf könne durch die neuen, vom Institut entwickelten exakten Methoden zur Messung der Leistungsfähigkeit mühelos abgelesen werden.

Für Schwer- und Mittelschwerarbeiter täglich mindestens einen halben Liter Milch, wurde auf der Tagung empfohlen. Kuhmilch ist nicht nur eines der hochwertigsten, sondern auch das billigste aller tierischen Nahrungsmittel. Mehrere Referenten zogen daher die Milch in den Mittelpunkt ihrer Erörterungen und sagten ihr eine große ernährungspolitische Zukunft voraus. Beim Arbeitsphysiologischen Institut werden z. Z. in Zusammenarbeit mit anderen Stellen Versuche zur Vitaminisierung der Milch unternommen. Schon heute ist es der Forschung gelungen, die während der Notjahre sehr akute Vitaminmangelkrankheit weitgehend aus unserem Volke zu vertreiben.

Ein hoher Kalorienbedarf sei meist das Zeichen für eine technisch rückständige Arbeitsweise, wurde festgestellt; und: „alle Nahrung, die nur zur Verrichtung mechanischer Arbeit im Körper verbrannt wird, ist ein außerordentlich teurer Brennstoff!“ Kalorien durch Mechanisierung und Rationalisierung der Arbeitsweise einzusparen, sei daher nicht nur ein menschliches Anliegen, sondern auch eine wichtige volkswirtschaftliche Aufgabe.

## Es kann vorkommen . . .

daß uns bei einem abendlichen Spaziergang irgendein Hund entgegenkommt, so eine struppige Promenadenkreuzung, ein Produkt der Fahrlässigkeit. Denn wer fördert und züchtet schon obskure Zufälle?

Da zieht er dahin, immer die Nase auf der Erde. Lange und andächtig schnuppert er an einem stinkenden Abfallkübel. Dann belfert er einen alten Invaliden oder ein schreiendes Kind an oder versucht, einem Auto in die Reifen zu beißen; da ist er ganz wild. Sein Herr pfeift ihn zurück. Mit schiefem Blick und eingezogenem Schwanz schleicht er zu ihm.

Ja, ja, ein Hund ist ein großer Moralist. Er steckt seine lange Nase überall hinein und schnüffelt so lange, bis er etwas anklaffen kann. Er alarmiert den Hausbesitzer, wenn der „möblierte Herr“ Damenbesuch hat. Er telefoniert der Polizei, wenn es bei dem kleinen Fest des einen Mieters etwas laut wird. Er protestiert bei der Straßenbahndirektion, wenn sein Autobus keinen Anschluß hat. Er nörgelt mit seiner Frau, wenn der Sonntagsbraten nicht geriet. Er schreit über Unmoral, wenn eine Ehe in die Brüche geht. Er geifert, wenn eine geschiedene Frau den Nachteil hat, trotzdem gut auszusehen. Er bestellt ergrimmt die Zeitung ab, wenn sie einmal nicht seiner Meinung ist. Er knurrt, wenn sein Arbeitskollege eine Mark mehr verdient hat als er selber. Er kriegte die Tollwut, wenn er den Posten nicht bekommt, auf den er spekulierte. Der Hund hält seine Nase zu tief auf der Erde. Deshalb kann er Wichtiges und Unwichtiges nicht mehr unterscheiden. Deshalb kann er, wie Heine sagt, „nur noch bellen und wässern“.

### Abt. Wohnstätten sucht möblierte Zimmer

Angebote nimmt Abt. Wohnstätten,  
Zimmer 7 entgegen.

Die schöne Kunst des Übersehens und Überhörens kennt er nicht. Es fehlt ihm der Humor für die Fehlerhaftigkeit unseres Daseins.

Wenn er angepöffelt wird, dann krümmt und duckt er sich. Er schweigt und kuscht, denn er hat immer ein schlechtes Gewissen. Mit seinem Schnüffeln und Belfern will er seine Angst und Minderwertigkeit überhören. Er ist wie ein menschlicher Feigling, der im Dunkeln pfeift, um sich Mut zu machen.

Es gibt wahrlich manchen Hund und manche Hündin auf der Welt. Sie können nur nicht wedeln.

\* \* \*

### Das Glückliche

Alles Menschliche muß erst werden und wachsen und reifen, und von Gestalt zu Gestalt führt es die bildende Zeit; aber das Glückliche siehest du nicht, das Schöne nicht werden: Fertig von Ewigkeit her steht es vollendet vor dir.

Friedrich von Schiller

In Ausübung ihres Berufes verunglückten tödlich die Belegschaftsmitglieder

**AUGUST KOLLING**

Hochofen

**ALFONS RAUSCHER**

Eisenbahn

**RUDOLF HELLWEG**

Phosphatmühle

**JOSEF BEDNARZ**

Martinwerk

Vorstand, Betriebsvertretung und Belegschaft betrauern ihren Tod und werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren

## Briefe

Sehr geehrte Schriftleitung!

Mit großem Interesse habe ich Ihre Werkzeitung vom März 1952 gelesen, in der Sie meinen Artikel im „Hamburger Echo“ über die von unserer wissenschaftlichen Untersuchungsgruppe gemachten Erkenntnisse der Überprüfung in- und ausländischer Werkzeugmaschinen erwähnten.

Da diese Untersuchung nun schon eine längere Zeit zurückliegt, ist es ganz interessant, den weiteren Werdegang des deutschen Wirtschafts- und Werkzeugsjournalismus zu beobachten. Über Ihre Zeitung möchte ich sagen:

1. Ihre Werkzeitung hat seit der von uns vorgenommenen Untersuchung beachtlich an Niveau zugenommen.
2. Sie tun einen kühnen Schritt, wenn Sie Ihre Zeitung als Mittel der „Rééducation“ benutzen und laufend politisch aufklären.
3. Sie treffen in ausgezeichneter und treffender Weise den Ton und die Sprache der Werktätigen.
4. Ich halte im Augenblick (Stand Juni 1952) Ihre Zeitung inhaltlich für die beste deutsche Werkzeitung. Ich hoffe, daß diese Ausführungen Ihr Interesse gefunden haben, und wünsche Ihnen für Ihre weitere Arbeit viel Erfolg und ein gutes Ohr Ihrer Leserschaft!

Mit vorzüglicher Hochachtung!  
Ihr (gez.) Henry Bockwoldt,  
Leiter der Untersuchungsgruppe  
Werkzeugmaschinen der Genossen-  
schaftsschule Wilhelmshaven-  
Rüstersiel.

\*

Selbstverständlich freuen wir uns, wenn wir solche Briefe erhalten. Und es sind viele Schreiben dieser Art bei uns eingegangen, aber auch über kritische Äußerungen würden wir uns sehr freuen, denn gerade aus ihnen können wir sicherlich manches lernen. Deshalb: Schreiben Sie uns, was Ihnen gefällt und nicht gefällt, wo Sie Änderungen wünschen, welche Fragen Sie behandelt wissen wollen. Sie als Leser bestimmen das Gesicht unserer Zeitschrift — denn nicht Sie sind für uns, sondern wir sind für Sie da. Auch daran sollen Sie denken.

Die Redaktion

## WOHNUNGSTAUSCH

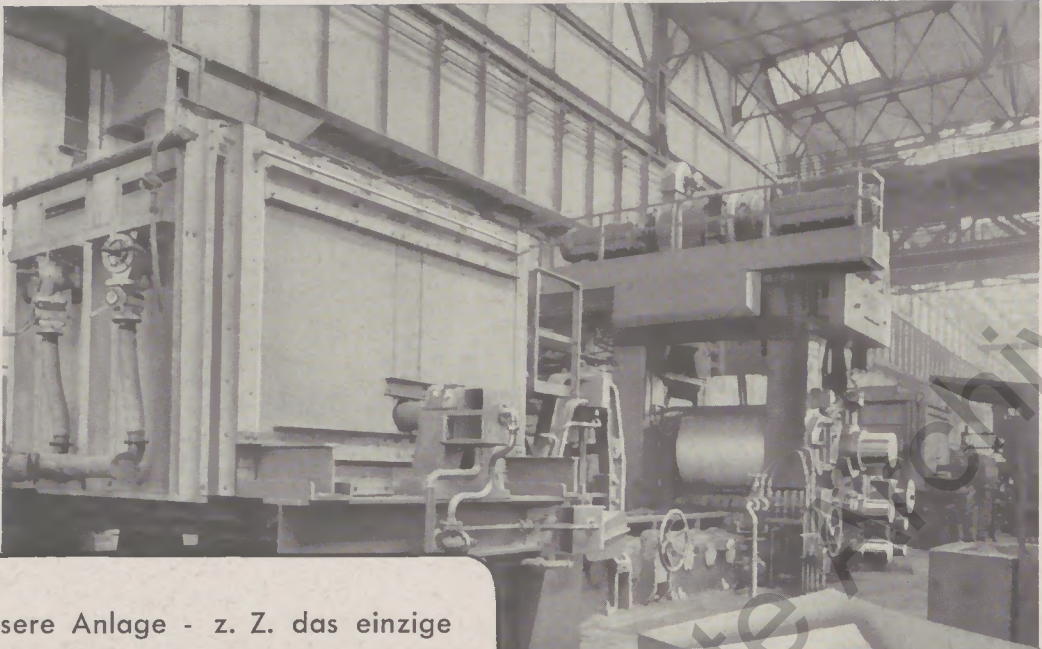
### Biete:

70. 5-Zimmer-Wohnung in Nähe des Ostentores, abgeschlossen, mit Bad, Balkon, Miete 67,— DM.
71. 4-Zimmer-Wohn., Miete 53,— DM.
72. 2-Zimmerwohnung mit Stall und Garten in Selm, Miete 26,— DM, im Neubau.
73. 2-Zimmer-Wohnung, am Fredenbaum, Miete 21,30 DM.
74. 3-Zimmer-Wohnung in Werksnähe in der II. Etage, mit Bad, abgeschlossen, Miete 45,— DM.
75. 3-Zimmer-Wohnung in Unna, Miete 25,— DM.
76. 2-Zimmer-Wohnung, I. Etage, großer Keller und Stall, Miete 11,— DM, in Dorstfeld.
77. 2-Zimmer-Wohnung, Nähe Rheinische Straße, Miete 23,— DM.
78. 3-Zimmer-Wohnung, mit Bad, abgeschlossen, Miete 60,— DM.
79. 2-Zimmer-Wohnung in Soest, Fachwerkhaus, Miete 20,— DM.
80. 2-Zimmer-Wohnung in der Borsigstraße, Miete 27,— DM.
81. 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, mit Bad, Miete 35,— DM.
82. 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, mit Bad, in Hombruch, Miete 35,— DM.
83. 2-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, in Werksnähe, Miete 40,— DM.
84. 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, bei Bremen, an der Weser, Miete 35,— DM.
85. 4-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, mit Bad, in Hörde, Miete 65,— DM.
86. 3-Zimmer-Wohnung in Westick, Kaiserau, Miete 25,— DM.
87. 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, Miete 46,— DM.
88. 2-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, Miete 25,— DM.
89. 2-Zimmer-Wohnung am Borsigplatz, Miete 26,— DM.
90. 4-Zimmer-Wohnung bei Soest, Miete 30,— DM.
91. 2-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, in Werksnähe.

### Suche:

- 3- bis 4-Zimmer-Wohnung mit Bad in Hörde.
- 2 $\frac{1}{2}$ - bis 3-Zimmer-Wohnung.
- 2 $\frac{1}{2}$ - bis 3-Zimmer-Wohnung in Dortmund.
- 3-Zimmer-Wohnung.
- 3-Zimmer-Wohnung, Erdgeschoß, gleichwertig, auch in Werksnähe.
- 3-Zimmer-Wohnung in Dortmund oder Vorort, Miete bis 50,— DM.
- 2- bis 3-Zimmer-Wohnung, Miete bis 50,— DM.
- 2-Zimmer-Wohnung, gleichwertig, in Werksnähe.
- 3- bis 4-Zimmer-Wohnung, gleichwertig, mit Garten im Vorort: Körne, Wambel oder Derne. Bewerber müssen mindestens 50% kriegsversehrt sein.
- 2- bis 3-Zimmer-Wohnung in Dortmund bzw. Vorort, Miete bis 50,— DM.
- 2-Zimmer-Wohnung in Hombruch.
- 2-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, mit Bad und Garten.
- 2-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, außerhalb, bis 20 km Entfernung, mit Garten.
- 2-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, auch im Vorort.
- 2-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, mit Kochnishe, in der Stadt bzw. im Vorort.
- 2- bis 2 $\frac{1}{2}$ -Zimmer-Wohnung in Dortmund, abgeschlossen.
- 2 $\frac{1}{2}$ -Zimmer-Wohnung in Dortmund.
- 3-Zimmer-Wohnung im Süden, Nähe Westfalenhalle.
- 2-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, im Osten oder Süden.
- 2-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, Neubau.
- 3-Zimmer-Wohnung in Dortmund.
- 3- bis 4-Zimmer-Wohnung in Dortmund.

Nähere Auskunft erteilt Abteilung Wohnstätten, Zimmer 7.



Unsere Anlage - z. Z. das einzige  
Warmbandwalzwerk für breite Bänder  
im Bundesgebiet - liefert u. a. das  
Vormaterial für unsere

## VERPACKUNGSBLECHE

Weißbleche  
Weißblech-Ersatz  
Alpatin  
Auropatin

## KALTGEWALZTE BÄNDER

in Ringen  
oder Streifen



**WESTFALENHÜTTE AG. DORTMUND**